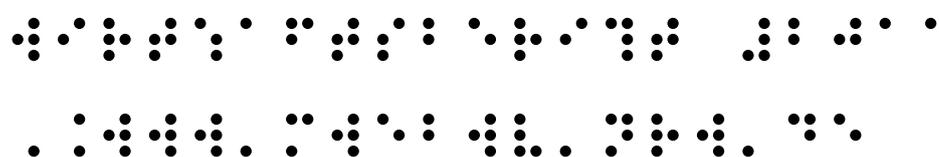


Mit Intelligenz, Innovationen und Investitionen in die Zukunft

Wirtschaftsbericht 2011



Mit Intelligenz, Innovationen und Investitionen in die Zukunft.

Wirtschaftsbericht 2011

Inhalt

- 5 Vorwort
- 9 Wirtschaftspolitische Grundposition
- 17 Konzentration auf Leitmärkte
- 33 Regionale Strukturpolitik
- 39 Mittelstandspolitik
- 49 Energiepolitik
- 59 Außenwirtschafts- und Standortpolitik
- 65 Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2011
- 79 Statistischer Anhang





Harry K. Voigtsberger

Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Schwungvolle Belebung der Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens kommt mit Schwung aus dem Tal der tiefsten Weltfinanz- und Wirtschaftskrise seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) rechnet in seinem Konjunkturbericht für Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2010 mit einem Wachstum von 3,5 Prozent. Das ist die höchste Wachstumsrate seit der Vereinigung Deutschlands. NRW lag damit nahe am Bundestrend von 3,7 Prozent.

Im Jahr 2011 wird sich das Wachstum nach den Erwartungen des RWI etwas abschwächen, aber immer noch bei beachtlichen 2,5 Prozent liegen. Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens wird damit zum Bund aufschließen, für den das RWI ebenfalls 2,5 Prozent Wachstum prognostiziert.

Vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden Dynamik der Weltkonjunktur wird die Konjunktur in Nordrhein-Westfalen dann vorwiegend von der günstigen Binnennachfrage getragen werden. Die sich weiter verbessernde Situation auf dem Arbeitsmarkt wird zusammen mit steigenden Realeinkommen den privaten Konsum stimulieren. Davon werden die konsumnahen Wirtschaftsbereiche profitieren.

Mit den steigenden Absatzzahlen und wieder zunehmender Kapazitätsauslastung hellen sich auch die Erwartungen der Unternehmen weiter auf. Sie werden in ihre Ausrüstung investieren. Die Nachfrage nach Investitionsgütern wird damit zum zweiten Standbein der Binnennachfrage.

Vor allem in der Industrie des Landes wird sich die Beschäftigung bei guter Auftragslage und zurückgeführter Kurzarbeit rasch erholen. Insgesamt rechnet das RWI im kommenden Jahr mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 90.000 Personen oder um 1,5 Prozent.

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte bis zum Jahresende 2011 auf unter 700.000 sinken. Im Jahresdurchschnitt entspricht das einem Rückgang um 70.000 Personen. Die Arbeitslosenquote fällt damit um 0,7 Prozentpunkte auf 8 Prozent.

Wirtschaftspolitik mit neuen Akzenten: Nachhaltige Innovationen sichern den Standort NRW

Wir nutzen den wirtschaftlichen Rückenwind für neue Akzente in der Wirtschaftspolitik. Unsere Wirtschaftspolitik zielt auf ökonomisch leistungsfähiges, sozial gerechtes und ökologisch verträgliches Wirtschaften. Im Blickpunkt der Politik stehen vor allem die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Sie sollen gute Arbeit finden, durch die sie sich aus eigener Kraft ein sicheres Auskommen schaffen.

Wir wollen kein billiger Standort sein oder werden. Güter und Angebote aus Nordrhein-Westfalen müssen ihren höheren Preis wert sein, sie müssen ihren Preis über die Qualität der Leistungen rechtfertigen.

Weltweit steigen der Bedarf und die Nachfrage nach Problemlösungen für den Klimaschutz. Weltweit steigen die Anstrengungen für eine Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz. Das sind Märkte mit großem Volumen und mit hohem Wachstum. Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens kann die gefragten Produkte zum Teil schon heute liefern; wo dies noch nicht der Fall ist, hat sie das Forschungs- und Entwicklungspotenzial, sich darauf einzustellen. In Zukunft wird es noch stärker darauf ankommen, hochwertige und wissensintensive Industrieprodukte und Dienstleistungen zu einem ganzheitlichen Angebot zu verbinden und über Branchengrenzen hinweg gemeinsam anzubieten.

Wirtschaftspolitik kann eine solche Kombination von Stärken fördern. Sie kann neben der Förderung von Arbeitskraft, Infrastruktur und Bildung vor allem die Fähigkeit verbessern, soziale und gesellschaftliche Konflikte zu lösen und gemeinsam produktive Antworten zu finden. Die Landesregierung tut dies, indem sie sich auf weltweit wachsende Leitmärkte konzentriert und eine neue dialogorientierte Wirtschaftspolitik entwickelt und umsetzt.

Denn breit getragene Innovationen sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen Sicherung und erfolgreichen Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Sie erlauben es, die tiefgreifenden Veränderungen in unserer Gesellschaft sowie die damit verbundenen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen erfolgreich zu gestalten.

Für Nordrhein-Westfalen ist die Vorreiterrolle bei gesellschaftlichen Innovationen nichts Neues. In unserem dicht besiedelten Land haben sich viele Fragen der Industrie, des Verkehrs und der Umwelt früher und schärfer gestellt als anderswo. Und wir haben schon in der Vergangenheit überzeugende Antworten gefunden. Das gilt für die Mitbestimmung, durch die die Interessensgegensätze zwischen Kapital und Arbeit immer wieder neu zum Ausgleich gebracht werden; das gilt für den Umweltschutz, mit dem hier früh ernst gemacht wurde (Willy Brandts „Blauer Himmel über der Ruhr“); das gilt für die seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aufgebaute Bildungs- und Wissenschaftslandschaft, die die Grundlagen für unsere heutige Wissensgesellschaft legt.

Auch heute stehen wir wieder vor großen Herausforderungen: Die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, dass insbesondere die Finanzwelt einen neuen Rahmen aus festen Regeln und Verantwortlichkeiten braucht. Die bisher im globalen Rahmen beschlossenen Maßnahmen reichen bei weitem noch nicht aus. Noch immer tragen die Staaten und Staatengemeinschaften hohe Risiken, während die Gewinne aus Spekulationen an den Kapitalmärkten privatisiert werden.

Aber auch innerhalb unserer Industriegesellschaft stellen sich neue Aufgaben. Große Industrie- und Infrastrukturprojekte müssen sich heute den kritischen Fragen der Bürgerinnen und Bürger stellen (Beispiele sind „Stuttgart 21“, die CO-Pipeline oder das Kraftwerk in Datteln).

Angesichts der in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aufzubauenden Infrastrukturen:

- Ausbau der europäischen Energieinfrastruktur
- CO₂-ärmerer Umbau unserer Städte („green cities“)
- Errichtung intelligenter Netze („smart grids“), die volatile Energie „verbrauchsfest“ machen sowie
- Infrastruktur für nachhaltige Mobilität

muss Politik neu strukturiert und organisiert werden.

Wir brauchen organisierte Dialoge zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden, Gewerkschaften und den Bürgerinnen und Bürgern als eine neue Form von Beteiligung und Einflussnahme. Wir müssen uns noch deutlicher darauf verständigen, dass die industrielle Produktion einen nicht zu ersetzenden Beitrag zur Lösung unserer Probleme leistet.

Vorrangiges Ziel muss es sein,

- mit frühzeitiger Information und vollständiger Transparenz über das Planungsvorhaben Vertrauen und Akzeptanz für die avisierten Maßnahmen zu generieren,
- die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und umfassend bei der Planung zu großen industriellen und infrastrukturellen Investitionsvorhaben zu beteiligen und
- den Nutzen von Industrie- und Infrastrukturvorhaben für Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität zu verdeutlichen.

Die Landesregierung lädt alle Engagierten und alle gesellschaftlichen Gruppen ein, sich zu einem Dialog „Nachhaltiges Wirtschaften und Leben in NRW“ zusammenzufinden.

Dieser Dialog will nicht den Vorteil einzelner Akteure, sondern den gesellschaftlichen Mehrwert, die Chancen industrieller und infrastruktureller Innovationsvorhaben, in den Fokus rücken. Darum ist es erforderlich, den Dialog auf eine möglichst breite Basis zu stellen, d.h. alle relevanten gesellschaftlichen Akteure daran zu beteiligen.

Erste Überlegungen hierzu werden wir im Frühjahr 2011 mit ausgewiesenen Experten diskutieren.

Im Sommer 2011 folgt ein großer Kongress zum Thema „dialogorientierte Industrie- und Wirtschaftspolitik“. Darüber hinaus werden wir ein Projekt zur Konzeption und Methodik „Organisierte Dialoge als Strategie von Beteiligung und Einflussnahme“ durchführen. In ihm sollen Möglichkeiten und Wege einer stärkeren Bürgerbeteiligung in der Politikgestaltung erarbeitet werden.



Harry K. Voigtsberger
Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen
und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen



Wirtschaftspolitische Grundposition

1. Die Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen – ein gewichtiger Wirtschaftsstandort mit Schwächen in der Entwicklungsdynamik

Ein gewichtiger Wirtschaftsstandort

Seit vielen Generationen ist Nordrhein-Westfalen ein Land der gesellschaftspolitischen Innovationen:

- Hier wurde zum ersten Mal in Deutschland eine ganze Region industrialisiert.
- In Nordrhein-Westfalen hat die Mitbestimmung, das Instrument des Interessenausgleichs zwischen Kapital und Arbeit ihre Wurzeln. Hier wurde der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft vorbereitet.
- Hier wurde schon früh mit dem Umweltschutz ernst gemacht; die Vision vom blauen Himmel über der Ruhr ist inzwischen wahr geworden.
- Hier hat man schon am Beginn des 20. Jahrhunderts zum ersten Mal eine systematische Regionalentwicklung betrieben; man konnte es nicht mehr hinnehmen, dass Wohnen, Industrie und Verkehr wild durcheinander wuchsen.
- Mit der Gründung der Ruhr-Universität Bochum wurde 1962 im Herzen des Ruhrgebiets der Grundstein für die heute bestehende Wissenschaftslandschaft, für die enge Verknüpfung von Industrie und Wissenschaft und für die Erneuerung der Wirtschaftsstrukturen gelegt.
- Hier wird erfolgreich gezeigt, wie sich aus einer alten Industrieregion eine moderne Metropole entwickeln kann, mit Kultur, Bildung, Forschung, Freizeit und Lebensqualität.

Heute ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Land der Bundesrepublik Deutschland. Dafür stehen 18 Millionen Einwohner, das entspricht etwa der Einwohnerzahl der Niederlande oder der von Australien. Dafür steht eine Wirtschaftsleistung von über 522 Milliarden Euro im Jahr 2009.

Geografisch liegt Nordrhein-Westfalen optimal im Kreuzungsbereich der beiden großen europäischen Entwicklungsachsen. Die Nord-Süd-Achse verläuft von Südwestengland über die Niederlande, Nordrhein-Westfalen und die Rheinschiene, den südwestdeutschen Wirtschaftsraum und über die Schweiz nach Norditalien. Die West-Ost-Achse beginnt in Rotterdam, führt durch Nordrhein-Westfalen und eröffnet über Berlin und Warschau die sich entwickelnden Wirtschaftsräume in Osteuropa.

Neben seiner zentralen Lage bietet Nordrhein-Westfalen ein hohes Niveau qualitativer Standortvorteile. Das gilt für die klassischen Standortfaktoren wie die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, für die Verfügbarkeit von motivierten Arbeitskräften sowie für ein hochwertiges Flächenangebot.

Hinzu kommen die Faktoren, die für die wissensintensive Wirtschaft der Gegenwart und Zukunft immer wichtiger werden: die dichte Universitäts- und Forschungslandschaft, die hohe Qualifikation der Arbeitnehmer und Führungskräfte, aber auch das hochwertige Kultur- und Freizeitangebot.

Mit seinen 68 Hochschulen, mehr als 50 außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie rund 100 an den Hochschulen angesiedelten Forschungsinstituten bietet Nordrhein-Westfalen eines der dichtesten Forschungsnetzwerke Europas. Die Hochschulen des Landes bilden über 500.000 junge Menschen aus und beschäftigen als einer der größten Arbeitgeber des Landes fast 106.000 Mitarbeiter.

Ergebnis der Standortqualitäten ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Unternehmen: Traditionell ist Nordrhein-Westfalen das exportstärkste Land der Bundesrepublik. Im Jahr 2009 exportierten NRW-Unternehmen Waren im Wert von rund 139 Milliarden Euro, das entspricht einem knappen Fünftel aller deutschen Exporte.

Mit einem Bestand an Direktinvestitionen in Höhe von 138,8 Milliarden Euro und einem Anteil von 29,0 Prozent



ist Nordrhein-Westfalen der attraktivste Standort für ausländische Kapitalanleger in Deutschland.

Nordrhein-Westfalen hat eine lange Tradition als industrielles Kernland der Bundesrepublik. Die Industrie hat den Aufstieg des Landes geprägt. Im Zuge der Globalisierung sind die Wertschöpfungsketten weltweit neu strukturiert worden. Deshalb spielen Außenwirtschaft und Auslandsinvestitionen eine zunehmend wichtige Rolle in der Wertschöpfungskette. Auch in Nordrhein-Westfalen haben sich die Wirtschaftsstrukturen als Motor und Folge des Wandels stark verändert.

Heute wird die Wirtschaft des Landes durch ein lebendiges und weltweit wettbewerbsfähiges Verflechtungsgefüge aus moderner Industrie und leistungsfähigen Dienstleistungen geprägt. Im Blickfeld der Wirtschaft und ihrer erfolgreichen Unternehmen stehen Problemlösungen, die im Interesse ihrer Kunden Industrieprodukte und Dienstleistungen kombinieren. Sie gehen eine produktive Verbindung ein, verschmelzen zu einem ganzheitlichen Angebot.

Und nicht nur auf der Seite der angebotenen Produkte, auch im Bereich der Leistungserstellung und der Produktion prägt die Zusammenarbeit von Unternehmen über Branchengrenzen hinweg die wirtschaftliche Realität. Entscheidend ist, dass in Nordrhein-Westfalen eine hohe Wertschöpfung und eine hohe Zahl an hochwertigen Arbeitsplätzen erhalten bleiben und geschaffen werden.

Die Grundlage für das zukünftige Wachstumspotenzial und den zu erreichenden Wohlstand wird gelegt durch Investitionen, Innovationen und Bildung. Über andere

Ressourcen als Wissen und die Ausstattung mit Sachkapital und Infrastruktur verfügt das Land in spürbarem Umfang nicht.

Das birgt einerseits Chancen, denn diese Ressourcen sind vermehrbar und auch durch die Landespolitik gestaltbar. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass die politischen, konkret die wirtschaftspolitischen Einflussmöglichkeiten der Landespolitik begrenzt sind.

Im letzten Jahr gab es in Nordrhein-Westfalen 8,7 Millionen Erwerbstätige. Das waren trotz der Weltwirtschaftskrise nur 16.000 weniger als im Boomjahr 2008, als der bisher absolute Höchststand der Erwerbstätigkeit erreicht wurde. Im Vergleich zum Jahr 1970 hat sich die Erwerbstätigkeit um 1,5 Millionen erhöht. Das ist ein Hinweis auf die Dimensionen des bewältigten Strukturwandels.

Nordrhein-Westfalen ist ein hoch verdichteter Wirtschaftsraum. 80 Prozent seiner Einwohner leben in Städten, die Zahl der Einwohner pro Quadratkilometer liegt weit über der anderer Flächenländer in der Bundesrepublik. In keinem anderen Flächenland wird pro Quadratkilometer ein höheres Einkommen erwirtschaftet als in Nordrhein-Westfalen. Dies ist ein Hinweis auf Nutzungskonflikte des knappen Raumes. Hier sind intelligente Lösungen gefragt, die mit allen Beteiligten rechtzeitig diskutiert werden müssen.

Andererseits zeigt eine nüchterne Bestandsaufnahme, dass das Ziel einer Wirtschaftsentwicklung, die zumindest dem Bundestrend folgt, bisher nur in wenigen einzelnen Jahren erreicht worden ist.

2. Die wirtschaftspolitischen Ziele der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen

Verbindung von ökonomischer Vernunft und sozialer wie ökologischer Verantwortung

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung Nordrhein-Westfalens zielt auf ökonomisch leistungsfähiges, sozial gerechtes und ökologisch verträgliches Wirtschaften.

Sie ist auf die Sicherung und Schaffung von guten und wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen ausgerichtet, die den Menschen ein Leben in Würde ohne staatliche Zuschüsse ermöglichen. Die Wirtschaftspolitik zielt nicht auf den billigsten, sondern auf den besten Standort. Sie bietet den Unternehmen optimale Bedingungen, damit sie wachsen und im Wettbewerb bestehen können. Sie wirbt um Ansiedlungen aus dem In- und Ausland und fördert den Export.

Erstmalig erfolgt die Wirtschaftspolitik der neuen Landesregierung dabei in engem Schulterschluss mit der Gleichstellungspolitik. Denn die Umsetzung von Chancengleichheit ist ein wichtiger Faktor zur Sicherung und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Das wirtschaftspolitische Handeln orientiert sich deshalb auch an folgenden Zielsetzungen:

- Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben
- Chancengleichheit in Bildung und Wissenschaft
- Verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen Entscheidungsprozessen von Wirtschaft, Politik und Verwaltung (z. B. bei der Besetzung von Gremien)

Nordrhein-Westfalen kann seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort steigern, wenn die vorhandenen Qualifikationen von Frauen und Männern noch umfassender genutzt werden. Trotz ihres hohen Qualifikationspotenzials sind Frauen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung – vor allem in verantwortungsvollen und gestaltenden Positionen – immer noch deutlich unterrepräsentiert. Damit geht der Wirtschaft ein wichtiges Potenzial an Kompetenz und Kreativität verloren.

Gut ausgebildete, qualifizierte und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind der Grundstein wirtschaftlichen Erfolges. Unternehmen, die ihre Mitarbeiter an den Entscheidungen und am wirtschaftlichen Gewinn des Unternehmens beteiligen, nutzen die vorhandenen Potenziale und motivieren zu hoher Leistungsbereitschaft. Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung sind bewährte Instrumente des Interessenausgleichs zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern; zugleich nutzen sie das auf allen Unternehmensebenen vorhandene Wissen für notwendige Entscheidungen.

Um auf den Weltmärkten zu bestehen, muss die nordrhein-westfälische Wirtschaft auf ihre Stärken und qualitativen Vorteile setzen und diese weiter ausbauen. Sie liegen vor allem in den Bereichen wissensintensiver Produkte und Problemlösungen, in der intelligenten Vernetzung von Industrie und Dienstleistungen. Wer im weltweiten Maßstab ein hohes Wohlstandsniveau erhalten oder weiter ausbauen möchte, muss die Entwicklung zumindest in einem Teil der wichtigen Weltmärkte auch global mitbestimmen.

Weltweit steigt der Bedarf an ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Problemlösungen. Durch die Dimension der Eingriffe in Natur und Umwelt steigt weltweit das Bewusstsein für die Verantwortung für die nachfolgenden Generationen. Nachhaltigkeit nimmt diese Verantwortung ernst und achtet darauf, dass die Summe des gesellschaftlichen Kapitals nicht abnimmt, sondern steigt.

Das Vermögen der Gesellschaft besteht im Wesentlichen aus vier Komponenten:

- ihrer Arbeitskraft, ihrem Wissen und ihren Fertigkeiten
- der Fähigkeit, soziale und gesellschaftliche Konflikte zu lösen und produktiv zusammenzuarbeiten
- dem Sachkapital; den privaten und öffentlichen Produktionsmitteln sowie der öffentlichen Infrastruktur
- den Rohstoffen und der Umweltqualität



Die gegenwärtigen Generationen hinterlassen den kommenden Generationen nicht nur Belastungen durch Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen; sie bauen auch einen Kapitalstock an privatem und öffentlichem Produktionskapital und öffentlicher Infrastruktur auf, der beständig erneuert wird. Vor allem aber vermehren sie das Wissen, das für die Problemlösungen der Gegenwart und der Zukunft unerlässlich ist und immer entscheidender wird.

Wenn der Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens gelingt, werden die auf traditionelle Weise ermittelten Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes sinken; denn die zur Steigerung der Ressourceneffizienz eingesetzten Mittel (Arbeit, Wissen und Kapital) stehen kein zweites Mal für die Steigerung des Produktionspotenzials zur Verfügung. Andererseits eröffnet allein dieser Weg die Perspektiven für die Erwirtschaftung eines dauerhaft hohen Wohlstands und seiner auch künftigen Mehrung.

Deshalb zielt die Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalens darauf ab,

- die Rahmenbedingungen für eine weltweit wettbewerbsfähige Wirtschaft zu erhalten und weiter zu verbessern,
- die öffentliche Infrastruktur zu pflegen und weiter auszubauen,
- eine umfassende Innovationskultur zu pflegen und zu fördern, die die Potenziale in Wissenschaft und Forschung enger mit der Wirtschaft verzahnt,
- die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung schnell in markt- und konkurrenzfähige Produkte umzusetzen,
- die wissensbasierte Wirtschaft zu stärken, die Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft integriert und auf hochqualifizierte Fachkräfte setzt,
- die Nachhaltigkeit der Wirtschaftsprozesse zu fördern; sie ist zu einer der wichtigsten Voraussetzungen für die globale Wettbewerbsfähigkeit geworden.

Konkrete Beispiele für nachhaltiges Wirtschaften sind

- das Passivhaus, das im Sommer wie im Winter ohne Klimatisierung oder Heizung auskommt
- die Gewinnung von Elektrizität aus regenerierbaren Quellen, aus Wind, Wasserkraft, Sonne oder Biomasse
- die kontinuierliche Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz von Produktionsprozessen
- neue Formen der Mobilität, die ohne die Nutzung fossiler Brennstoffe auskommen
- die kontinuierliche Steigerung der Wissensintensität von Produkten, der „Ersatz von Materie durch Geist“ etwa bei der Produktion von „tailored blanks“, der maßgeschneiderten Bleche
- die Chancengerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft
- die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen
- das Wiedernutzbarmachen alter Gewerbeflächen anstelle des Ausweises neuer Flächen
- die Planung und der Bau einer umweltgerechten Stadt

3. Wirtschaftspolitische Handlungsfelder

Die Wirtschaftspolitik des Landes wird sich auf Leitmärkte konzentrieren, in denen die Wirtschaft besonders stark ist, und die Beiträge zum Klimaschutz sowie zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz leisten. Zu diesen Leitmärkten gehören vor allem die Märkte für neue Werkstoffe, für Maschinen- und Anlagenbau, Gesundheit, Informations- und Telekommunikationswirtschaft, Mobilität und Logistik, Energie- und Umweltwirtschaft, Life Science sowie Medien und Kreativwirtschaft.

Die Wirtschaftspolitik wird die Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk verbessern. Sie wird die Unternehmen durch mittelstandsfreundliche Verwaltungsverfahren entlasten, die Finanzierungsbedingungen für Investitionen und Innovationen weiter verbessern, ihre Innovationsfähigkeit stärken und den Wissenstransfer intensivieren.

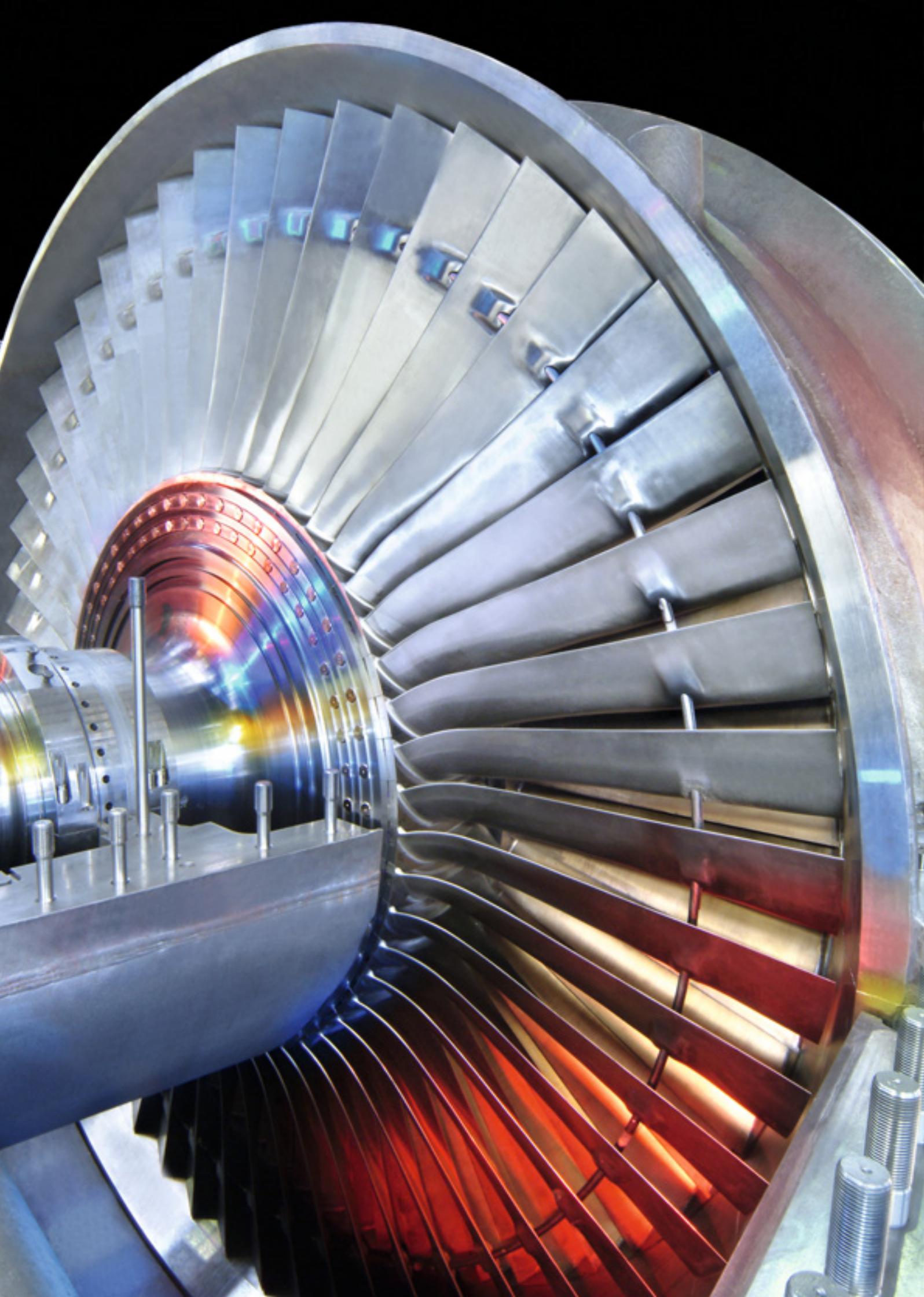
Der demografische Wandel droht zu einem Mangel an Fachkräften zu führen. Gemeinsam mit den Unternehmen, aber auch mit den Arbeitnehmern sowie mit den Kommunen wird die Landesregierung Handlungskonzepte entwickeln, um den Fachkräftebedarf auch in Zukunft zu decken.

Die regionale Strukturpolitik zielt auf in allen Regionen gleichwertige Lebensbedingungen. Zugleich fordert sie die Regionen verstärkt dazu auf, ihre individuellen Stärken zu entwickeln sowie eine auf Wissen und Innovationen gestützte Wirtschaft aufzubauen.

Die Energiepolitik fördert den Ausbau intelligenter Netze, dezentraler Versorgungsstrukturen und erneuerbarer Energien in Kombination mit modernen konventionellen Kraftwerken, Kraft-Wärme-Kopplung und Energieeinsparmaßnahmen.

Die Wirtschaftspolitik setzt auf einen offenen Dialog mit allen beteiligten Gruppen mit dem Ziel eines weitgehenden Ausgleichs der unterschiedlichen Interessen. Dafür stehen Bürger- und Branchendialoge. Eine Politik, die durch die Schlagkraft ihrer Argumente überzeugen will, muss auf Gespräche und Dialoge setzen. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung eigener Argumente, sondern auch um das Zuhören und um Offenheit gegenüber anderen Meinungen.





Konzentration auf Leitmärkte

Ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit erfordern zunehmende Bemühungen um Klimaschutz sowie um Ressourcen- und Energieeffizienz. Gerade hier sind innovative Lösungen gefragt, für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen schon heute gut gerüstet sind. Die Wirtschaftspolitik wird diesen Erneuerungsprozess vorantreiben und stützen. Sie wird sich auf Leitmärkte konzentrieren, in denen die Wirtschaft besondere Stärken aufweist oder die umweltgerechtem Handeln dienen.

Dazu gehören vor allem die Märkte für neue Werkstoffe, für Maschinen- und Anlagenbau, Gesundheit, Informations- und Telekommunikationswirtschaft, Mobilität und Logistik, Energie- und Umweltwirtschaft, Life Science sowie Medien und Kreativwirtschaft. Im Rahmen dieses Jahreswirtschaftsberichts liegt der Fokus auf den Leitmärkten, in denen das Wirtschaftsministerium durch seine geförderten Cluster/Clustermanagements besonders aktiv ist.

Diese Märkte werden bei einer weiter wachsenden Weltbevölkerung, alternden Gesellschaften, sich verknappenden Rohstoffen und sich verschärfenden Umweltproblemen absehbar stark expandieren. Breit getragene Innovationen sind der Schlüsselfaktor, um den tiefgreifenden Veränderungen in unserer Gesellschaft und den globalen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

Im globalen Wettbewerb braucht Nordrhein-Westfalen eine Kultur der Innovation und Kreativität, die von Wirtschaft, Beschäftigten, Wissenschaft und Politik gemeinsam getragen wird. Die Instrumente zur Förderung der Innovationsfähigkeit sind deshalb wichtige Elemente und daher weiter zu entwickeln.

Dies betrifft nicht nur die Förderung technologischer Innovationen sowie Forschung und Entwicklung. Innovationen entstehen auch dort, wo sich Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung zu Bündnissen zusammenschließen, um Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Regionen zu erhöhen. Die Förderung und Organisation von Innovationsprozessen rückt daher in den Vordergrund.

Hierbei sind Netzwerke und Landescluster die Treiber, um Zukunftsthemen zu identifizieren und Innovations- und Wachstumspotenziale zu erschließen. Es gilt, möglichst früh überregional vielversprechende Ansätze in Unternehmen und Hochschulen zu identifizieren und weiterzuentwickeln, um die Innovationsdynamik zu erhöhen.

Die Ausrichtung der bisher verfolgten Clusterpolitik auf Leitmärkte und zukunftsweisende Cross-Innovationen liefert eine strategische Richtschnur, um die Branchen auch international im globalen Wettbewerb fit zu machen. Die großen Industriebranchen des Landes spielen eine zentrale Rolle als Innovations- und Wachstumstreiber nicht nur sektorspezifisch; sie wirken in weite Bereiche der Wirtschaft.

Leitmarkt Mobilität und Logistik

Der traditionell motorisierte Individual- und Güterverkehr ist weltweit eine der bedeutendsten Quellen der wachsenden CO₂-Belastung der Umwelt. Hier sind Lösungen gefragt, die die Mobilität erhalten, zugleich aber auch die Umwelt entlasten. Die motorisierte Mobilitätsentwicklung wird in den kommenden Jahren durch neue Entwicklungstrends im Individualverkehr und im Güterverkehr geprägt sein.

In der **Automobilenentwicklung** werden unterschiedliche Technologien eingesetzt werden. Sie werden sich an die divergierenden Anforderungen weltweiter Märkte anpassen. Dabei reicht die Spannweite von schon weitgehend gesättigten Märkten (zum Beispiel in Westeuropa) bis hin zu ausgeprägten Wachstumsmärkten mit Aufholbedarf (zum Beispiel in Asien oder Südamerika).

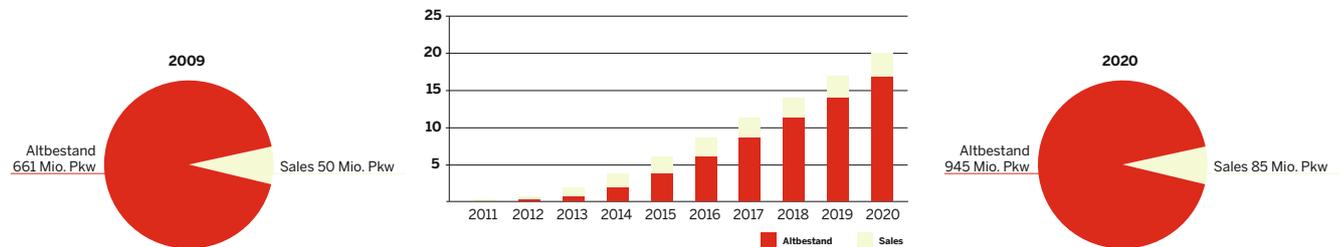
Die Prognosen gehen dabei im Zeitraum 2009 bis 2020 von einem stetig steigenden Pkw-Bestand aus:

- Weltweit wird der Pkw-Bestand von etwa 710 Mio. um knapp 45 Prozent auf etwa 945 Mio. Pkw ansteigen.
- In Europa wird eine Steigerung von ca. 225 Mio. Pkw auf etwa 280 Mio. prognostiziert (+ 24,4 Prozent).
- Der Pkw-Bestand in Deutschland wird von etwa 42 Mio. Fahrzeugen auf ca. 50 Mio. Pkw anwachsen (+ 19,0 Prozent).

Bei Elektrofahrzeugen wird bis 2020 mit steigenden Verkaufszahlen gerechnet. Im Ergebnis wird der Bestand an reinen Elektrofahrzeugen im Jahr 2020 einen Anteil von etwa 2 Prozent am gesamten Fahrzeugbestand erreichen (vgl. das nachstehende Schaubild zur Pkw-Marktentwicklung im Jahr 2020 weltweit von **AutoCluster.NRW**).

Marktentwicklung Personenkraftwagen (Pkw)

Pkw-Bestand und -Verkaufszahlen weltweit 2010



- Der Pkw-Bestand erreichte im Jahr 2009 einen Wert von ca. 700 Millionen Pkw.
- Für das Jahr 2020 wird ein Pkw-Bestand von ca. 1 Milliarde Pkw prognostiziert.
- Der Elektrofahrzeug-Bestand wird bei einer Annahme von 2 Prozent Marktdurchdringung einen Anteil von ca. 20 Millionen Pkw im Jahr 2020 einnehmen.



Das **AutoCluster.NRW** ist im Leitmarkt Mobilität insbesondere für die Automobilindustrie (Hersteller und Zulieferunternehmen) in Nordrhein-Westfalen als Netzwerkpartner tätig und hat durch zahlreiche Aktivitäten erfolgreich die Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Universitäten für die Zukunft gestärkt.

Die Automobilindustrie ist mit drei großen Produktionswerken (Ford Werke GmbH in Köln, Daimler AG in Düsseldorf sowie Adam Opel GmbH in Bochum), etwa 800 Zulieferunternehmen sowie einer ausgeprägten automobilen Forschungslandschaft eine der Schlüsselbranchen in NRW.

Die Leitthemen des **AutoCluster.NRW** zielen auf die Zukunftsthemen, in denen innovative Lösungen entscheidende Wettbewerbsvorteile für die nordrhein-westfälischen Unternehmen sichern. Die größten Innovationspotenziale liegen dabei in technisch und wirtschaftlich effizienten konventionellen Antriebssystemen und in der Elektrifizierung des Antriebsstrangs, den Sicherheits- und Komforttechnologien und der Ressourcenschonung. Die Aktivitäten des **AutoCluster.NRW** unterstützen somit die Zielsetzung der Landesregierung, die Spitzenstellung des nordrhein-westfälischen Fahrzeugbaus und seiner Zulieferindustrie zu festigen.

Das **AutoCluster.NRW** ist dabei die zentrale Informations- und Kommunikationsplattform für nachhaltige Mobilitätskonzepte. Es bündelt die exzellenten Kompetenzen und verbindet die relevanten Akteure in der automobilen

Wertschöpfungskette, in den Regional- und Branchenclustern und den thematisch angrenzenden Clustern und bietet regelmäßige Veranstaltungen zu aktuellen Trends in der Automobilindustrie, mit Experten aus Industrie und Wissenschaft, an.

Das **AutoCluster.NRW** hat der Automobilindustrie z. B. ein umfassendes Informationspaket „Finanzierungs- und Beratungshilfen für Unternehmen in Nordrhein-Westfalen“ zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahmen trugen dazu bei, dass Insolvenzen abgewendet werden konnten und somit Arbeitsplätze in NRW erhalten und zukunftssicher gemacht wurden.

Mit Themen wie „Fahrzeugkonzepte für die urbane Mobilität“ (Innovationsforum 2010 bei der Daimler AG in Düsseldorf im September 2010) spricht das **AutoCluster.NRW** erfolgreich insbesondere kleine und mittelgroße Unternehmen an, sich den zukünftigen technologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu stellen.

Die Elektromobilität wird in den nächsten Jahren einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte haben. Dabei wird im Rahmen der Clusterarbeit die Automobilindustrie auf die sich ändernden Markt- und Technologiebedingungen strukturiert vorbereitet.

NRW – Logistik-Drehscheibe im Herzen Europas

Logistik sichert als Querschnittsfunktion moderner Wirtschaftssysteme eine effiziente und reibungslose Organisation von Lieferketten, Produktionsabläufen und Distributionsstrukturen in jeder Branche. Sie ist wichtiges Bindeglied der arbeitsteiligen und globalisierten Wirtschaft.

Deutschland ist der größte Logistikmarkt in Europa. Von 880 Mrd. Euro Umsatz im Jahr 2009 entfielen 200 Mrd. Euro auf Deutschland (Quelle: „Die Top 100 der Logistik, Ausgabe 2010/2011“ Fraunhofer-Arbeitsgruppe für SupplyChain Services SCS). Anfang des Jahres 2010 kürte eine aktuelle Studie der Weltbank Deutschland sogar zum leistungsfähigsten Logistikstandort auf dem Globus. Das Marktpotenzial der Logistikbranche ist somit ungebroschen. Die jährlichen Wachstumsraten werden von der Fraunhofer-Arbeitsgruppe für die nächsten zwei Jahre auf 4 – 5 Prozent geschätzt.

In **Logistik.NRW** organisiert sich das Netzwerk der Branche in Nordrhein-Westfalen. Inzwischen sind fast alle Logistikregionen in NRW durch Mitgliedschaften der Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie der Industrie- und Handelskammern an das **LogistikCluster** gebunden; über den Verband Verkehrswirtschaft und Logistik sowie den Cluster tragenden LOG-IT Club sind darüber hinaus auch über 3.000 Unternehmen an den Aktivitäten des Clusters beteiligt, die sich auch finanziell beteiligen.

Zwischenzeitlich werden 11 Branchenkreise zu verschiedenen Themen der Logistik im Cluster angeboten und weitere konkrete Projekte und Initiativen gestartet. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit in den kommenden Monaten und Jahren wird dabei im Bereich der „grünen Logistik“ liegen. Neben der Gründung eines eigenen Branchenkreises im Frühjahr 2010 wurde im Sommer mit dem „Innovationsradar Green Logistics“ gemeinsam mit dem Clustersekretariat NRW ein Grundlagenpapier zu diesem Themenbereich entwickelt. Ziel ist es, die Logistikunternehmen in NRW in Richtung ökologische Erneuerung und Ressourcenschonung zu sensibilisieren und sie im Hinblick auf diese Zukunftsthemen fit zu machen.

Im Januar 2010 konnte mit dem **EffizienzCluster LogistikRuhr** im Rahmen des Spitzencluster-Wettbewerbs des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eines



Preisverleihung mit Minister Harry K. Voigtsberger auf der EXPO REAL in München am 4. Oktober 2010

der bedeutendsten Logistik-Forschungsprojekte Europas nach NRW geholt werden. Damit ist das Ruhrgebiet das europäische Zentrum für Logistikforschung. In dem vom Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik (IML) initiierten und von **Logistik.NRW** unterstützten Effizienzcluster LogistikRuhr investieren in den kommenden Jahren Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Hand rund 100 Mio. Euro. Mit dem Geld sollen Forschung und Entwicklung von Logistiklösungen der Zukunft unterstützt werden.

Ziel dieses bedeutenden Forschungsprojektes ist es, individuelle Warenversorgung, Mobilität und Produktion mit 75 Prozent der Ressourcen von heute ökologisch und sozialverträglich zu meistern. Durch die Entwicklung von über 100 Produkten sollen zudem bis zum Jahr 2015 4.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Die beteiligten Wissenschaftler gehen von einem Marktpotenzial von rd. 2 Mrd. Euro für diese Lösungen aus. Sieben Leitthemen im technologischen, betriebswirtschaftlichen und sozio-technischen Bereich – z. B. Urbane Versorgung, Umwelt oder Güterverkehrsmanagement – entwickeln und erproben Lösungen für alle Teilnehmer der logistischen Wertschöpfungskette. Die interdisziplinäre Arbeit im Effizienzcluster ist ein besonderer Erfolgsfaktor dieses Projektes, denn Logistik ist mit den Prozessen der Wirtschaft eng verzahnt. In Zukunft werden Unternehmen viel stärker logistisch geführt werden. All diese Potenziale will das Forschungsprojekt in den kommenden Jahren zutage fördern.

Aber nicht nur die Erforschung von mehr Effizienz in logistischen Systemen beschäftigt das **LogistikCluster NRW**. Im Projekt „Integrierte Personalentwicklung in der

Logistik“ (IPL) wird anhand konkreter Unternehmensbeispiele ein Baukasten entwickelt, mit dessen Hilfe sich die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Unternehmen meistern lassen.

Ein weiteres spannendes Zukunftsthema ist der Schwerpunkt Cloud Computing in der Logistik, der gemeinsam mit dem **IKT-Cluster** bearbeitet wird. Im Rahmen des Fraunhofer Spitzenforschungsprojektes LogisticsMall wird die Zukunft einer prozessorientierten dezentralen Logistik-IT-Lösung für jedes Unternehmen schon heute Realität.

Ein weiteres besonderes Anliegen ist **Logistik.NRW** das Image der Branche. Aus diesem Grund wurde 2010 bereits zum zweiten Mal der Preis „Logistikstandort des Jahres in NRW“ vergeben. In einem spannenden Wettbewerb zwischen 12 Städten und Regionen konnte sich am Ende der Kreis Unna durchsetzen und darf sich nun Logistikstandort des Jahres nennen.

Chancen und Herausforderungen der Elektromobilität

Nordrhein-Westfalen hat sehr frühzeitig auf das Thema Elektromobilität als Zukunftsthema gesetzt: Die strategische Aufstellung in Form eines Masterplans erfolgte in Abstimmung mit den bundespolitischen Aktivitäten (Nationales Entwicklungsprogramm). In enger Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen und Landesregierung werden zentrale Projekte in der Modellregion Rhein-Ruhr systematisch vorangetrieben und umgesetzt.

„Vor dem Hintergrund der Klimaproblematik muss der Übergang von der fossilen zur postfossilen Mobilität zügig in Angriff genommen werden.“ Diese Aufforderung zum Paradigmenwechsel von der Technologie des Verbrennungsmotors hin zu elektrifizierten Fahrzeugen ist die Kernbotschaft zum Thema „Elektromobilität“ im Gutachten 2010, das die Expertenkommission Forschung und Innovation für die Bundesregierung erstellt hat.

Die Vorteile des elektrischen Antriebs sind:

- Die weitgehende lokale Emissionsfreiheit von Luftschadstoffen und Lärm machen Elektroautos insbesondere für den innerstädtischen Verkehr attraktiv.

- Da der Strom für die Elektroautos praktisch mit allen Primärenergieträgern, vorzugsweise mit erneuerbaren Energien, erzeugt werden kann, verringert sich die Abhängigkeit vom Öl.

- Im Vergleich mit Verbrennungsmotoren verfügen elektrische Antriebe über eine deutlich höhere Energieeffizienz. Bei einer Well-to-Wheel-Betrachtung (Einbeziehung der gesamten Prozesskette von der Primärenergiegewinnung bis zum sich drehenden Rad) erreichen elektrische Antriebe (selbst beim heutigen Strommix) eine Energieeffizienz von 30 Prozent. Bei konventionellen Fahrzeugen liegt der Wert lediglich zwischen 18 und 23 Prozent.

Aber es bestehen auch Barrieren und erhebliche Herausforderungen für eine rasche Marktdurchdringung mit Elektrofahrzeugen:

- Die Batterietechnik stellt derzeit die größte Hürde für eine schnelle Verbreitung von Elektrofahrzeugen dar. Selbst die technisch avancierten Lithium-Ionen-Batterien besitzen (erst) eine geringe Energiedichte. Dies führt dazu, dass die heutigen Elektroautos mit Batteriepacks fahren, die mehrere 100 Kilo schwer sind und trotzdem nur Reichweiten von in der Regel um 100 km und in Einzelfällen bis zu 200 km erzielen. Weiterer Forschungsbedarf besteht bei Sicherheitsfragen sowie der Temperaturempfindlichkeit, Langlebigkeit und Recyclingfähigkeit der Batterien.
- Die Reduzierung der derzeit sehr hohen Batteriekosten wird entscheidend für die rasche Markteinführung von Elektrofahrzeugen sein. Eine Batterie mit einer Energiespeicherkapazität von 20 kWh kostet rund 20.000 Euro. Um diese hohen Anschaffungskosten zu senken, gewährt zum Beispiel Frankreich den Käufern von Elektroautos 5.000 Euro Zuschuss, in China sind es sogar bis zu 7.000 Euro. Eine deutliche Reduzierung der hohen Batteriekosten wird es zukünftig jedoch erst durch Skaleneffekte (höhere Stückzahlen) und technische Innovationen (Batterien der nächsten Generation, die technologisch über das Lithium-Kobalt-Grafit-Polymer-System hinausgehen) geben.
- Eine jederzeitige Elektromobilität setzt zudem die Errichtung einer Ladeinfrastruktur voraus. Um modellhaft die Annahme und Akzeptanz von „Elektrotankstellen“ zu erproben, hat das Verkehrsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen bereits im Juni 2009 die Einrichtung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Ausnahmefällen ermöglicht.

Ziele „Elektromobilität“ in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen hat sich sehr ambitionierte Ziele gesetzt:

- Bis 2020 sollen in NRW mindestens 250.000 Fahrzeuge mit elektrischem Antriebsstrang fahren: Wir wollen Nordrhein-Westfalen damit zu ersten großräumigen Modellregion Europas machen (Ziel der Bundesregierung: 1 Mio. Fahrzeuge).
- Wir wollen den Marktanteil der NRW-Zulieferer am gesamtdeutschen Markt auf dem Weg vom Verbrennungs- zum elektrischen Motor deutlich ausbauen

Um diese Ziele zu erreichen, ist es außerdem besonders wichtig, Offenheit und Akzeptanz bei Unternehmen und Verbrauchern gegenüber neuen Mobilitätskonzepten zu erzeugen.

Bisherige Aktivitäten im Land Nordrhein-Westfalen

1. Elektromobilität mit Wasserstoff und Brennstoffzelle

Nordrhein-Westfalen hat sich frühzeitig im Bereich der Elektromobilität aufgestellt:

- Seit mehr als 10 Jahren werden erhebliche Anstrengungen unternommen, durch Forschung, Entwicklung und Demonstration den Elektroantrieb der Fahrzeuge mit Wasserstoff und Brennstoffzellen voranzubringen.
- Die Automobilindustrie hat sich auf das Datum 2015 für die Markteinführung von Brennstoffzellenfahrzeugen verabredet. Nordrhein-Westfalen bietet dazu Voraussetzungen.
- Bereits heute stehen in NRW beachtliche Mengen Wasserstoff aus großtechnischen Industrieprozessen zur Verfügung (als Nebenprodukt)

- Dieser Wasserstoff bildet eine gute und kostengünstige Startoption.
- Es bietet das Potenzial sofort rund 260.000 Brennstoffzellen Pkw oder knapp 6.000 Busse zu betreiben.
- Bei etwa 10 Mio. Pkw in NRW ist dies auch im Vergleich zu anderen Kraftstoffoptionen eine gute Basis für die Einführung von H₂ als Kraftstoff.

Mithilfe des Netzwerkes Brennstoffzelle und Wasserstoff (NBW) wurden in NRW 90 Brennstoffzellenprojekte im Gesamtvolumen von 165 Mio. Euro und einer Förderung durch Land NRW und EU in Höhe von rund 100 Mio. Euro bewilligt.

2. Forschungsförderung

2009 wurde der erste EU-NRW-Ziel-2-Landes-Förderwettbewerb ElektroMobil.NRW ausgerufen. Anfang Dezember 2009 hat die Jury 22 Projekte zur Förderung vorgeschlagen, die mit insgesamt knapp 47 Mio. Euro gefördert werden sollen. Die Umsetzung in Förderbescheide schreitet zügig voran. Die ersten Projekte sind bereits gestartet. Ein zweiter Wettbewerbsaufruf ist im Dezember 2010 erfolgt.

3. Masterplan „Mobile Zukunft – Elektromobilität in Nordrhein-Westfalen“

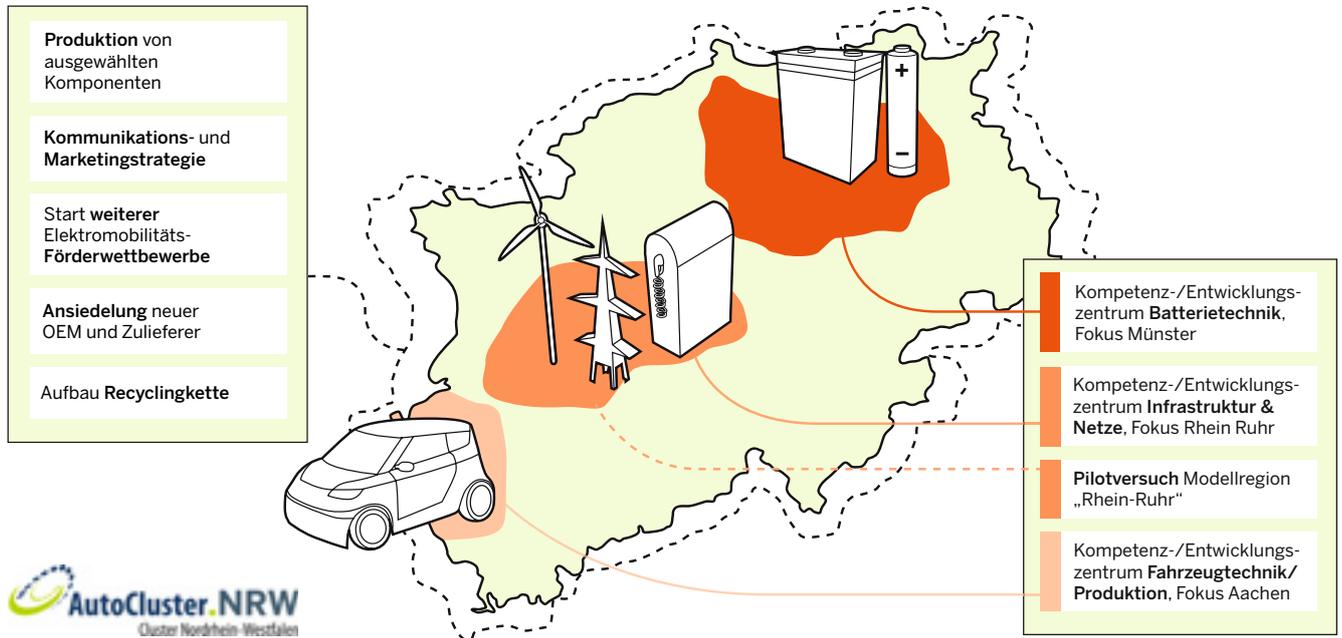
Zur strategischen Bearbeitung des Themenfeldes Elektromobilität hat das AutoCluster.NRW einen Aktionsplan erstellt, der 2009 auf der Internationalen Automobilausstellung IAA in Frankfurt der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Der Masterplan:

- analysiert die Bedeutung und Chancen der Elektromobilität in Nordrhein-Westfalen und
- ermittelt den konkreten Handlungsbedarf, mit denen die oben genannten Ziele erreicht werden können.

Der Masterplan kommt zu einer positiven Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Nordrhein-Westfalen im Bereich der Elektromobilität. Dies gilt insbesondere für den Hochschulbereich und die Energieversorger. Mit Blick auf die Fahrzeughersteller hat allerdings nur die Firma Ford Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Land; diese gilt es durch die Erweiterung bestehender

Masterplan Elektromobilität Nordrhein-Westfalen



Kapazitäten, sowie die Ansiedlung neuer Akteure weiter auszubauen.

Um die Voraussetzungen für Elektromobilität in Nordrhein-Westfalen insgesamt weiter verbessern, sollen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Nordrhein-Westfalen insbesondere in den Bereichen

- Batterietechnik
- Fahrzeugtechnik/Produktion und
- Infrastruktur/Netze

koordiniert werden.

Dies soll in Kompetenzzentren geschehen, die von den Kompetenzträgern mit stärkster regionaler Bündelung koordiniert werden:

- Kompetenz-/Entwicklungszentrum Batterietechnik in Münster,
- Kompetenz-/Entwicklungszentrum Fahrzeugtechnik/Produktion in Aachen und
- das Kompetenzzentrum Infrastruktur in Dortmund

Mit Demonstrationsprojekten wird die Realisierbarkeit von Elektromobilität gezeigt werden.

Ein zentraler Punkt ist die Vervollständigung der Wertschöpfungskette durch Produktion ausgewählter Komponenten in Nordrhein-Westfalen. Um die ökologischen Vorteile des Elektroantriebes voll auszuschöpfen, müssen alle Elemente der Kette, angefangen von der Stromerzeugung in Kraftwerken bis zur Nutzung der Elektrofahrzeuge, weiter entwickelt werden. Die Herausforderung beginnt bei der Effizienzsteigerung in den Kraftwerken und erfordert weitere Anstrengungen im Bereich regenerativer Stromerzeugung sowie in der Entwicklung optimierter elektrifizierter Antriebe. Alle Aspekte dieser Entwicklungskette sind Inhalt der Energie- und Klimaschutzstrategie der neuen Landesregierung.

Die Landesregierung setzt diesen Masterplan Elektromobilität um. Die zwei nordrhein-westfälischen Cluster **AutoCluster.NRW** und **EnergieRegion.NRW** haben das Zukunftsthema Elektromobilität zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht und sind die „Treiber“ für dieses Thema.



Rhein-Ruhr – Modellregion für Elektromobilität

Das Land hat sich nach Abstimmung mit vielen Akteuren aus Unternehmen und Wissenschaft erfolgreich bei der Ausschreibung des Bundesverkehrsministeriums (BMVBS) beworben. In insgesamt acht Modellregionen werden Projekte mit Bundesmitteln in Höhe von insgesamt 130 Mio. Euro gefördert.

In der Modellregion Rhein-Ruhr werden 8 Projekte mit mehr als 20 Mio. Euro gefördert. Das ist nicht zuletzt auch durch die starken Partner aus der Industrie möglich, die erhebliche Geldmittel für die Demonstrationsprojekte einsetzen.

In den Projekten – sowohl bei den Vorhaben der Modellregion als auch des Elektromobilwettbewerbs – liegt die Herausforderung für den Erfolg der Elektromobilität primär bei der Entwicklung von Cross-Innovationen.

In Cluster übergreifenden Themenschwerpunkten finden Akteure aus sehr unterschiedlichen Bereichen zusammen: Energieversorger, Flottenbetreiber, Kommunen, Dienstleister, Qualifizierungseinrichtungen und Forschungsinstitute; Chemiker (Elektrochemie) kooperieren mit Ingenieuren (Elektronik, Fahrzeugtechnik, Produktionstechnik, Verkehrstechnik usw.). Diese sind sowohl in die Entwicklung der Technologie als auch in die soziologische und wirtschaftliche Begleitforschung eingebunden. Eine ganz neue, aber sehr zukunftsweisende Vernetzung und Kooperationsform über Disziplinengrenzen hinweg.

Leitmarkt Maschinen- und Anlagenbau

Der Maschinen- und Anlagenbau liefert anderen Wirtschaftsbranchen die Grundausstattung für ihre Produktion. Durch ihre Integration in die Weltwirtschaft sind der deutsche und der nordrhein-westfälische Maschinen- und Anlagenbau „Ausrüster der Welt“ mit technischen Investitionsgütern. Problemlösungen, die hier erarbeitet werden, durchdringen Produktionsstrukturen weit über Deutschland hinaus. Innovation im Maschinen- und Anlagenbau bildet insbesondere eine wesentliche Grundlage für die weltweit notwendige Erhöhung der Energie- und Rohstoffeffizienz.

Nordrhein-Westfalen ist einer der bedeutendsten Standorte des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus. Für Nordrhein-Westfalen ist er mit ca. 39 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2009 die umsatzstärkste Branche vor der chemischen Industrie; mit ca. 197.000 Beschäftigten ist er darüber hinaus auch größter industrieller Arbeitgeber.

Der Maschinenbau ist die exportintensivste Branche Nordrhein-Westfalens. Rund 70 Prozent der hier produzierten Maschinen- und Anlagen gehen in den Export (2009: 23,5 Milliarden Euro). Traditionell stehen die Lieferungen auf den europäischen Markt mit rund 52 Prozent an den gesamten Maschinenexporten im Vordergrund. Die Lieferungen nach Asien und Amerika haben einen Anteil von 29,4 bzw. 13,4 Prozent.

Größte Einzelmärkte sind die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten mit einem Exportvolumen von ca. 2,8 bzw. 1,7 Milliarden Euro. Auf Platz 3 befindet sich Frankreich mit einem Volumen von ca. 1,3 Milliarden Euro.

Die wirtschaftliche Stärke, die breite technologische Aufstellung der Branche sowie ihr Beitrag zur Lösung drängender Zukunftsthemen wie Umweltschonung, und Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz begründen die Auswahl des Maschinen- und Anlagenbaus als eines Leitmarktes der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik.

Die Branche kann sich auf die gewachsene Netzwerkstruktur des Clusters **ProduktionNRW** (Maschinenbau/Produktionstechnik) stützen. Durch sein professionelles Clustermanagement hat sich das Netzwerk sowohl während der Wirtschafts- und Finanzkrise als auch bei anziehender Konjunktur als leistungsfähiger Dienstleister der Branche bewährt.

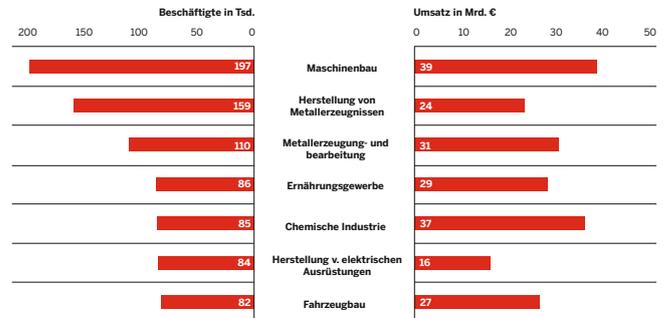
Das Clustermanagement hat für die Branche und branchenübergreifend Information und Beratung bei Fragen der Unternehmensfinanzierung sowie der Förderung durch europäische, nationale und regionale Programme geleistet. Das Cluster organisiert den Technologietransfer in die und innerhalb der Branche und bietet eine Plattform für den Informationsaustausch.

Darüber hinaus hat **ProduktionNRW** zahlreiche Kooperationen zwischen Unternehmen aber auch zwischen Unternehmen und Hochschul- und Forschungseinrichtungen des Landes angeregt und begründet, den thematischen Austausch mit internationalen und nationalen Clustern sowie anderen Landesclustern initiiert und Unternehmen die Möglichkeit zur Beteiligung an Fachmessen gegeben. Weiterhin leistet **ProduktionNRW** den Unternehmen und Hochschuleinrichtungen Unterstützung für die landesweiten Ziel 2-Wettbewerbe, zum Beispiel bei der Projektbeantragung geleistet und der Vermittlung von Partner für Verbundprojekte im Rahmen der Wettbewerbe.

Um den Maschinenbau-Standort weiter zu stärken, hat sich das Cluster **ProduktionNRW** auch strategisch positioniert. Mit der von **ProduktionNRW** beauftragten und gemeinsam mit dem Werkzeugmaschinenlabor (WZL) der RWTH Aachen durchgeführten Studie „Maschinenbaukompetenz in NRW – Spitze in 2020“ wurden die für den Maschinen- und Anlagenbau sowie die Produktionstechnik in Nordrhein-Westfalen wesentlichen Handlungsfelder für einen Zeithorizont von zehn Jahren identifiziert, die unter anderem aus globalen Megatrends abgeleitet wurden:

Ausgewählte Wirtschaftszweige in NRW 2009*

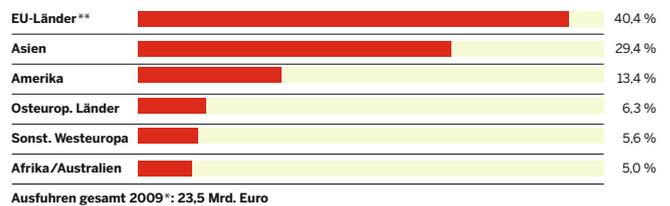
nach Beschäftigten und Umsatz



* Nach hauptbeteiligten Wirtschaftszweigen, Beschäftigte am 30.9. Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) – Quelle: IT.NRW

Die Exportmärkte des nordrhein-westfälischen Maschinenbaus

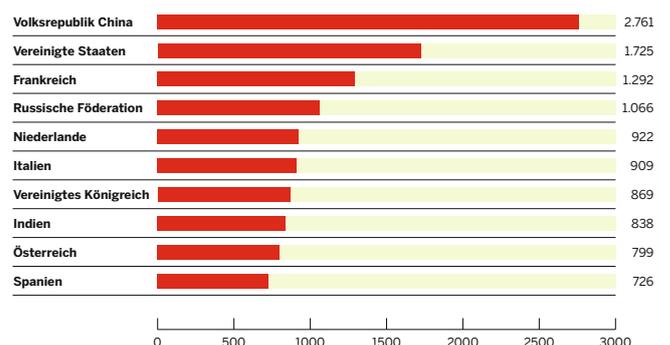
Ausfuhranteile nach Regionen 2009*



* Nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken 2009, vorl. Ergebnisse
** EU-Länder zum 1. 1. 2007

Die 10 größten Abnehmerländer von Maschinen aus NRW 2009*

Ausfuhren in Millionen Euro*



* Nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken 2009, vorl. Ergebnisse
Quelle: IT.NRW, VDMA NRW

- Vernetzung
- Globalisierung
- Komplexitätsbeherrschung
- Finanzierung
- Ressourceneffizienz
- Demografischer Wandel

Für die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus sowie der Produktionstechnik bietet die Studie mit Handlungsempfehlungen und Checklisten geeignete Instrumente, um bezüglich der identifizierten Handlungsfelder die strategische Ausrichtung zu überprüfen und gegebenenfalls eine Neuausrichtung vorzunehmen. Über die Unternehmen der Branche hinaus richtet sich die Studie auch an Politik und Gesellschaft, um geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Für das Clustermanagement ist die Studie Entscheidungsgrundlage für das weitere Handeln.

Leitmarkt Informations- und Telekommunikationswirtschaft (IKT)

80 Prozent aller Innovationen in den Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft stehen in Verbindung mit modernen IKT Technologien. Sie sind in weltweite Wertschöpfungsketten integriert und bilden eine wichtige Grundlage, um globale Leitmärkte zu erschließen und zu entwickeln.

Die Informationstechnikbranche (IT) erwirtschaftet in Nordrhein-Westfalen einen Umsatz von 11,0 Milliarden Euro; über 114.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben in der Branche ihren Arbeitsplatz (2008).

Die Telekommunikationsbranche konzentriert sich in Nordrhein-Westfalen räumlich entlang der Rheinschiene. Neben Vodafone haben E-Plus und Ericsson ihren Sitz in Düsseldorf; hinzu kommt die Deutsche Telekom mit Sitz in Bonn. Rund 45,8 Milliarden Euro Umsatz hat die Branche 2008 in Nordrhein-Westfalen mit über 26.000 Beschäftigten erwirtschaftet.

IKT-Wirtschaft NRW im Überblick

	NRW	Bund	NRW-Anteil am Bund (%)
Beschäftigte IKT	140.898	611.907	23,02
davon			
Beschäftigte IT	114.323	513.495	22,26
Beschäftigte TK	26.575	98.412	27,00
Unternehmen IKT	15.170	78.020	19,44
Umsätze IKT (Mrd. €)	56,8	133,2	42,64
davon			
Umsätze IT	11,0	67,1	16,39
Umsätze TK	45,7	66,0	68,10
BIP 2008	540,8	2.489	21,72
IKT-Anteil am BIP (%)	10,51	5,3	2,28

Alle Daten für 2008, Quellen: IT.NRW, Bitkom

Die kommenden Jahre werden durch vielfältige Innovationen geprägt sein. Die Breitbandnutzung für eine hochleistungsfähige Internetstruktur wird mit erheblicher Dynamik zunehmen. Nach Verbandsschätzungen steigt das Datenvolumen im Festnetz in den nächsten Jahren um jährlich zehn Prozent. Im Mobilfunkbereich verdreifacht sich das Datenvolumen pro Jahr.

Netze, Dienste und Endgeräte werden zudem damit immer anwender- und nutzerfreundlicher werden.

Die Landesregierung fördert die Vernetzung innerhalb der Branche. Die Professionalisierung des Netzwerk- und Clustermanagements hat zum Ziel, für die Unternehmen Trends und Synergien zu identifizieren und damit frühzeitig für die Informations- und Telekommunikationswirtschaft Zukunftsmärkte aufzuzeigen.

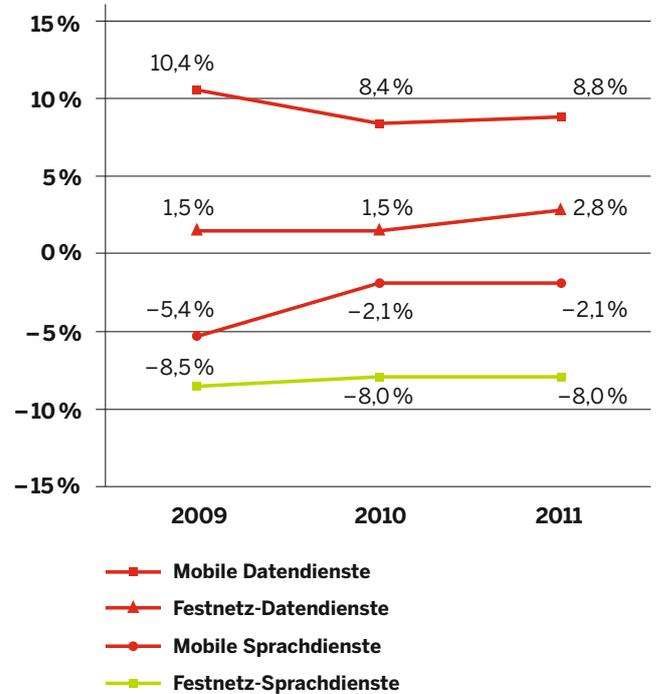
Mobile Datendienste bleiben wichtigste Wachstumstreiber

Das Landescluster **IKT.NRW** vernetzt die Partner, die in den verschiedenen IKT-Bereichen arbeiten bzw. die Querschnittstechnologien in ihren Anwendungsfeldern nutzen. Der strategische Focus von **IKT.NRW** liegt auf den Innovationsfeldern des Marktes:

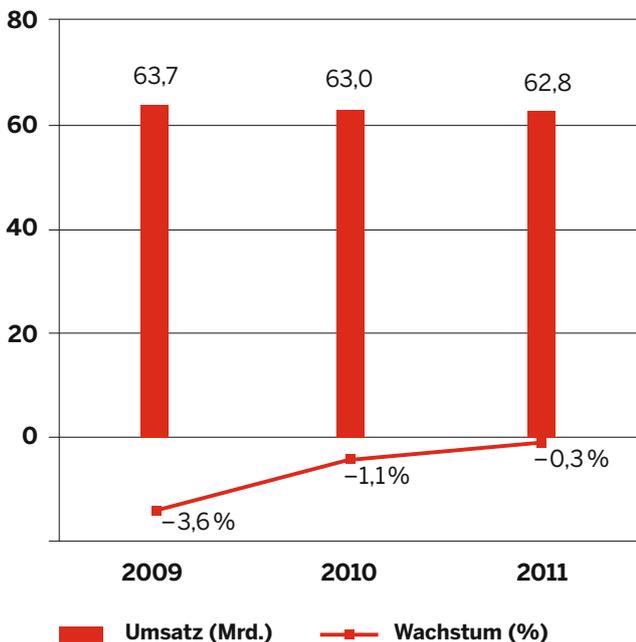
- Ausbau der Breitbandstruktur
- Ausbau der mobilen Kommunikation
- Entwicklung des Cloud Computing
- Entwicklung von IT-Sicherheitssystemen
- Smart Grids
- Entwicklung von Geo-Netzwerken
- RFID und Sensornetze.

In den kommenden Jahren wird die leistungsfähige Breitbandversorgung in ganz NRW eines der zentralen Leitprojekte der Landesregierung sein. Das ambitionierte Ziel ist die weitgehend flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Hochgeschwindigkeitsnetzen von über 100 MBit/s bis Ende 2020.

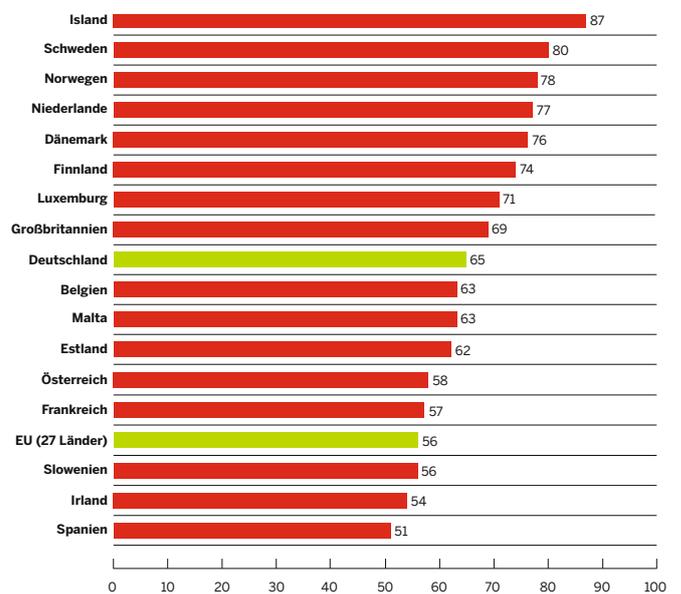
Trends (Wachstum in %)



TK-Gesamtmarkt



Anteil der Haushalte mit Breitbandzugang 2009 (in Prozent)



Quelle: BITKOM, EITO, IDATE

Quelle: BITKOM; Basis: Eurostat



Minister Harry K. Voigtsberger mit Clustermanager Christian Boros und Werner Lippert, Chef des NRW-Forum Düsseldorf

Leitmarkt Medien- und Kreativwirtschaft

Die Medien- und Kreativwirtschaft gehört zu den innovativen Wirtschaftsbereichen. Der Wirtschaftsbereich lebt von seiner thematischen Vielfalt – von der Architektur bis zur Produktion von Computerspielen – und seinem großen Anteil an Selbstständigen und Kleinstunternehmen. Förderpraxis und Wettbewerbe müssen auf diese Spezifika der Branche abgestimmt sein. Die Medien- und Kreativwirtschaft Nordrhein-Westfalens ist die bundesweit erfolgreichste und trägt entscheidend zur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Landes bei.

Schwerpunkte bildet die Netzwerk- und Förderpolitik für die Kreativwirtschaft in NRW unter anderem in den Teilbranchen mit hohem Wachstumspotenzial: Kunstmarkt, Werbewirtschaft, Designwirtschaft, Modedesign, Musikwirtschaft und Buchverlagswesen. Auch der Games- und Software-Bereich gerät zunehmend ins Blickfeld.

Um die kreativwirtschaftlichen Potenziale besser fördern zu können, wurde das Clustermanagement der Kultur- und Kreativwirtschaft unter dem Titel **creative.NRW** auf den Weg gebracht. Auftrag des Clustermanagements ist

es, die Kultur- und Kreativwirtschaft als eigenständiges Wirtschaftsfeld und als Wachstumsbranche zu etablieren und deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Der begonnene Dialog über die Strukturen, Herausforderungen, Entwicklungslinien und Bedarfe der einzelnen Teilmärkte soll fortgesetzt werden. Die wirtschaftliche Vernetzung innerhalb der Kultur- und Kreativwirtschaft ist weiter zu verbessern. Zudem sollen Strategien entwickelt werden, die den Zuzug von Kreativen fördern können.

Das Clustermanagement hat sich in Nordrhein-Westfalen als Ansprechpartner für Unternehmen und andere Akteure der Kreativwirtschaft etabliert und ist ein akzeptierter Partner – regional, national wie international. Zahlreiche Branchenhearings, Fokusgespräche, die intensive Beratung von Unternehmen und Gründungswilligen einerseits sowie eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit andererseits sorgen dafür, dass sich NRW als Standort der Kreativwirtschaft weiter profiliert hat.

Auf diese Phase der Etablierung und Netzwerkbildung innerhalb des Clusters folgt nun eine noch stärker an den spezifischen Themen und Strukturen der Branche orientierte Arbeit. Insbesondere die Fragen von Räumen, Marktzugängen, der Zugang zu Kapital, das Thema Qualifizierung und die Förderung der Wertschätzung kreativer Arbeit werden im Jahr 2011 auf der Agenda stehen.

Potenziale des Leitmarktes Kreativwirtschaft

Die Kreativwirtschaft hat in vielen Bereichen eine Lotsenfunktion für andere Branchen. Das hohe Maß an Selbstorganisation, Flexibilität und Innovationsfähigkeit macht die Branche zum Schrittmacher der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in NRW, in Deutschland und im europäischen und weltweiten Zusammenhang.

Im Mittelpunkt der Strategie „Europa 2020“, die der Europäische Rat im Juni 2010 verabschiedet hat, steht die Entwicklung einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft. Dabei kann und soll die Medien-, Kultur- und Kreativwirtschaft eine entscheidende Rolle spielen. Wenn wissensintensive Dienstleistungen in Zukunft einen noch größeren Stellenwert im Wirtschaftsgefüge einnehmen, dann sind die Akteure der Kreativwirtschaft in NRW wichtige Vorbilder, die schon seit Jahren Erfahrungen auf dem Feld machen und Erfolge vorzeigen können. 203.000 Menschen sind in etwa 50.000 Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt. Davon haben rund 155.000 einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Der Gesamtumsatz des Wirtschaftsbereiches liegt bei 36 Milliarden Euro.

Neben ihrer großen Bedeutung für die Wertschöpfung und ihrem weiter beachtlichen Wachstumspotenzial liegt das besondere Merkmal der Kreativwirtschaft darin, dass sie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit beiträgt. So sind Spillover-Effekte der Designleistungen integraler Bestandteil gelungener industrieller Produktion. In den Design-Abteilungen großer Unternehmen in NRW, wie zum Beispiel bei Miele in Gütersloh, findet Wertschöpfung statt, werden Arbeitsplätze geschaffen und gesichert – und zugleich die Qualität der Produkte „Made in NRW“ gesteigert.

„Design Thinking“, die weniger technologisch als kreativ gesteuerte Innovationstechnik zur Lösung komplexer Probleme, ist Vorbote eines Umdenkens, das nach Auffassung internationaler Experten künftige wirtschaftliche Prozesse prägen wird. Kreative Lösungen, die Praxis der Akteure aus der Kreativwirtschaft, ihre Formen der Arbeitsorganisation und auch die Kleinteiligkeit und Diversität der Branche erzeugen Effekte auch in anderen Wirtschaftszweigen und leisten einen wichtigen qualitativen und quantitativen Beitrag für Wachstum und Innovation. Um diese Prozesse stärker als bisher sichtbar zu machen und weiter zu fördern, ist unter anderem geplant, gemeinsam mit dem

Cluster **Kunststoff.NRW** einen Design-Wettbewerb durchzuführen.

Daneben wird eine noch intensivere Kooperation der Cluster **creative.NRW** und **Medien.NRW** angestrebt. Schnittmengen der beiden Wirtschaftszweige und eine vergleichbare Unternehmensstruktur legen die kontinuierliche und weiter ausbaufähige Zusammenarbeit nahe – bis hin zur Durchführung gemeinsamer Förderwettbewerbe für Akteure der Medien- und der Kreativwirtschaftsbranche. Mit einem solchen Ansatz sollen Cross-Innovationen gefördert und das Selbstbewusstsein der Branche gestärkt werden.

Das ist auch mit Blick auf den internationalen Wettbewerb unverzichtbar. Trotz einer starken wirtschaftlichen Stellung der nordrhein-westfälischen Kreativwirtschaft im nationalen Vergleich ist das internationale Ansehen ausbaufähig. Das Denken in einem gemeinsamen Leitmarkt, jenseits der klassischen Ressortgrenzen, stärkt die Unternehmen und sonstigen Akteure der Medien- und Kreativwirtschaft weiter. Innovative Ansätze können durch ein stärker vernetztes Denken und Handeln noch besser identifiziert und gezielter gefördert werden.

Landesregierung, NRW.Bank und die Cluster **Medien.NRW** und **Creative.NRW** starten gemeinsame Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen auf diesem Feld. Dazu gehören unter anderem die Bereitstellung spezifischer Informationsmaterialien und die Durchführung gezielter Netzwerk- und Informationsveranstaltungen.

Bedeutung der Cluster und landesweiten Netzwerke für die wirtschaftspolitische Leitmarktausrichtung

In den angesprochenen Leitmärkten sind meist ein oder zwei Cluster mit ihren jeweiligen Clustermanagements Anlaufstelle für die Vernetzung und Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, zwischen den Unternehmen und den Hochschulen, Instituten sowie sonstigen Forschungseinrichtungen.

Aber es gibt auch Cluster – wie beispielsweise **Kunststoff.NRW** und **Chemie.NRW** –, die als Branchen und Querschnittstechnologien eine zentrale Rolle als Innovations- und Wachstumstreiber nicht nur sektorspezifisch, sondern in weiten Bereichen unserer Wirtschaft einnehmen. Ihre Aktivitäten sind oft nicht nur auf einen Leitmarkt ausgerichtet. Oft spielen sie einen entscheidenden Part bei Cluster- und Leitmarkt übergreifenden Cross-Innovationen. Sie sind damit herausragende „Ermöglicher“ („enabler“) für die nachhaltige Ausrichtung auch der klassischen Branchen in Richtung „zukunftsweisende Leitmärkte“.

Mit der Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Leitmärkte stellt sich für die Cluster **Kunststoff.NRW** und **Chemie.NRW** die Herausforderung aber auch die Chance, ihr Aktivitätsspektrum auf die Leitmärkte Maschinen- und Anlagenbau, Mobilität und Logistik sowie neue Werkstoffe auszuweiten.

Durch Cluster übergreifende, an Leit- und Zukunftsmärkten ausgerichtete Kooperationen und Projekte ergeben sich für die Clustermitglieder, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zahlreiche Vorteile:

- Möglichkeit des Knüpfens neuer Kontakte
- Austausch über technologische Entwicklungen und Trends der jeweiligen Branche/Wertschöpfungskette
- Information, Beratung und Vernetzung schaffen Vertrauen und generieren neue Partnerschaften (Leitbild: dialogorientiertes, nachhaltiges Wirtschaften)
- Unterstützung bei der Akquise von Fördermitteln und der Projektdurchführung
- maßgeschneiderte Fortbildungsangebote
- gemeinsame Messeauftritte
- Zugang zu neuen Märkten/Unterstützung bei der Internationalisierung.

Mit dem Auslaufen von geltenden Förderbescheiden und Verträgen wird anhand von Indikatoren wie Clusterziele, Geschäftsmodell und Trägerschaft über die zukünftige Justierung der Cluster und ihre Ausrichtung auf Leitmärkte zu entscheiden sein. Ziel des Evaluierungsprozesses ist es, ergebnisoffen die bisherige Arbeit der Cluster einer Bewertung zu unterziehen und ihre Effizienz für die Erschließung von Leit- und Zukunftsmärkten zu prüfen. Dies geschieht in der Absicht, bestehende Strukturen nicht weg brechen zu lassen, sondern neu auszurichten.





Regionale Strukturpolitik



Regionale Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Regionale Strukturpolitik umfasst alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die auf die regionale Wirtschaftsstruktur Einfluss nehmen. Das weite Spektrum reicht von der Aus- und Weiterbildung, über die Wohn- und Lebensbedingungen von Fachkräften, die Erschließung und Vermarktung neuer Gewerbeflächen, den Aufbau von Forschungseinrichtungen, das Knüpfen von Netzwerken bis zum Ressourcen schonenden Umgang mit unseren Produktionsmitteln. Letztlich dient all das zwei Zielen: Zum einen fordert das Grundgesetz, in den Regionen für gleichwertige Lebensbedingungen zu sorgen. Zum anderen haben die EU-Staaten über ihre jeweiligen nationalen Ziele hinaus im Frühjahr 2010 eine gemeinsame wirtschaftspolitische Strategie bis zum Jahr 2020 beschlossen. Im Fokus dieser Strategie stehen die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft und die Förderung einer ressourceneffizienten, umweltfreundlichen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Auch hierzu leistet die regionale Strukturpolitik der Landesregierung ihren Beitrag.

Regionale Strukturpolitik ist in Nordrhein-Westfalen kein Neuland. Seit den 60er Jahren wurde eine ganze Reihe von Förderprogrammen aufgelegt, die jeweils den Erfordernissen der Zeit entsprechend ausgestaltet wurden und nicht selten wegweisend für die Ausgestaltung strukturpolitischer Programme in Bonn, Berlin und Brüssel wurden. Die

Programme haben sich den jeweiligen strukturpolitischen Erfordernissen entsprechend fortentwickelt, so dass uns heute ein breites Instrumentarium zur Verfügung steht, das von der Infrastrukturförderung über den Technologietransfer und die Forschungs- und Entwicklungsförderung bis hin zur Gründungspolitik und Clusterpolitik reicht. Dadurch kennen die Regionen in Nordrhein-Westfalen inzwischen ihre neuen wirtschaftlichen Kompetenzen. In der nächsten Zeit wird es Handlungsbedarf vor allem auf zwei Feldern geben: Fachkräftesicherung und Nachhaltigkeit.

Fachkräftesicherung

Der Bedarf an Fachkräften ist in vielen Regionen des Landes bereits zu einem ernst zu nehmenden Hindernis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung geworden und die demographische Entwicklung lässt erwarten, dass sich die Problemlage weiter zuspitzt. Die Ursachen hierfür sind unterschiedlich. In einigen Fällen verlassen junge Menschen für ihre Ausbildung die Region und kehren nicht mehr zurück. In anderen Fällen können die Chancen durch mangelnde Integration großer Bevölkerungsteile mit ausländischen Wurzeln nicht genutzt werden. Wer helfen will den Fachkräftebedarf zu decken, muss ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergreifen, in dem die Bildung die zentrale Stelle einnimmt.

Als erste Maßnahme wird die Landesregierung ein Sonderprogramm zur Fachkräftesicherung durch Innovation und Qualifizierung im Mittelstand starten. Das Ziel der Sicherung eines ausreichenden Fachkräfteangebots bedarf einer gemeinsamen Initiative der gesamten Landesregierung. Darin werden die bereits vorhandenen Instrumente der Ressorts sowie neue zusätzliche Maßnahmen gebündelt. Hierzu zählt in erster Linie die Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräftesicherung, aber auch weitergehende Maßnahmen, wie z. B. die Angebote zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Förderung von Frauen im Berufsleben, zur Integration von Migrantinnen und Migranten, zur Steuerung des Übergangs Schule-Beruf und Schule-Studium, zur Steigerung des Interesses für die MINT-Fächer durch die Zentren Zukunft durch Innovation usw.

Die Landesregierung wird die notwendigen strukturpolitischen Maßnahmen im Dialog mit den Kommunen und den Regionen, den Unternehmen und Wirtschaftsverbänden und allen gesellschaftlichen Gruppen umsetzen.

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) hat bei der Erarbeitung des Programms die Federführung. Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV) wird einen eigenständigen Beitrag hierzu leisten. Es sieht seine Aufgabe vor allem darin,

- das Eigeninteresse der Unternehmen zu verdeutlichen und mehr Unternehmen für die Belange der Sicherung des Fachkräfteangebotes zu gewinnen,
- in der Bevölkerung für eine intensivere Nutzung unserer Bildungsangebote zu werben,
- die Regionen darin zu unterstützen, Mittel und Wege zu finden, um ein ausreichendes regionales Angebot an Fachkräften zu sichern.

Dialogorientierung und Nachhaltigkeit

In keinem anderen Bundesland außer den Stadtstaaten ist die Produktion stärker konzentriert als in Nordrhein-Westfalen. Hier werden pro Jahr auf jedem Quadratkilometer 16,1 Mio. Euro Bruttoinlandsprodukt erzeugt, im Bundesdurchschnitt sind es nur 7 Mio. Deshalb treten Nutzungskonflikte in Nordrhein-Westfalen häufiger und oft auch früher auf als anderswo. Besonders im Fall großer Investitionsvorhaben zeigen die herkömmlichen Beteiligungsverfahren Schwächen. Es ist daher an der Zeit, diese durch einen echten Dialog aller Betroffenen zu ergänzen, um möglichst früh zu einem gerechten und dauerhaft belastbaren Interessenausgleich kommen zu können.

Allerdings stoßen auch solche Verfahren an Grenzen, wenn die widerstreitenden Interessen zu weit auseinander liegen. Deshalb ist es wichtig, dass ein Grundkonsens in der Gesellschaft erhalten bleibt, der die Industrie und die dazugehörige Kultur als Basis der künftigen Entwicklung akzeptiert. Noch stoßen selbst große Investitionsprojekte auf breite Akzeptanz in Nordrhein-Westfalen. Aber der zunehmende Widerstand gegen einzelne Projekte zeigt, vor welchen Schwierigkeiten das Land stehen wird, wenn diese Akzeptanz industrieller Produktion verloren geht.

Auch die Regionen sind aufgefordert, sich dieser Frage zu stellen, denn vor Ort in der Region und im konkreten Investitionsfall entscheidet sich, ob es gelingt, widerstreitende Interessen zu einem Ausgleich zu führen.

Um industrielle Produktion in NRW dauerhaft zu sichern, ist es nicht nur notwendig, für mehr Akzeptanz zu werben. Staat, Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände müssen die Belastungen für Mensch und Umwelt nachhaltig senken. Wer will, dass die Industrie als Grundlage unseres Wohlstandes erhalten bleibt, muss dafür sorgen, dass sie sich umweltschonend und Ressourcen sparend fortentwickelt. Unser Ziel ist der ökologische, nachhaltige Umbau unserer Wirtschaft. Hierzu müssen auch die Regionen einen Beitrag leisten.

Die Landesregierung will den in der vergangenen Legislaturperiode vernachlässigten Dialog mit den Regionen wieder intensivieren und dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit in den regionalen Entwicklungsstrategien mehr als bisher berücksichtigt wird.

Metropolen und Regionen

Der Globalisierungsprozess führte auf der regionalen Ebene zu ganz neuen Kooperationsstrukturen. In der jüngsten Vergangenheit ist hierüber eine intensive Diskussion entbrannt. Konzepte, die ursprünglich von einer „Metropolregion Rhein-Ruhr“ ausgingen, wurden von der Realität überholt. Ganz neue Kooperationsräume, wie etwa der südwestfälische Raum, das westliche Münsterland oder der gesamte Aachener und Eifeler Raum sind entstanden.

Diese Entwicklungen werden von der Landesregierung positiv bewertet, denn sie zeigen, dass die Regionen zur Selbstorganisation fähig und inzwischen auch flexibel genug sind, auf globale Entwicklungen regionale Antworten zu finden.

In allen Fällen leistet das Land finanzielle Unterstützung. Das geschieht zum Beispiel durch integrierte Strukturprogramme wie die REGIONALEN oder durch Strategiekonzepte und schließlich durch die Regionalbudgets, mit denen sich Entwicklungsmaßnahmen in den Regionen anstoßen lassen. Diese landesweite Unterstützung durch die Landesregierung ist im Übrigen unter den deutschen Flächenländern einmalig.

Es besteht daher die Absicht, die Regionen wieder stärker als bisher in die Ausgestaltung und Umsetzung regionaler Strukturpolitik einzubeziehen.

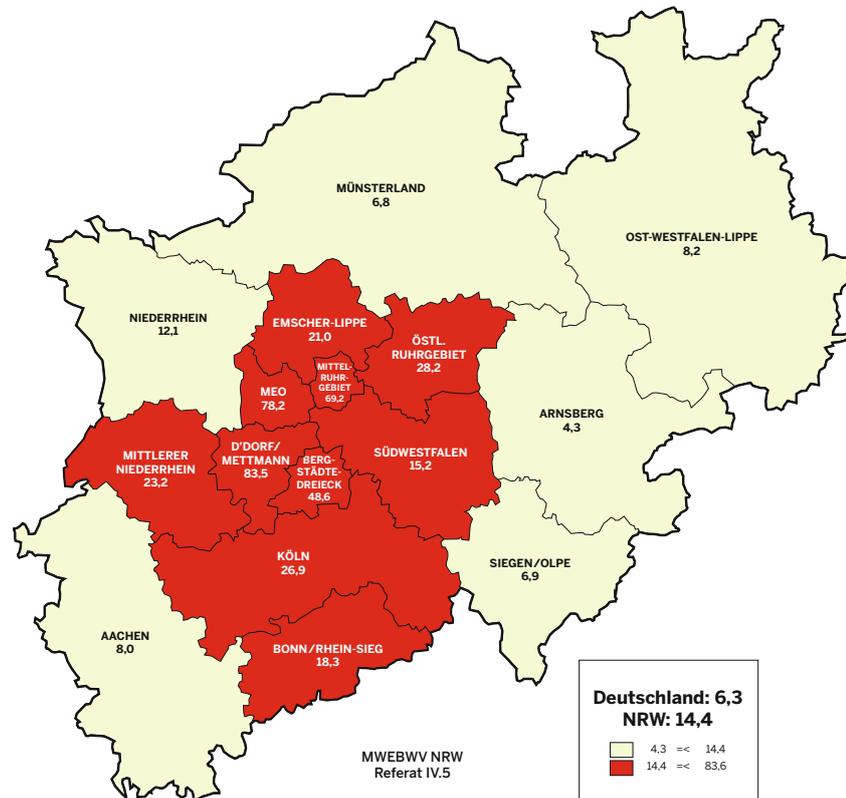
Metropole Ruhr

Trotz eines nach wie vor hohen Veränderungsbedarfes in Teilen der Region ist die heutige Metropole Ruhr als Ganzes mit dem Ruhrgebiet von vor 50 Jahren nicht mehr vergleichbar.

Die Region hat neue, international wettbewerbsfähige Kompetenzen entwickelt. Für ihre Wettbewerbsfähigkeit spricht unter anderem Folgendes: Seit einigen Jahren werden große Teile der regionalen Fördermittel im Rah-

Bruttowertschöpfung in den IHK-Bezirken des Landes

in Mill. Euro je Quadratkilometer 2008



men von Wettbewerbsverfahren vergeben. Es bestand zu Beginn dieser Verfahren die Sorge, das Ruhrgebiet könnte dabei nicht mithalten. Wie sich jetzt aber zeigt, ist diese Sorge unbegründet, denn der Anteil der Metropole Ruhr an den zu verteilenden Mitteln ist überdurchschnittlich groß.

Auch die Umwelt- und Lebensbedingungen sind heute besser denn je. Die Modernisierung begann mit der Vision Willy Brandts vom blauen Himmel über der Ruhr. Mit der Internationalen Bauausstellung Emscher Park wurde erstmals der Nachhaltigkeitsgedanke zum wesentlichen Element der Entwicklungsstrategien für die Region. Nach der IBA begann der Emscher-Umbau, gerade ist das Kulturhauptstadtjahr zu Ende gegangen und Bottrop hat vom Initiativkreis Ruhr den Zuschlag für das Projekt „Innovation-City“ erhalten.

Die Metropole Ruhr ist nicht mehr bedürftig wie vor 40 Jahren und muss den Wettbewerb mit anderen Regionen nicht mehr scheuen. Sie ist auf dem Weg zur Normalität einen großen Schritt vorangekommen. Die Landesregierung wird die Region auch zukünftig auf dem Weg dieser konsequenten Modernisierung begleiten.

Zechenschließungen

Im Jahre 2018 wird der deutsche Steinkohlenbergbau seine Förderung einstellen. Betroffen sind hiervon Teile des Ruhrgebietes und die Stadt Ibbenbüren. Die Landesregierung wird zur Kompensation regionaler Folgen der Zechenschließungen beitragen. Inzwischen haben bereits mehrere Gespräche hierüber zwischen dem Wirtschaftsminister und den Standortvertretern stattgefunden. Mehrere wichtige und von der Landesregierung finanziell unterstützte Projekte sind daraus entstanden. Dieses Dialogverfahren wird, auch unter Einbeziehung des Zechenstandortes Ibbenbüren, weitergeführt.

Rheinisches Braunkohlenrevier

Die wirtschaftliche Situation des rheinischen Braunkohlereviers ist noch gut. Das bezieht sich auf alle ökonomischen Kennziffern. Die Tagebaue Hambach und Garzweiler II werden nach heutigen Planungen etwa um 2045 ausgekohlt sein, der Tagebau Inden voraussichtlich im Jahre 2030. Deswegen wird die Landesregierung schon jetzt mit der Konzeption eines „Innovationsprogramms Rheinisches Braunkohlenrevier“ gemeinsam mit der Region und der RWE-Power AG beginnen. Konkrete Maßnahmen werden gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort erarbeitet werden.

Förderung

Bestimmte Regionen und Standorte werden auf absehbare Zeit der Begleitung und Unterstützung im Strukturwandel bedürfen. Die Landesregierung verfolgt mit diesen Hilfen das Ziel, in allen Regionen gleichwertige Lebensbedingungen sicherzustellen. Neben dem Ausgleich von Nachteilen geht es aber auch darum, spezifische Kompetenzen der Regionen auszubauen.

Mit der aktuellen Programmperiode der Ziel-2-Förderung werden große Teile der zu vergebenden Fördermittel nicht mehr nach Bedürftigkeit, sondern nach Exzellenz und Wachstumschancen vergeben. Die besten Projektvorschläge sollen eine Förderung erhalten.

Nach den bisherigen Erfahrungen haben sich Wettbewerbe als Verfahren zur Projektauswahl grundsätzlich bewährt. Gegenüber anderen Auswahlmethoden, z. B. dem „Windhundverfahren“, haben sie deutliche Vorteile. Die Landesregierung wird aus diesem Grund am Prinzip des Wettbewerbs festhalten. Allerdings ist beabsichtigt, die Zahl der Wettbewerbe zu reduzieren und die Verfahren übersichtlicher zu machen. Außerdem wird ein Spielraum für Entbürokratisierung und Vereinfachung im Zuwendungsrecht gesehen, der konsequent genutzt werden soll.

Weil die regionale Strukturpolitik in den letzten Jahrzehnten erfolgreich war, wird sich die Landesregierung für die Fortsetzung einer europäischen und regionalen Strukturpolitik mit einer substanziellen finanziellen Ausstattung an EU-Mitteln einsetzen; durch diese Programme können der Strukturwandel und die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen in Europa, insbesondere auch Nordrhein-Westfalens gesteigert werden. Die Landesregierung begrüßt deshalb den im Oktober 2010 erschienenen 5. Kohäsionsbericht der EU-Kommission. Demnach sollen alle Regionen, auch die wirtschaftlich stärkeren, in der zukünftigen Förderperiode europäische Strukturfondsmittel erhalten.



Mittelstandspolitik

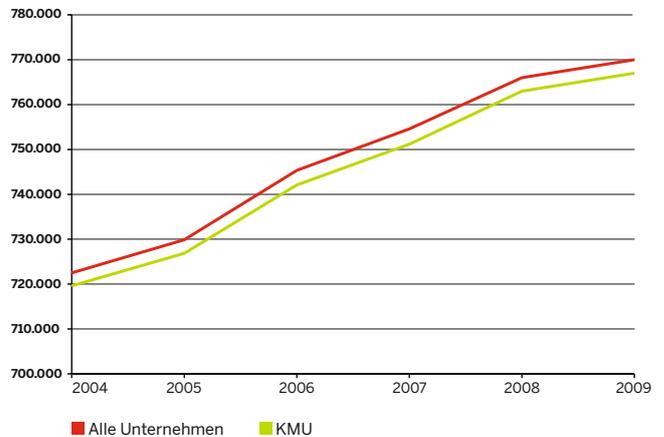
Wirtschaftspolitik ist zu einem weit überwiegenen Teil Mittelstandspolitik: denn 99,6 Prozent aller Unternehmen in NRW sind dem Mittelstand zuzurechnen und damit Adressat wirtschaftspolitischer Maßnahmen des Landes. In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl mittelständischer Unternehmen in Nordrhein-Westfalen um rd. 40.000 gestiegen. 767.000 kleine und mittlere Unternehmen aus dem Handwerk, der gewerblichen Wirtschaft sowie den Freien Berufen stellen heute je nach Berechnungsart zwischen 60 und 70 Prozent der Arbeitsplätze und mehr als 80 Prozent aller Ausbildungsplätze. Der Mittelstand erwirtschaftet in Nordrhein-Westfalen einen Umsatz von über 460 Mrd. Euro pro Jahr, das entspricht 34 Prozent des Gesamtumsatzes aller Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht vor allem auf das Konto der kleinen und mittleren Unternehmen. In einer Untersuchung aus dem Jahr 2009 zur sog. **Mittelstandshypothese** kommt das Institut für Mittelstandsforschung Bonn zu dem Ergebnis, dass kleine und mittlere Unternehmen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Zeitraum 2001 bis 2005 um 2,5 Prozent ausgebaut haben, während die Belegschaften von Großunternehmen im Schnitt lediglich um 0,5 Prozent angewachsen sind. Der relative Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen zum Unternehmenswachstum ist damit deutlich höher als der von großen Unternehmen. Innerhalb der Gruppe der kleinen und mittleren Unternehmen sind es vor allem die Neugründungen und die Kleinstunternehmen, die zu diesem positiven Beschäftigungseffekt beitragen.

Besonders deutlich zeigt sich die mittelständische Prägung auch im nordrhein-westfälischen **Handwerk**. Das Handwerk umfasst mit 181.171 Unternehmen fast ein Viertel des Unternehmensbestands. 981.702 Beschäftigte erwirtschaften einen Umsatz von 103,3 Milliarden Euro. Besondere Verantwortung übernehmen die Handwerksunternehmen für die Fortentwicklung des Fachkräftebestands des Landes: Hier werden 28,7 Prozent aller Auszubildenden beruflich qualifiziert.

Viele mittelständische Unternehmen sind von der **Wirtschaftskrise 2009** erheblich getroffen worden: So gingen z. B. im Handwerk die Umsätze in 2009 um 5,5 Prozent zurück. Gleichwohl hat sich der Unternehmensbestand im Handwerk um 0,9 Prozent erhöht. Insgesamt traf die Wirtschaftskrise besonders die exportorientierten Unternehmen. Die auf das Inland konzentrierten mittelständischen Unternehmen waren hingegen weniger von der Krise berührt. Sie haben somit stabilisierend auf den Konjunktur-

Entwicklung des Unternehmensbestandes in NRW



Quelle: Eigendarstellung nach Daten des IfM Bonn

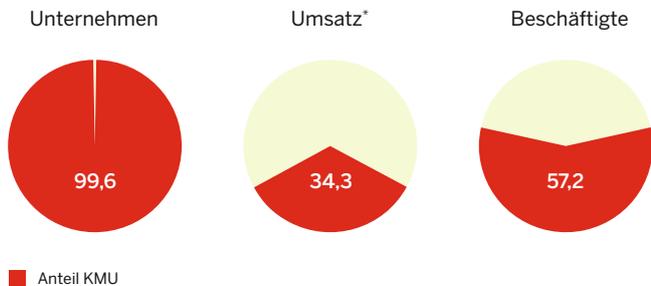
verlauf gewirkt. Sie sind inzwischen wieder überwiegend auf Wachstumskurs.

Mit 95 Prozent überwiegt in Deutschland wie auch in NRW der Anteil der **familiengeführten Unternehmen** deutlich den der managergeführten Konzernunternehmen. Die Familienunternehmen sind für die Region, in der sie ihren Sitz haben, von großer Bedeutung. Denn sie verfolgen in der Regel eine langfristige und wertorientierte Unternehmensphilosophie und orientieren sich weniger an kurzfristigen Quartalsbilanzen. Diese Strategie beinhaltet häufig auch ein ausgeprägtes gesellschaftliches Engagement für ihre Regionen und führt zu einer engen Verbindung des Unternehmens mit der Region und den dort lebenden Menschen.

Oft sind es gerade auch solche Unternehmen, die sich – von der breiten Öffentlichkeit fast unbemerkt – als Weltmarktführer erfolgreich positionieren können. Diese sogenannten **Hidden Champions** sind mit ihren teilweise hochspezialisierten Produkten und Dienstleistungen eng in Wertschöpfungsketten eingebunden und zeichnen sich durch eine hohe Flexibilität und eine ausgeprägte Innovationskultur aus. So können sie den steigenden Qualitätsansprüchen ihrer Kunden gerecht werden und sich gegenüber Mitbewerbern – auch aus Niedriglohnländern – nachhaltig durchsetzen.

KMU-Anteile 2007 in NRW

(nach KMU-Definition des IfM Bonn, in Prozent)



* Daten der Umsatzsteuerstatistik 2007.

Abgrenzung der KMU nur nach Merkmal Umsatzgröße.

Quelle: IT.NRW: Unternehmensregister (Auswertungstichtag: 30. 9. 2009);

Statistisches Bundesamt: Umsatzsteuerstatistik; Berechnung des IfM Bonn

© IfM Bonn St00-06b07

Mittelstandspolitisches Leitbild

Der Mittelstand ist in seiner ganzen Vielfalt und Breite eine tragende Säule des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Flexibilität und die Innovationsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen sind ein Garant für die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und von zentraler Bedeutung für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Das Wirtschaftsgefüge in NRW zeichnet sich durch eine enge Verflechtung und ein produktives Zusammenwirken kleiner, mittlerer und großer Unternehmen aus. Die mittelständischen Unternehmen sind als Zulieferer und Dienstleister eng in die **Wertschöpfungsketten** eingebunden und tragen so direkt und indirekt zum Export und zu der starken Weltmarktposition global operierender Unternehmen bei. Kleine und mittlere Unternehmen sind nicht grundsätzlich wegen ihrer geringeren Größe benachteiligt, sondern sie agieren gerade wegen ihrer Flexibilität in der Regel erfolgreich in ihren Märkten. Unternehmensgröße ist kein Vorteil, Kleinheit ist kein Nachteil an sich, sondern im Wesentlichen vom jeweiligen Markt und der Art der angebotenen Produkte und Dienstleistungen abhängig.

Das Leitbild der Mittelstandspolitik des Landes orientiert sich an leistungsstarken und wettbewerbsfähigen mittelständischen Unternehmen. Der Erhalt und die Stärkung

der Leistungsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen und Freien Berufe steht im Zentrum der Wirtschaftspolitik. Es gilt, den kleinen und mittleren Unternehmen **Rahmenbedingungen** zu schaffen, unter denen sie ihre Flexibilität, Schnelligkeit und Innovationskraft optimal entfalten können.

Mittelstandspolitik ist eine **Querschnittsaufgabe**: Nicht nur das Wirtschaftsministerium sondern auch andere Ressorts sowie die Kommunen sind gefordert, die notwendigen Freiräume für die kleinen und mittleren Unternehmen zu schaffen. Ein neues **Mittelstandsgesetz für Nordrhein-Westfalen** soll die Bedeutung der mittelständischen Unternehmen und Freien Berufe für den Wirtschaftsstandort NRW unterstreichen und darüber hinaus Regelungen für eine bessere Förderung und Unterstützung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen enthalten.

Auf Bundes- und EU-Ebene wird sich die Landesregierung für mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Land und Kommunen verfügen über erhebliche Gestaltungsspielräume z. B. bei der Schaffung **mittelstandsfreundlicher Verwaltungsverfahren**. Viele Antrags- und Genehmigungsverfahren sind für die Unternehmen wenig transparent und häufig nur schwer nachzuvollziehen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen müssen verhältnismäßig große personelle Ressourcen in derartige Verwaltungsverfahren investieren. Die Schaffung einer mittelstandsfreundlichen Verwaltung mit zügigen und rechtssicheren Verfahren kann erheblich zum Abbau bürokratischer Belastungen der KMU beitragen und damit zu einem wichtigen Standortvorteil werden. Es gibt zahlreiche gute Beispiele und Ansätze, wie Verwaltungen sich den Bedürfnissen des Mittelstandes anpassen können. Beispielhaft sind die Kriterien des RAL-Gütezeichens „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“, die in NRW bereits 22 Kommunen erfüllen. Für das Tempo und die Qualität der Verwaltungsverfahren ist entscheidend, dass Ministerien, Bezirksregierungen, staatliche Ämter und Kommunen bei Genehmigungen Hand in Hand arbeiten. Wichtig ist, dass die Unternehmen einen zentralen Ansprechpartner haben, der sie durch die Verfahren begleitet und berät. Klare Fristen und überprüfbare Serviceversprechen können zusätzlich helfen, die subjektiv gefühlte Bürokratiebelastung bei den Mittelständlern zu reduzieren. Wir werden gute Praxisbeispiele auswerten und im Dialog mit allen Beteiligten weiterentwickeln, um sie auf weitere Regionen und das ganze Land auszuweiten.

Auch in der Mittelstandspolitik setzt das Wirtschaftsministerium auf eine **dialogorientierte Politik**. So soll das neue Mittelstandsgesetz für Nordrhein-Westfalen in enger Zusammenarbeit mit Kammern, Wirtschaftsverbänden, Kommunen und Gewerkschaften entstehen. Das Wirtschaftsministerium wird regionale Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern organisieren, um die Probleme des Mittelstandes aus erster Hand zu erfahren und Lösungen zu erarbeiten. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen sollen auf einem möglichst breiten Konsens beruhen, um das Ziel des ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Wachstums zu erreichen.

In der Entwicklung von Unternehmen gibt es Phasen und Etappen (z. B. Gründung, umfassende Investitionsvorhaben, Unternehmensnachfolge), bei denen zeitlich begrenzt und subsidiär eine staatliche Unterstützung erforderlich sein kann. Die Förderinstrumente des Landes orientieren sich an diesen Lebenszyklen. Sie sind als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht.

Gründung

Unternehmensgründungen sind für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie für die Entwicklung und Etablierung neuer Geschäftsideen und Innovationen von zentraler Bedeutung. Das Ziel der Landesregierung ist es, die **Kultur der Selbstständigkeit** weiter zu stärken und das vorhandene Gründungspotenzial in seiner ganzen Breite noch stärker auszuschöpfen. Im Rahmen der Kampagne „Wir machen Gründer groß. Die STARTERCENTER NRW“ sucht das Wirtschaftsministerium zusammen mit den regionalen STARTERCENTER NRW im ganzen Land junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die als Gründungsbotschafter und Vorbilder über ihre Erfahrungen auf dem Weg in die Selbstständigkeit berichten und damit auch Andere motivieren, sich selbstständig zu machen. Ergebnis sind beeindruckende Gründungsgeschichten, die die vielfältigen Möglichkeiten der Unternehmensgründung und auch der Realisierung von persönlichen Lebensträumen der jungen Unternehmerinnen und Unternehmer aufzeigen.



Keine Gründerin und kein Gründer in Nordrhein-Westfalen muss den mutigen Schritt in die Selbstständigkeit allein gehen. Mit den **STARTERCENTER NRW** stehen zentrale Anlaufstellen zur Verfügung, die Beratung und Begleitung bei der Unternehmensgründung anbieten. Träger der STARTERCENTER NRW sind Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und kommunale Wirtschaftsförderungseinrichtungen, die hier beispielhaft kooperieren. Rund 140.000 Menschen haben im Jahr 2009 Kontakt zu den STARTERCENTER NRW aufgenommen und rd. $\frac{1}{4}$ aller Gründerinnen und Gründer haben sich dort intensiv beraten lassen. Ziel ist es, dass die Gründerinnen und Gründer möglichst gut vorbereitet an den Start gehen und somit die besten Chancen im Wettbewerb haben. Neben den kostenfreien Informations- und Beratungsangeboten vergibt das Land mit dem **Beratungsprogramm Wirtschaft** auch Zuschüsse für die Inanspruchnahme von Gründungsberatungen durch freiberufliche Berater. Mit Hilfe dieses Förderprogramms konnten im Jahr 2009 über 1.600 qualifizierte und zielgruppenspezifische Beratungen durchgeführt werden. Über 800 Gründungen sind so entstanden und haben zur Schaffung oder Sicherung von 2.400 Arbeitsplätzen geführt.

Um Gründungen zu vereinfachen, ist ein weiterer **Abbau bürokratischer Gründungshemmnisse** dringend notwendig. Dazu wurde der Formularserver NRW entwickelt, mit dem der Aufwand zur Erledigung der Gründungsformalitäten deutlich reduziert wird. Der Formularserver NRW steht online und in den STARTERCENTER NRW zur Verfügung und kann dort auch mit Unterstützung der Gründungsberater genutzt werden. Damit erhalten die angehenden Unternehmerinnen und Unternehmer die Möglichkeit, sich voll und ganz auf die Entwicklung und Umsetzung ihrer Geschäftsideen zu konzentrieren. Weiteres Ziel der Landesregierung ist, den Formularserver NRW hin zu einer vollelektronischen Gründungsunterstützung weiterzuentwickeln.

Keine gute und tragfähige Geschäftsidee soll in Nordrhein-Westfalen an der **Finanzierung** scheitern. Die Förderbanken des Landes und des Bundes bieten passgenaue Förderprogramme an: Neben Förderdarlehen können Bürgschaften und Haftungsfreistellungen bei nicht ausreichenden Sicherheiten die Realisierung einer Unternehmensneugründung oder Unternehmensübernahme unterstützen.

Rund dreiviertel aller Gründungen, die einen externen Finanzierungsbedarf haben, bleiben nach einer Untersuchung der KfW innerhalb des Mikrofinanzierungsbereichs von bis zu 25.000 Euro. Gleichzeitig zeigt die Erfahrung, dass insbesondere diese Gründungen häufig mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Zur Unterstützung dieser Gründungen beabsichtigt die Landesregierung, das **NRW/EU.Mikrodarlehen** landesweit anzubieten. Das Mikrodarlehen zielt auf wirtschaftlich erfolgversprechende Klein Gründungen ohne ausreichende Sicherheiten, die bei den Kreditinstituten nicht zum Zuge kommen. Nach Prüfung und positiver Beurteilung des Geschäftskonzeptes durch ein STARTERCENTER NRW kann das NRW/EU.Mikrodarlehen direkt bei der NRW.BANK beantragt werden.

Die Landesregierung wird die Erfolgsgeschichte der **Meistergründungsprämie** fortsetzen. Die Bilanz nach 15 Jahren Meistergründungsprämie kann sich sehen lassen: über 13.000 geförderte Existenzgründungen im Handwerk und etwa 65.000 damit mittelfristig geschaffene oder gesicherte Arbeitsplätze. Die Zahlen zeigen: Die Meistergründungsprämie ist und bleibt eines der erfolgreichsten und aus Sicht des Steuerzahlers kostengünstigsten Existenzgründungsprogramme des Landes. Besonders erfreulich ist auch der zunehmende Anteil von inzwischen 23 Prozent Frauen, die sich mit Hilfe der Prämie im Handwerk selbstständig gemacht haben.

Der Anteil **innovativer Gründungen** liegt nach Ergebnissen des KfW-Gründungsmonitors 2010 bei 13 Prozent. Unter Innovation wird hier in einer weiten Definition die Einführung einer Marktneuheit verstanden. Der Anteil von Hightech-Gründungen (forschungsintensive Industrien, Spitzentechnologien und hochwertige Technologien) liegt deutlich niedriger. Nordrhein-Westfalen verfügt mit einer breiten Wissenschafts- und Forschungslandschaft und der hohen Studierendenzahl über ein hohes Gründungspotenzial für Hightech-Gründungen, welches jedoch noch nicht optimal ausgeschöpft wird. So ist die Gründungsintensität forschungsintensiver Industrien in NRW von einem bundesweit 4. Platz zur Jahrtausendwende zuletzt auf einen 9. Platz gefallen. Um die in den letzten Jahren insgesamt rückläufige Entwicklung der Hightech-Gründungen in NRW zu stoppen, wird die Landesregierung im Rahmen der Innovationsstrategie prüfen, wie spezifische Gründungshemmnisse im Hightech-Sektor abgebaut werden können.

Wachstum, Festigung, Innovation

Kleine und mittlere Unternehmen stehen auch in einem globalen Wettbewerb, der permanent Herausforderungen an die Leistungsfähigkeit der Unternehmen stellt. Produkte und Dienstleistungen müssen den Wünschen der Kunden entsprechend ständig weiterentwickelt und verbessert werden. Diese Anpassungsprozesse sind häufig mit Investitionen verbunden, die eine ausreichende Liquidität der Unternehmen voraussetzen. Während der zurückliegenden Wirtschaftskrise drohten vielen Unternehmen Liquiditätsengpässe, denen mit umfangreichen Fördermaßnahmen durch die öffentliche Hand begegnet werden konnte. Auch nach der Wirtschaftskrise bleibt es Ziel der Landesregierung, den Unternehmen den Zugang zu notwendigen Investitions- und Betriebsmitteldarlehen zu sichern. Dazu werden **Finanzierungsinstrumente** wie Förderdarlehen, Bürgschaften und Haftungsfreistellungen zur Verfügung gestellt.

Neben der ausreichenden Finanzierung wird für den Mittelstand die Verfügbarkeit **qualifizierter Fachkräfte** zu einem zunehmend wichtigeren Standortfaktor. Die Landesregierung wird in einer gemeinsamen Initiative bereits vorhandene Instrumente um zusätzliche neue Maßnahmen ergänzen, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen (siehe hierzu auch Kapitel „Regionale Strukturpolitik“).

Nach einer Erhebung durch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung nehmen die **Innovationsaktivitäten** mit kleiner werdender Unternehmensgröße ab. Grund sind u. a. spezifische Innovationsbarrieren wie Mindestprojektgrößen und Fixkostenanteile, die zu relativ höheren Innovationskosten für kleinere Unternehmen führen. Darüber hinaus schätzen die kleinen und mittleren Unternehmen die Bedeutung von neuen Produkten und Dienstleistungen als weniger wichtig ein. Hier wird die Landesregierung ansetzen und im Rahmen der geplanten Innovationsstrategie kleine und mittlere Unternehmen verstärkt auf die Chancen und die Unterstützungsangebote eigener Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten aufmerksam machen. Die bestehenden Instrumente zur Innovationsförderung von KMU und zur Stärkung des Wissenstransfers (Innovationsgutschein, Innovationsdarlehen, Innovationsassistent und weitere Finanzierungsinstrumente) sollen gemeinsam mit dem Innovations- und Technologieministerium auf ihre Wirksamkeit überprüft und weiterentwickelt werden.

Im Rahmen der aktuellen **Ziel 2-Förderperiode** stehen EU-Mittel in Höhe von 1,3 Milliarden Euro unter anderem zur Förderung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zur Verfügung. In dem Programmschwerpunkt „Innovation und wissensbasierte Wirtschaft“, in dem die Ziel 2-Förderung weitgehend über Wettbewerbe erfolgt, sind bisher 48 Wettbewerbe mit Juryentscheidungen abgeschlossen worden. Die Wettbewerbe haben zu einer beachtlichen Mobilisierung von Wettbewerbsteilnehmern aus NRW beigetragen und haben sich grundsätzlich bewährt. Der Anteil der Unternehmen (als Hauptantragsteller) an den eingereichten Projektskizzen betrug 48 Prozent; an den zur Förderung vorgeschlagenen Vorhaben lag der Anteil bei 42 Prozent. Um die Wettbewerbsverfahren und damit die Förderangebote für die kleinen und mittleren Unternehmen zu vereinfachen und zu beschleunigen, wird die Landesregierung die Antrags- und Bewilligungsverfahren mit dem Ziel der Vereinfachung überprüfen.

Im Handwerk soll das erfolgreiche Projekt **Technologie-transferring Handwerk NRW** (TTH) fortgeführt werden. Der TTH ist eine Einrichtung zur Förderung von Innovation, Technologienutzung und technologischer Entwicklung in den Betrieben des Handwerks in NRW – als Ansprechpartner für sämtliche im Zusammenhang mit Innovationen in Handwerksbetrieben auftretenden Fragestellungen. Neben der direkten Beratung von Unternehmen schafft der TTH Kontakte zu Wissenschaftlern und initiiert Netzwerke zwischen Handwerkern und Wissenschaftlern bzw. technologieorientierten Institutionen.

Im Rahmen der **Zukunftsinitiative Handwerk Nordrhein-Westfalen** werden Handwerksbetriebe dabei unterstützt, Veränderungen der Markterfordernisse und Bedürfnisse schnell zu erkennen und geeignete individuelle Lösungsstrategien zu entwickeln. Dadurch soll deren Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Arbeitsplätze im Handwerk gesichert bzw. zusätzliche geschaffen werden. Instrumente sind z. B. regionale Informationsveranstaltungen, die Sensibilisierung der Betriebe, der Wissenstransfer, die Beratung und Begleitung von Unternehmen sowie die Methodenentwicklung. Die Zukunftsinitiative Handwerk Nordrhein-Westfalen widmet sich insbesondere der Entwicklung neuartiger Produkte und Dienstleistungen in einer älter werdenden Gesellschaft, der Marketingkompetenz und der Erschließung von Auslandsmärkten.

Zudem findet alle zwei Jahre der vom Handwerk initiierte Wettbewerb **DesignTalente Handwerk NRW** statt. Neben dem Gewinn lukrativer Preisgelder bietet dieser Wettbewerb jungen Handwerkerinnen und Handwerkern die Möglichkeit, ihre Leistungsfähigkeit und Kreativität einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.



Unternehmenssicherung und Unternehmensnachfolge

Eine nachhaltige Unternehmenssicherung erfordert das frühzeitige Erkennen notwendiger **betrieblicher Umstrukturierungen** und die entsprechende unternehmerische Initiative. Die Realität ist häufig eine andere: Kleine und mittlere Unternehmen kümmern sich oft zu spät um innerbetriebliche Anpassungsprozesse. Wartet ein Unternehmen jedoch zu lange, dann ist ein erfolgreiches Gegensteuern schwerer zu realisieren. Das Land Nordrhein-Westfalen bietet daher landesweit kleinen und mittleren Unternehmen mit der Umstrukturierungsberatung einen gezielten Anreiz, frühzeitiger als bisher innerbetriebliche Veränderungsprozesse anzugehen. Durch eine anteilige Finanzierung zu den Beratungskosten können die Unternehmen gemeinsam mit betriebswirtschaftlichen Beratern z. B. den Anpassungsprozess an veränderte Marktgegebenheiten identifizieren oder die Unternehmensfinanzierung neu gestalten. Ebenso unterstützt werden Bürgschaftsvorhaben und die geplante Übernahme des Unternehmens durch die eigene Belegschaft (MBOs).

Der Erfolg der Umstrukturierungsberatung spricht für sich: Besonders kleine und mittlere Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes nehmen diese zielgerichtete Unterstützung rege in Anspruch. Bereits im Jahr 2009 konnten mit Hilfe der Umstrukturierungsberatung rund 80 Prozent der vorhandenen Arbeitsplätze in den geförderten Unternehmen gesichert werden, das entspricht rund 6.900 Arbeitsplätzen. Ein greifbarer Erfolg der frühzeitigen Unternehmenssicherung des Landes, den die neue Landesregierung fortsetzen wird.

Mit der Gründung des **landesweiten Netzwerks Unternehmenssicherung** hat das Land Nordrhein-Westfalen die Unterstützungsmöglichkeiten für Unternehmen ebenfalls weiter verbessert. Das Netzwerk umfasst über 80 Experten aus den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Wirtschaftsförderungseinrichtungen im Land. Die Unternehmen haben so vor Ort direkte Kontaktmöglichkeiten zu den Ansprechpartnern des Netzwerks in allen Fragen der Umstrukturierung und Krisenprophylaxe. Durch die enge Einbindung der NRW.BANK und den Einbezug von Steuerberatern sowie Kreditinstituten wird das Land das Netzwerk Unternehmenssicherung weiter ausbauen.

Die Lebensdauer eines Unternehmens ist grundsätzlich unbegrenzt – vorausgesetzt die **Unternehmensnachfolge** wurde rechtzeitig geregelt. Nachfolgesituationen hat es immer schon gegeben und es wird sie weiterhin geben, ob familienintern oder -extern. Neue Herausforderungen gibt es allerdings durch veränderte Lebensplanungen der handelnden Personen. Heute ist es nicht mehr selbstverständlich, dass die eigenen Kinder den elterlichen Betrieb übernehmen. Der demografische Wandel erschwert darüber hinaus, in der jüngeren Generation ausreichend geeignete Nachfolger zu finden. Dies gilt insbesondere für Regionen, die mit einem Rückgang von Bevölkerung und damit auch von qualifizierten Arbeitskräften rechnen müssen.

Die Sicherung der Unternehmensnachfolge ist neben der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen für die Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes von zentraler Bedeutung. Ziel der Landesregierung ist es, Unternehmen bei der Lösung der Nachfolgeproblematik zu unterstützen, damit wettbewerbsfähige Unternehmen wegen verspäteter oder unterbliebener Nachfolgeregelungen nicht schließen müssen und Arbeitsplätze verloren gehen.

Das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn geht von bundesweit rd. 110.000 übernahmewürdigen Familien-

unternehmen mit 1,4 Mio. Beschäftigten für den Zeitraum 2010 bis 2014 aus. Davon entfallen rd. 24.100 Übernahmen allein auf Nordrhein-Westfalen. Angesichts der Altersstruktur der gegenwärtigen Betriebsinhaber ist die Tendenz steigend. Aber nicht nur im Alter sollte die Nachfolge geregelt sein: auch durch Krankheit, Unfall oder plötzlichen Tod kommt es häufig zum schnellen Aus für Unternehmen, wenn vorher entsprechende Vorsorge nicht getroffen wurde. Die Landesregierung wirbt für einen sogenannten „Notfallkoffer“ in jedem Unternehmen, der die wichtigsten Informationen für Vertrauenspersonen griffbereit hält. Hierzu gehören Vollmachten, Vertretungspläne, Informationen zu Kunden- und Lieferantenstrukturen und eine Dokumentenmappe mit Bankverbindungen, Passwörtern sowie ein Testament.

Gemeinsam mit unseren Partnern der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, der kommunalen Wirtschaftsförderungen und der NRW.BANK haben wir das landesweite „Netzwerk Unternehmensnachfolge NRW“ eingerichtet. Dieses Netzwerk steht sowohl potenziellen Übergebern als auch Übernehmern mit kompetenten Beratern für kostenlose Basisberatungen zur Verfügung. Die Landesregierung wird dieses Netzwerk weiter stärken, um die Betreuung der Unternehmen vor Ort weiter zu verbessern.





Energiepolitik

Bundesregierung und EU-Kommission entwickeln mittel- und langfristige Energiekonzepte. Sie dienen der langfristigen Planungssicherheit, die im Bereich großer Infrastrukturmaßnahmen, zu denen beinahe alle energiewirtschaftlichen Projekte gehören, für alle Akteure zwingend notwendig ist. Während die Kommission nun ihren energiewirtschaftlichen Gesamtplan voraussichtlich im Laufe des Jahres 2011, spätestens jedoch im Frühjahr 2012 vorlegen will, hat die Bundesregierung ihr Energiekonzept bereits beschlossen und veröffentlicht. Die Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen werden beachtlich sein.

Nordrhein-Westfalen – Energielieferant für Deutschland

Als eine der bedeutendsten Energie- und Industrieregionen Europas, die ca. 30 Prozent zur deutschen Stromversorgung beiträgt und über 40 Prozent des deutschen Energiebedarfs der Industrie repräsentiert, ist Nordrhein-Westfalen an der Umstrukturierung der Energieversorgung maßgeblich beteiligt. Knapp 90 Prozent der Energiegewinnung in Nordrhein-Westfalen stammen aus fossilen Energiequellen, das ist bundesweit einer der höchsten Anteile. Etwa 10 Prozent der Stromerzeugung entfallen auf erneuerbare Energien; unter ihnen stellen Wind- und Bioenergie mit zusammen 88 Prozent den größten Anteil, gefolgt von der Fotovoltaik und der Wasserkraft.

Im Bereich Windenergie rangierte Nordrhein-Westfalen Ende 2009 mit über 2.800 Megawatt (MW) installierter Leistung im Vergleich der Bundesländer auf Rang 4 hinter Niedersachsen (6.300 MW), Brandenburg (4.150 MW) und Sachsen-Anhalt (3.100 MW). Der Beitrag Nordrhein-Westfalens zur installierten Fotovoltaikleistung in Deutschland betrug 2009 mit 1.100 MW rund 11,2 Prozent. Mit einem Zubau von rund 440 MW lag Nordrhein-Westfalen hinter Bayern (1.485 MW) und Baden-Württemberg (551 MW) auf Rang 3.

Über 200 Stadtwerke der bundesweit knapp 900 Versorgungsunternehmen sind in Nordrhein-Westfalen ansässig. Neben Unternehmen der hocheffizienten Energiewirtschaft sind auch zahlreiche Unternehmen der regenerativen Energiewirtschaft in der Region vertreten. Von ihnen zählen einige sogar zu den international maßgeblichen

Brutto-Stromerzeugung 2009

	Bund		NRW	
	TWh	%	TWh	%
Energieträger				
Braunkohle	146,5	25,5	73,2	50,0
Steinkohle	109,0	18,3	43,5	26,5
Kernenergie	134,9	22,6	–	–
Erdgas/Mineralöl	89,5	15,0	29,9	18,2
Erneuerbare Energien	93,0	15,6	10,7	6,5
Sonstige	23,9	4,0	6,9	4,2
Summe	596,8	100	164,2	100

Quelle: LDS NRW, IWR – Erdgas/Mineralöl fortgeschrieben

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2009

	Bund		NRW	
	TWh	%	TWh	%
Energieträger				
Windenergie	37,8	40,6	4,1	38,3
Wasserkraft	19,0	20,4	0,5	4,7
Biomasse	25,0	26,9	3,0	28,0
Müll (50% regenerativ)	5,0	5,4	1,5	14,0
Grubengas	k. A.	–	0,9	8,4
Fotovoltaik	6,2	6,7	0,7	6,5
Summe	93,0	100	10,7	100

Quelle: IWR

Akteuren. So haben sechs der weltweit 140 börsennotierten Unternehmen, die mehr als die Hälfte ihres Umsatzes im Bereich der erneuerbaren Energien erzielen, ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen.

Im Jahr 2009 waren nach den vorliegenden Daten von IT.NRW insgesamt etwa 210.000 Beschäftigte bei den Unternehmen der Energieversorgung (Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung) sowie der Hersteller- und Zulieferindustrie des Energiesektors beschäftigt. Speziell auf den Sektor des regenerativen Anlagen- und Systembaus entfielen 2009 bei den rund 3.400 Unternehmen über 24.100 Beschäftigte. Der Umsatz dieser nordrhein-westfälischen Unternehmen lag 2009 bei knapp 7 Milliarden Euro und damit um etwa 5 Prozent höher als im Jahr 2008.

Strategiekonzept für eine nachhaltige Energieversorgung

Nordrhein-Westfalen wird sich zukünftig zu einer der Vorreiterregionen im Klimaschutz, der Nutzung erneuerbarer Energien und der nachhaltigen Energieversorgung entwickeln. Neben dem Klimaschutzgesetz wird hier insbesondere der Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen auf einen nachhaltigen energiewirtschaftlichen Pfad führen. Dabei wird die Landesregierung auf eine breite Beteiligung der betroffenen Interessengruppen achten. Nur wenn wir als eine der wichtigsten Industrieregionen Europas hier Signale setzen, können Verhandlungen zur Ausweitung und Internationalisierung von Klimaschutzverpflichtungen Erfolg haben.

Weder aus energiewirtschaftlicher Perspektive noch aus Klimaschutz- oder industriepolitischer Sicht darf Klimaschutz auf Nordrhein-Westfalen oder auf Deutschland beschränkt bleiben. Die Grundannahmen der energiewirtschaftlichen Ausrichtung von Nordrhein-Westfalen sind, dass Klimaschutz als unsere Leitprämisse weltweit betrieben wird, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien mindestens europaweit erfolgt und dass Deutschland insgesamt ein starker Akteur auf einem globalisierten Markt bleibt.

Die Fokussierung der Bundesregierung auf die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken als einer der Kernpunkte ihres Energiekonzeptes stellt keine nachhaltige Lösung für die energiewirtschaftlichen Herausforderungen dar. Im Gegenteil: Sie verhindert in einer der wichtigsten Phasen der energiepolitischen Neustrukturierung den Systemwandel. Nordrhein-Westfalen hat sich für einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien entschieden. So soll bis 2020 allein die Windenergie mindestens 15 Prozent der Stromversorgung des Landes decken. Zusammen mit weiteren Maßnahmen, wie der Steigerung des Anteils aus Kraft-Wärme-gekoppelten Anlagen an der Stromerzeugung auf mehr als 25 Prozent sowie der gleichzeitigen Senkung des Stromverbrauchs um 20 Prozent, soll das Ziel einer CO₂-Reduzierung um mindestens 25 Prozent ermöglicht werden.

Die dafür benötigte Energieinfrastruktur wird neben flexiblen, schnell startenden hocheffizienten Kraftwerken ebenso fortgeschrittene Speicheranlagen und -technik sowie entsprechend ausgebaute Übertragungsnetzkapazitäten umfassen müssen. Darüber hinaus wird die schrittweise Senkung der Braunkohleförderung im Verhältnis zu erzielten Effizienzgewinnen verbindlich festzulegen sein. Denn nur so kann die kontinuierliche Reduzierung von CO₂-Emissionen im rheinischen Revier als unerlässlicher



Beitrag zur Verfolgung der gesetzten Klimaschutzziele gewährleistet werden. Neue Tagebaue werden durch diese Vorgehensweise künftig nicht mehr notwendig sein.

Die notwendigen Veränderungen der derzeitigen Infrastruktur – ob sie Standortfragen oder Anlagentechnik betreffen – werden dabei zwangsläufig Anpassungen innerhalb der Raumordnung erforderlich machen und stets auch Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben. Es genügt in diesem Zusammenhang aber nicht, dass derartige Eingriffe unter Einhaltung aller gesetzlichen Vorgaben und Beteiligungspflichten erfolgen. Es muss zu einer völlig neuen Dialogkultur in Nordrhein-Westfalen kommen, die rechtzeitig und umfassend alle betroffenen gesellschaftlichen Gruppen in eine Infrastrukturmaßnahme integriert.

Die Suche nach einer Lösung wird dabei nicht immer zu einvernehmlichen Ergebnissen führen können. Letztendlich getroffene Entscheidungen müssen aber dem Anspruch genügen, den breitestmöglichen Kompromiss erzielt zu haben. Sie müssen entsprechend vertreten und auch umgesetzt werden. Die Landesregierung wird sich daher für eine veränderte öffentliche Beteiligung und dadurch auch für eine stärkere öffentliche Wahrnehmung von Handlungsnotwendigkeiten einsetzen. Denn eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung wird nicht ohne große infrastrukturelle Veränderungen in ganz Deutschland möglich sein.

Für diesen Umbau hin zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung müssen auch kurzfristig die richtigen Signale gesetzt werden. Nordrhein-Westfalen ist bereit, diese Signale in Form eines verbindlichen Klimaschutzgesetzes NRW und eines entsprechenden Energiekonzeptes NRW im Jahr 2011 zu geben. Dabei werden auch die genaue Analyse der wirtschaftlichen Ausbaupotenziale der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung in Nordrhein-Westfalen wichtige Bausteine sein. Zudem werden die Möglichkeiten dezentraler Energieerzeugung in Verbindung mit intelligenten Netzen, realistische Primärenergieträger-Preisentwicklungen sowie die Wirksamkeit von Energieeffizienzprogrammen untersucht.

Insbesondere das über Repowering vorhandene Energiepotenzial muss in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren genutzt werden. So liegt die Leistung der im vergangenen Jahr errichteten Windenergieanlagen bereits um 60 Prozent über der durchschnittlichen Leistung der zuvor installierten Systeme. Zurzeit weisen zwar die meisten dieser Anlagen in Nordrhein-Westfalen noch eine Betriebszeit von unter zehn Jahren auf und sind deshalb

auch noch nicht wirtschaftlich in das Repowering einzubeziehen; ab 2014 ist hier jedoch mit einem starken Zuwachs zu rechnen.

Dabei könnten Investitionen in den hocheffizienten Kraftwerkspark durch mangelnden Wettbewerb auf dem Strommarkt oder den künstlichen Erhalt überkommener Strukturen behindert werden. Nordrhein-Westfalen hat die größten Potenziale, um zur Einhaltung des 2-Grad-Zieles im Jahr 2050 beizutragen. Damit die Energieversorgung ab 2050 zu mindestens 85 Prozent aus CO₂-freien Erzeugungsquellen erfolgen kann, sind innerhalb der nächsten Jahre massive Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplung, in Gaskraftwerke verschiedener Größe und auch in einige Kohlekraftwerke notwendig. Diese Investitionen ergänzen den erneuerbaren Energiepark bis 2050. Da aktuell nur noch wenige Kohlekraftwerke in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen geplant sind, muss der Zubau moderner Gas- und Dampfkraftwerke gezielt unterstützt werden.

Energiewirtschaftlich geht die Landesregierung dabei zurzeit von anderen Grundvoraussetzungen in der Entwicklung des Gasmarktes aus als die Bundesregierung. Durch diversifizierte Bereitstellungspfade über zusätzliche Pipelines (Northstream, Southstream, Nabucco) und wirtschaftliche unkonventionelle Gasförderung, beispielsweise aus Steinkohleflözen, wird eine deutliche Erweiterung des Erdgasangebotes in Europa erkennbar, die den Preis verringert. Somit wird bis 2040 ein erneuerbarer und konventioneller Erzeugungsmix mit einem Schwerpunkt auf erdgasbasierten Gas- und Dampfturbinengroßkraftwerken sowie dezentralen erdgasbasierten Erzeugungseinheiten dominieren. Dieser berücksichtigt die sich verändernden Anforderungen in den einzelnen Lastbereichen aufgrund des steigenden Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtangebot. Entscheidend ist hierbei auch der Erhalt und Umbau des eher unterlasteten Erdgas(verteil)netzes in Deutschland.

In den derzeit von verschiedenen Energieunternehmen vorangetriebenen Suchaktivitäten nach unkonventionellen Erdgaslagerstätten innerhalb Nordrhein-Westfalens erkennt die Landesregierung die sich bietende Chance erweiterter Importunabhängigkeit. Sie wird diese Aktivitäten mit dem Ziel begleiten, zunächst die Möglichkeiten einer technisch wirtschaftlichen Gasgewinnung sowie mögliche Umweltbelastungen zu untersuchen. Nachteilige Auswirkungen, insbesondere auf das Grundwasser, müssen sicher ausgeschlossen sein.



Northstream-Pipeline



Southstream-Pipeline



Nabucco-Pipeline

Netze, Speicher, Effizienz – Herausforderungen und Chancen

Schon in den letzten Jahren führten die unzureichenden Transportkapazitäten der deutschen Übertragungsnetze zeitweise zu negativen Strompreisen und faktisch zu einer Markttrennung zwischen Nord- und Süddeutschland.

In der Netzstudie der Deutschen Energieagentur aus dem Jahre 2005 (DENA I) wurde ein Ausbaubedarf an Übertragungsnetzen für Strom in einer Gesamtlänge von ca. 850 km bis 2015 definiert. Dieser ergibt sich aus zukünftig weniger verbrauchsnahe ausgelegten Energieerzeugungsstrukturen in Deutschland, deren Gegensätze sich innerhalb der nächsten 20 Jahre noch massiv verschärfen werden. Resultat war u. a. das Energieleitungs-Ausbau-Gesetz, in dem 24 Höchstspannungstrassen (380-kV-Ebene) als erforderlich für die Versorgungssicherheit gesetzlich festgelegt wurden. In der im November 2010 vorgelegten zweiten Netzstudie der DENA wird ein Ausbaubedarf von 3.600 km Übertragungsleitungen (380-kV-Freileitungstechnik) definiert, um dem wachsenden Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland eine Transport- und Verteilmöglichkeit zu bieten. Seit 2005 wurden bis Ende 2010 aber lediglich 90 km Übertragungsleitungen in Deutschland realisiert.

Nordrhein-Westfalen wird sich für die Nutzung der kurzfristigen Handlungsoptionen bei den bestehenden Trassen einsetzen, die in Summe bis zu 50 Prozent höhere Stromübertragungskapazitäten ermöglichen können. Dazu gehören

- die Zubeseilung auf bestehenden Masten,
- die Entwicklung und Verwendung verbesserten Leitungsmaterials, das höhere Temperaturen ohne Verformungen (Durchhängen) ermöglicht, und
- der Einsatz optimierten Leitungsmonitorings, um die Leistungsbemessung der Stromdurchleitung nicht am Worst Case, sondern an realen (Wetter-)Bedingungen zu orientieren.

Eine effektive Durchleitungseingpass-Identifikation, verbunden mit einem punktuellen Leitungsausbau in bestehender Technik wird diesen Maßnahmenkatalog ebenso flankieren müssen wie eine stärkere Berücksichtigung dieser gezielten Umbau-Investitionen in der Genehmigungspraxis der Bundesnetzagentur.



Die langfristigen Handlungsmöglichkeiten beziehen sich weitgehend auf die Ausgestaltung neuer Leitungstrassen in Form von Hochspannungsgleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) und Erdverkabelungen. Deren Errichtung wird auch bei sofortigem Handeln noch jahrzehntelange Umsetzungszeiträume nach sich ziehen. Ein flächendeckender Umbau auf Verteilnetzebene in Richtung eines Smart Grid mit intelligenter Ein- und Ausspeiseregulierung ist ein weiterer langfristiger Entwicklungsschritt zur Netzstabilisierung. Diese Leistung wird durch die Übertragungsnetze zwar bereits weitgehend erbracht, ist auf der Verteilnetz- bzw. Niederspannungsebene aber noch nicht realisiert.

Der erforderliche Um- und Ausbau des Übertragungs- und Verteilnetzesystems ist jedoch nur ein Teil der zu modernisierenden Energiegesamtinfrastruktur. Insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden Nutzung von Energieträgern mit stark schwankendem Aufkommen kommt der Verfügbarkeit von adäquaten Energiespeichersystemen herausragende Bedeutung zu. Nordrhein-Westfalen wird daher der entsprechenden Technologieförderung besondere Beachtung schenken und die (Weiter-)Entwicklung von geeigneten Anlagen wie Pump- oder Druckluftspeicherkraftwerken ebenso unterstützen wie die Forschung auf dem Gebiet der Erdgas- und Wasserstoffherzeugung mittels überschüssiger Windenergie.

Es muss dabei angestrebt werden, den europäischen Spitzenplatz im Bereich der Versorgungssicherheit, den Deutschland auch 2009 mit einer durchschnittlichen Ausfallzeit von unter 15 Minuten pro Stromkunde unverändert einnahm, auch vor dem Hintergrund eines Energiemixes zu festigen, der einen immer stärkeren Anteil schwankender Energieeinspeisungen aufweist.

Auch auf dem Gebiet der Gasbevorratung nimmt Nordrhein-Westfalen national wie international bereits heute eine herausragende Stellung ein. Im Nordwesten des Landes befinden sich die größten Gaskavernenspeicher Europas. Dort betreiben zurzeit fünf Energieunternehmen eigenständige Speicher mit insgesamt 70 Gaskavernen. Gemeinsam mit anderen Gasspeichern in Deutschland reicht die Speicherkapazität aus, um die Versorgung des Marktes für ca. 80 Tage sicherzustellen. Der Ausbau der Speicher wird mit steigender Importabhängigkeit weiter an Bedeutung gewinnen, da aufgrund der zunehmenden kontinuierlichen Gasbezüge einerseits und der naturgemäß schwankenden Gasabnahme andererseits höhere Anforderungen sowohl an die Speicherkapazität als auch an die Speicherdienstleistungen gestellt werden.

Neben der notwendigen Umgestaltung der Energieinfrastruktur liegt der Schlüssel zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele in der erheblichen Steigerung der Energieeffizienz. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen wird die Ausschöpfung der sowohl im privaten Haushaltsbereich wie auch in der Industrie vorhandenen Potenziale in den Fokus ihrer Anstrengungen stellen. Unter anderem wird das Konzept eines revolvierenden Energieeffizienzfonds erarbeitet, über den Investitionen in Energieeinspar- und Effizienzprojekte, wie beispielsweise die Einführung von Energiemanagementsystemen, ermöglicht werden sollen. Begleitend dazu wird das bereits bestehende Beratungsangebot für Unternehmen und private Verbraucher weiter ausgebaut.

Energieintensive Industrien

Die energieintensiven Industrien befinden sich nach wie vor in einer schwierigen Marktsituation. Insbesondere die Erzeugung von Nichteisenmetallen ist mit einem hohen Energieeinsatz verbunden, der oft mehr als die Hälfte der Produktionskosten verursacht. Die erzielbaren Erlöse aus der Metallerzeugung haben sich nach der Finanzkrise zwar etwas erholt, aber bei Weitem nicht zu früherem Niveau zurückgefunden.

Nordrhein-Westfalen stellt zum Beispiel für die Aluminiumindustrie, die bundesweit etwa 73.000 Menschen beschäftigt, den bedeutendsten Standort dar. So befinden sich hier nicht nur drei der vier deutschen Aluminiumhütten, in denen Primäraluminium im Wege der Schmelzflusselektrolyse gewonnen wird, mit einem Anteil von etwa 70 Prozent der inländischen Gesamtproduktion. Auch die weiterverarbeitende Industrie ist in Nordrhein-Westfalen stark vertreten; beispielsweise ist ein Drittel der Strangpress- und Ziehindustrie hier ansässig.

Nicht zuletzt waren die hohen Stromkosten maßgeblich mitverantwortlich für die Schließung der Aluminiumwerke in Hamburg und Stade im Jahre 2005. Es muss daher Ziel der nordrhein-westfälischen Energiepolitik sein, dass sich derartige Entwicklungen nicht wiederholen.

Auch die EU-Kommission hat die Gefahr bereits erkannt. Die Emissionshandelsrichtlinie in der novellierten Fassung von 2009 sieht Entlastungen zugunsten energieintensiver Industrien beim Emissionszertifikatehandel in der dritten Handelsperiode 2013–2020 vor (Art. 10a Abs. 6). Danach können die Mitgliedstaaten finanzielle Maßnahmen einführen, um die auf die Strompreise abgewälzten CO₂-Kosten auszugleichen, wenn andernfalls ein Risiko der Verlagerung CO₂-intensiver Produktionsanlagen droht und dies mit den Regeln für staatliche Beihilfen vereinbar ist.

Diese Entlastungen müssen auch in dem Zeitraum vor 2013 gelten. Die Bundesregierung hat deshalb schon im August 2009 eine „Richtlinie zur Förderung der Herstellung von klimaschonenden NE-Metallen“ erarbeitet und der Kommission zur beihilferechtlichen Genehmigung vorgelegt. Gleichzeitig wurden im Bundeshaushalt 40 Millionen Euro für das zweite Halbjahr 2009 bereitgestellt. Die beihilferechtliche Genehmigung steht jedoch nach wie vor aus. Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrem Bemühen um eine nunmehr zeitnahe Entscheidung, damit wichtige Industrien in Nordrhein-Westfalen und die dort

arbeitenden Menschen verlässliche Zukunftsperspektiven behalten. Darüber hinaus hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat erreicht, dass sich die von der Bundesregierung im Rahmen ihres Sparpaketes geplante deutlich höhere Belastung der energieintensiven Industrien in Grenzen gehalten hat.

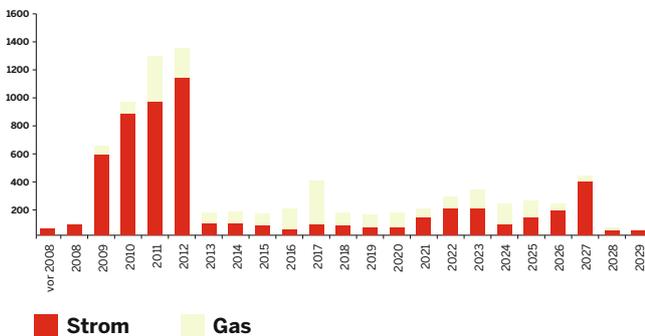
Rekommunalisierung von Verteilnetzen

Derzeit laufen zahlreiche Verträge zwischen den Gemeinden und den großen Energieversorgern über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zur Leitungsverlegung – sogenannte Konzessionsverträge – aus. Das eröffnet die Möglichkeit zu anderweitiger Vergabe des örtlichen Verteilnetzes, etwa an andere Versorger, aber auch an ein gemeindeeigenes Stadtwerk. Vielfach wird damit auch die Durchsetzung gemeindlicher Vorstellungen für eine am Ziel des Umwelt- und Klimaschutz orientierte Fortentwicklung der örtlichen Versorgungsstrukturen verbunden.

Die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen im Energiewirtschaftsgesetz gewährleisten bisher nicht die notwendige Rechtssicherheit für Netzübernahmen; daher besteht in vielen Gemeinden Unsicherheit, ob man sich für eine Rekommunalisierung entscheiden soll. Insbesondere sind die bisherigen Netzbetreiber gesetzlich nicht verpflichtet, Auskunft über den Bestand der Netzanlagen und die Restwerte zu geben; daher können die Gemeinden die zu erwartenden Erlöse aus dem Netzbetrieb nicht verlässlich prognostizieren. Ferner ist nicht geregelt, ob die Gemeinden Anspruch auf Eigentumsübertragung oder nur auf Verpachtung der örtlichen Netze haben. Schließlich sind die gesetzlichen Vorgaben für den Übernahmepreis ungenau. Viele Netzübernahmen münden daher in gerichtlichen Auseinandersetzungen, die sich über Jahre hinziehen können.

Die Landesregierung wird daher eine Bundesratsinitiative zur Erleichterung der Rekommunalisierung örtlicher Verteilnetze ergreifen. Auch die im Jahr 2011 anstehende Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Umsetzung des sogenannten 3. EU-Binnenmarktpaketes Strom und Gas bietet eine Gelegenheit, die Rahmenbedingungen der Übernahme kommunaler Verteilnetze zu verbessern.

Auslaufende Konzessionen



Quelle: Bundesnetzagentur

Die Rekommunalisierung bietet die Möglichkeit, den seit 2005 über die Regulierung gewährleisteten „Wettbewerb im Netz“ um ein zusätzliches Instrumentarium – den „Wettbewerb um Netze“ – zu ergänzen. Es ist zu erwarten, dass die zusätzliche Öffnung des Marktes durch den Eintritt weiterer Akteure zu einem noch intensiveren Wettbewerb führen wird.

Steinkohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen

Der im Jahre 2007 beschlossene sozial verträgliche Ausstieg aus dem deutschen Steinkohlenbergbau hat zu einer verstärkten Exportorientierung der Bergbauzulieferindustrie geführt. Sie hat heute bereits einen Exportanteil von über 80 Prozent und ist weltweit führend in moderner Bergbautechnik. Der Umsatz der Branche lag 2009 bei über 3,7 Milliarden Euro, über 14.000 Beschäftigte fanden hier ihre Arbeit. Die Landesregierung ist sich ihrer Verpflichtung zur Unterstützung der Bergbautechnik- und -zulieferunternehmen bewusst und wird diese über außenwirtschaftliche Maßnahmen ebenso leisten wie über die Prüfung eines forschungsorientierten Referenzbergbaus im Ruhrgebiet.

Am 7. Februar 2007 hatten sich die Bundesregierung, das Land Nordrhein-Westfalen und das Saarland sowie die RAG AG, der einzige deutsche Steinkohleproduzent, und

die Gewerkschaft IGBCE darauf verständigt, die subventionierte Förderung der Steinkohle in Deutschland zum Ende des Jahres 2018 sozial verträglich zu beenden. Die hierzu beschlossenen Eckpunkte wurden rechtsverbindlich gesetzlich durch das Steinkohlefinanzierungsgesetz des Bundes und vertraglich durch die Rahmenvereinbarung, unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Europäische Kommission, sowie den Erblastenvertrag umgesetzt.

Für das Land Nordrhein-Westfalen war und ist die Umsetzung der Kernziele

- der sozial verträglichen Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus in Deutschland ohne betriebsbedingte Kündigungen sowie
- der Sicherung der dauerhaften Finanzierung der Ewigkeitslasten

von besonderer Bedeutung. Denn Nordrhein-Westfalen ist von den sozialen und strukturellen Folgen des Steinkohleausstiegs sowie seinen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt besonders betroffen.

Auf europäischer Ebene trat die geltende Beihilfeverordnung 1407 für Steinkohlebeihilfen am 31. Dezember 2010 außer Kraft. Der erste Entwurf der Europäischen Kommission für eine Nachfolgeregelung hätte eine Stilllegung des subventionierten Steinkohlenbergbaus bereits im Jahr 2014 zur Folge gehabt. Dies hätte zu erheblichen sozialen, strukturellen und arbeitsmarktpolitischen Belastungen geführt. Die Bundesregierung und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen haben erreicht, dass ab dem Jahr 2011 ein neuer EU-Beihilferahmen für Steinkohlebeihilfen in Kraft tritt, der den national beschlossenen Auslauf des subventionierten deutschen Steinkohlenbergbaus bis Ende 2018 beihilferechtlich absichert. Durch die in der Beihilfeverordnung vorgegebene sukzessive Kürzung der staatlichen Beihilfen werden die finanziellen Möglichkeiten zur Flankierung des sozial verträglichen Auslaufprozesses eingengt. Seine konkrete unternehmerische Ausgestaltung durch die RAG AG wird dadurch zu einer großen Herausforderung. Die Landesregierung bleibt bei ihrem Ziel, dass auch künftig betriebsbedingte Kündigungen von Bergleuten vermieden werden müssen.





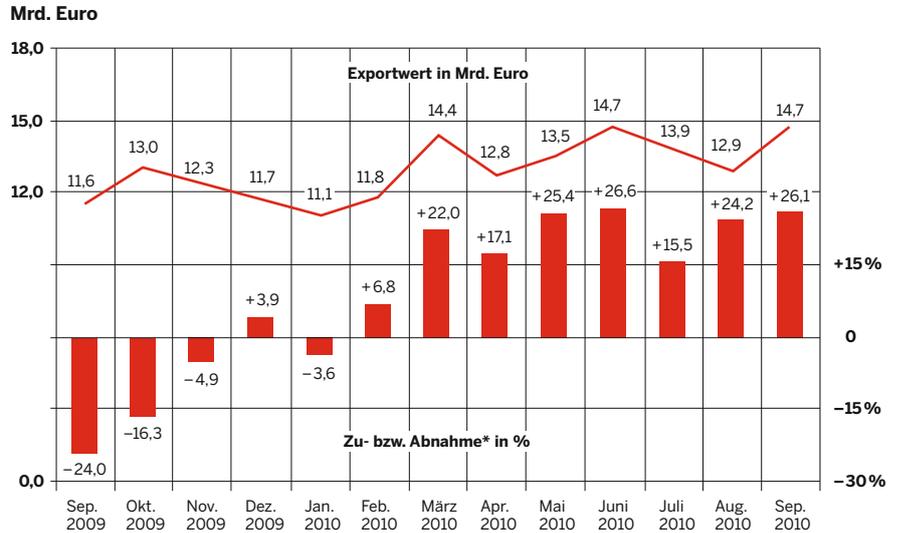
Außenwirtschafts- und Standortpolitik

Außenwirtschaftspolitik und Export spielen für Nordrhein-Westfalen (2009: 138 Mrd. Euro Export, 147 Mrd. Euro Import) eine herausragende Rolle. Im Zeitraum Januar bis September des Jahres 2010 stiegen die Exporte um 17,7 Prozent auf 119,6 Milliarden Euro; der Wert der Importe erhöhte sich um 18,5 Prozent auf 129,5 Milliarden Euro (Abb. S. 60 oben). Auch in Zukunft werden die Exporte die konjunkturelle und wirtschaftliche Entwicklung stützen und dem Erhalt von Arbeitsplätzen dienen. Nahezu jeder vierte Arbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen ist direkt oder indirekt vom Export abhängig.

Die Niederlande waren im ersten Halbjahr 2010 wichtigstes Abnehmerland Nordrhein-Westfalens (8,3 Mrd. Euro; +9,6 Prozent gegenüber Vorjahreszeitraum). Es folgten Frankreich (7,4 Mrd. Euro; +13,8 Prozent) und das Vereinigte Königreich (5,0 Mrd. Euro; +20,2 Prozent) auf den Plätzen zwei und drei. Alle EU-Staaten (EU 27) nahmen insgesamt Waren im Wert von 51,0 Milliarden Euro ab, das entspricht etwa zwei Dritteln der gesamten NRW-Exporte. Die USA und China (jeweils 3,8 Mrd. Euro) rangieren als Abnehmerländer auf Rang 7 bzw. 8 (Abb. S. 60 unten).

Auch bei den Importen führten von Januar bis Juni 2010 die Niederlande die Rangliste der wichtigsten Lieferländer NRW an: NRW bezog von dort Waren im Wert von knapp 13,7 Milliarden Euro (+21,5 Prozent). Auf den nächsten Plätzen rangierten die Volksrepublik China (7,5 Mrd. Euro; +25,1 Prozent), Belgien (5,8 Mrd. Euro; +12,3 Prozent) und Frankreich (5,8 Mrd. Euro; +5,7 Prozent). Nahezu zwei Drittel der NRW-Importe kamen aus EU-Ländern. Japan und USA (jeweils 2,8 Mrd. Euro) rangieren als Lieferländer auf Rang 8 bzw. 9.

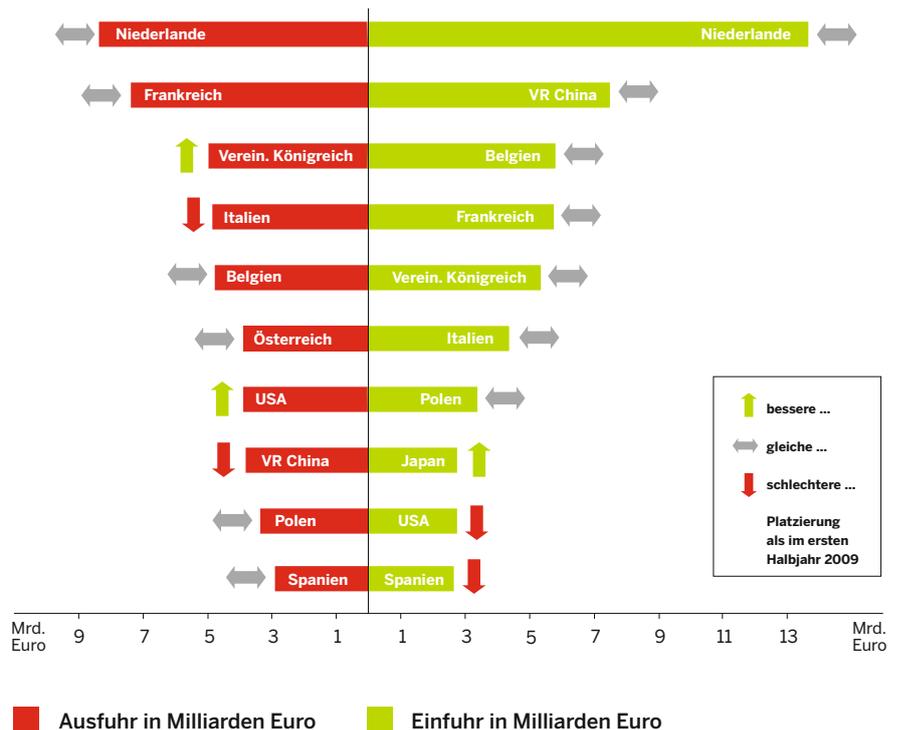
Entwicklung der NRW-Exporte



* gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat

Die zehn wichtigsten Abnehmer- und Lieferländer NRW

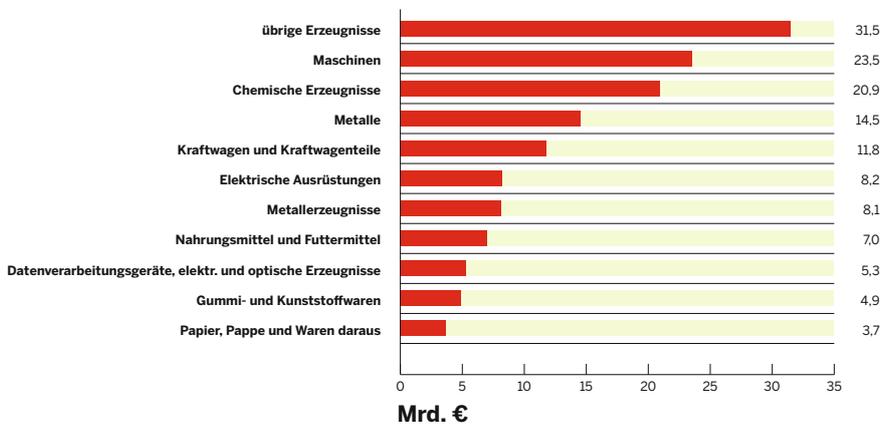
Erstes Halbjahr 2010



■ Ausfuhr in Milliarden Euro ■ Einfuhr in Milliarden Euro

Die wichtigsten Exportgüter* NRW 2009

Anteile in Prozent



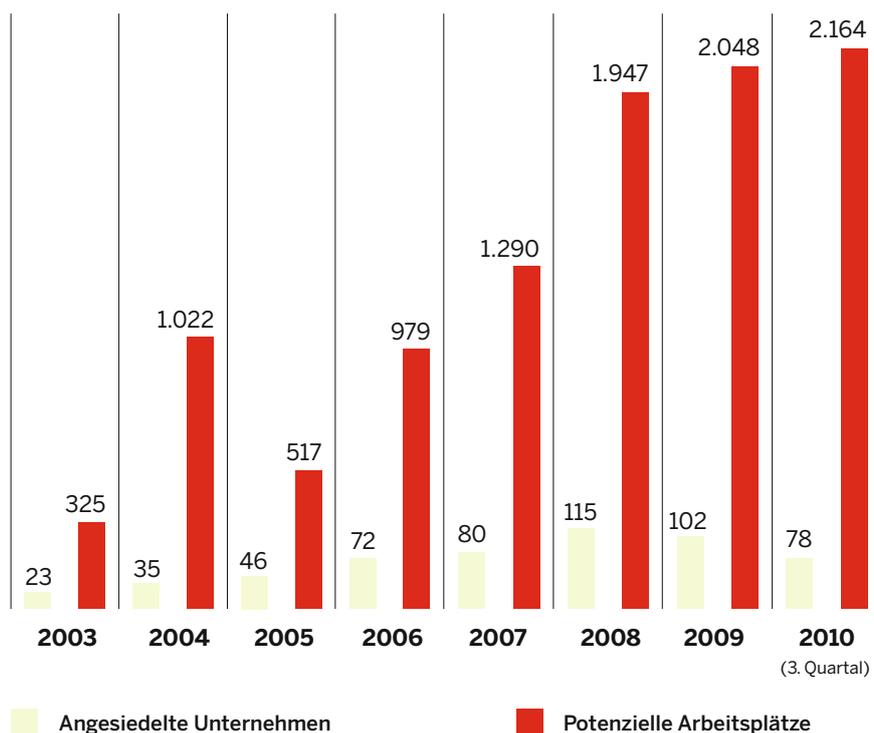
* Spezialhandel – Hauptausfuhrgüter nach dem Güterverzeichnis für die Produktionsstatistiken (Stand: 1.1.2009)
© IT.NRW Informationssystem Außenhandel, erstellt am 23.11.2010

Neben der Pflege der Beziehungen zu den Partnerstaaten innerhalb der EU bilden die Beziehungen zu den sogenannten **BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien und China)** einen weiteren Schwerpunkt der Außenwirtschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen. Denn die Wirtschaften dieser Staaten wachsen überaus dynamisch, dort leben rund 2,8 Milliarden Menschen. Dies entspricht über 40 Prozent der Weltbevölkerung mit einem großen Wirtschafts- und Kaufkraftpotenzial.

Gerade in diese BRIC-Länder verstärkt sich der Export von Gütern, z. B. aus dem Anlagen- und Maschinenbau, den neuen Werkstoffen, der Bergbautechnik sowie der Medizintechnik (Abb. S. 61 oben).

Ansiedlungsbilanz

Von NRW.INVEST betreute Projekte (2003–2010)



Die Ausrichtung der Clusterpolitik auf Leitmärkte und zukunftsweisende Cross-Innovationen soll nordrhein-westfälische Unternehmen in ihrer führenden internationalen Marktposition stärken. Gerade in Feldern wie Ressourceneffizienz, Mikro- und Nanotechnologie, Elektromobilität oder auch grüne Logistik gibt es viele Hidden Champions, die dennoch nicht alle Potenziale eines internationalen Engagements ausgeschöpft haben.

In Westeuropa sollen Kooperationen und Projekte, insbesondere mit den Beneluxländern, Frankreich und Großbritannien, verstärkt und vertieft werden. Die Türkei hat ihre Bedeutung als Schnittstelle und Brücke zwischen Europa und Asien und als wachsender Markt. Die Landesregierung hat ihre Kontakte zu den USA intensiviert und will sie auch auf Kanada ausweiten. China als Wachstumsmarkt Nummer 1 in Asien bleibt ungebrochen ein Boomland für außenwirtschaftliche Aktivitäten. Japan und Korea bieten vielfältige

Kooperationsmöglichkeiten bei Mikro- und Nanotechnologien sowie in der Elektromobilität.

Die **NRW.International GmbH**, die je zu einem Drittel von den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und der NRW.BANK als Gesellschafter getragen wird, ist mit der operativen Durchführung der Aufgaben der Außenwirtschaftsförderung betraut und erhält hierfür eine institutionelle Förderung. Schwerpunkt der Arbeit ist dabei die Betreuung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte im Ausland.

Für die Pflege der internationalen Zusammenarbeit sind die Botschaften und die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Konsulate, Handelsvertretungen und Kulturinstitute besonders wichtig. Die Landesregierung arbeitet eng und vertrauensvoll mit ihnen zusammen und unterstützt sie auf allen Ebenen. Nordrhein-Westfalen ist es gelungen, sich als wichtigen Konsularstandort zu festigen und punktuell weiterzuentwickeln.

NRW.INVEST GmbH betreibt als 100-prozentige Landesgesellschaft das internationale Standortmarketing für Nordrhein-Westfalen und wirbt um die Ansiedlung neuer Investoren und Unternehmen. Hierbei wird sie von den Auslandsbüros in China (Beijing, Schanghai und Nanjing), Indien (Mumbai, Pune), Japan (Tokio), Korea (Seoul), Türkei (Istanbul) und USA (Chicago) unterstützt. Ein weiteres Auslandsbüro der NRW.INVEST GmbH ist derzeit für den russischen Markt in St. Petersburg geplant. Die untere Abbildung auf Seite 61 zeigt die Erfolge von **NRW.INVEST** in der Ansiedlungsbilanz.

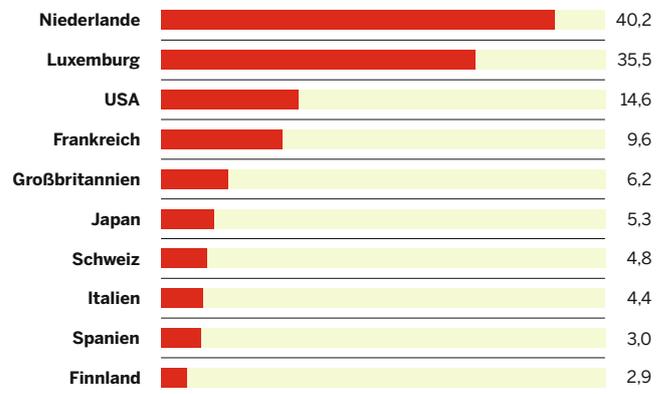
Die Niederlande sind der größte Investor in Nordrhein-Westfalen. Sie stellen 22,8 Prozent des Direktinvestitionsvolumens im Land, gefolgt von Luxemburg mit 25,6 und den USA mit 10,5 Prozent (Abbildung S. 62 oben).

Kein anderes Bundesland zieht so viele ausländische Direktinvestitionen an wie Nordrhein-Westfalen. Bei den Direktinvestitionen liegt Nordrhein-Westfalen seit 1992 ununterbrochen an der Spitze der deutschen Bundesländer (Abbildung S. 62 unten).

Mehr als 11.700 ausländische Unternehmen (z. B. 3M, BP, Ericsson, Ford, LG Electronics, QVC, Sany, Toyota, Vodafone) aus den wichtigsten Investorenländern sind in Nordrhein-Westfalen vertreten. Sie bieten für rund 700.000 Beschäftigte Arbeitsplätze. Gründe für die Standortwahl in Nordrhein-Westfalen sind unter anderem die zentrale Lage von NRW, die Nähe zu den Absatzmärkten, die gute Verkehrsinfrastruktur, 150 Millionen Ver-

Bestände ausländischer Direktinvestitionen* in NRW 2008

nach Herkunftsländern (in Mrd. Euro)

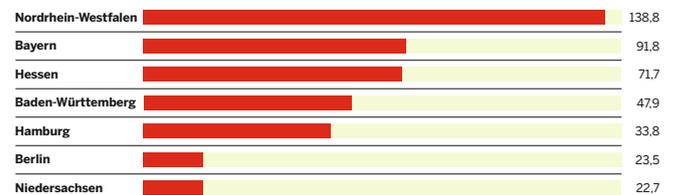


* unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen

Quelle: Deutsche Bundesbank 4/2010, Stand: Jahresende 2008; Sonderfall Luxemburg: vorwiegend Finanzinvestitionen

Bestand ausländischer Direktinvestitionen* 2008

(in Mrd. EUR)



* unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen

Deutsche Bundesbank 4/2010, Stand: Jahresende 2008

braucher im Radius von 500 km um Düsseldorf und die gut ausgebaute Forschungs- und Entwicklungslandschaft: Mit knapp 50 Technologiezentren und 54 hochschulexternen **Forschungseinrichtungen** bietet das Land eines der dichtesten **Forschungsnetzwerke Europas**.

Die Landesregierung wird die Ausrichtung und Aufstellung der Außenwirtschafts- und Standortpolitik sowie die bestehenden Strukturen und Instrumente auf Synergien und Veränderungsbedarf prüfen und weiterentwickeln. Angesichts des zunehmenden internationalen Wettbewerbs soll künftig noch gezielter auf die Bedürfnisse der Unternehmen eingegangen werden. Die regionale, nationale und internationale Vernetzung soll weiter gestärkt werden.



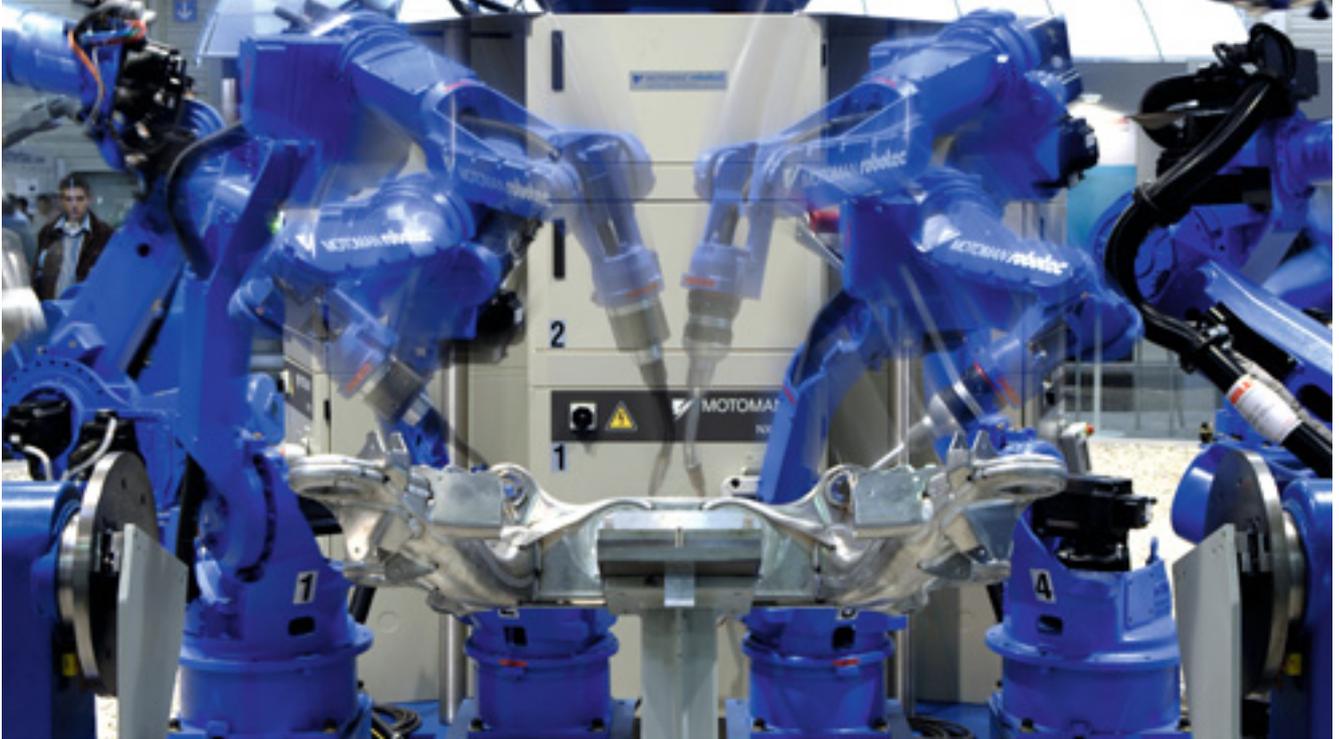
Neben den genannten Bereichen der Außenwirtschaftspolitik hat das Thema der sicheren Rohstoffversorgung an Bedeutung gewonnen. Für Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen ist eine sichere Rohstoffversorgung zu wettbewerbsfähigen Bedingungen eine unverzichtbare Grundlage für Wertschöpfung, Wohlstand und Wachstum.

Auf den internationalen Rohstoffmärkten ist die Nachfrage, insbesondere aus den aufstrebenden Schwellenländern, in den letzten Jahren deutlich gestiegen, der Wettbewerb um die begrenzten Bestände hat sich verschärft.

Die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen ist in erster Linie eine Aufgabe der Industrie. Aber auch die Europäische Union wie auch die Bundesregierung entwickeln zusammen mit der Wirtschaft Strategien, durch die die Rohstoffversorgung auf Dauer gesichert werden kann. Nordrhein-Westfalen wird im Rahmen seiner Außenwirtschaftspolitik in Zukunft verstärkt Kooperationen mit Staaten suchen, die über Lagerstätten wichtiger Rohstoffe verfügen. Diese Staaten liegen insbesondere in Zentralasien, in Lateinamerika und in Afrika.



Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2011



Roland Döhrn, Philipp an de Meulen, Tobias Kitlinski und Simeon Vosen

Produktionswachstum setzt sich fort¹

Kurzfassung

In Nordrhein-Westfalen hat ähnlich wie in Deutschland insgesamt zur Jahresmitte 2009 eine konjunkturelle Wende eingesetzt. Die Wirtschaft des Landes erholte sich von einer Rezession, die allerdings tiefer war als die in der Bundesrepublik. Ausschlaggebend hierfür war die sektorale Spezialisierung des Landes auf Vorleistungs- und Investitionsgüter, beides Bereiche, die unter dem Einbruch des Welthandels besonders litten. Auch der Aufschwung verläuft etwas langsamer. Dazu dürfte beigetragen haben, dass die nordrhein-westfälischen Pkw-Hersteller von der weltweit anziehenden Nachfrage nach Fahrzeugen im oberen Preissegment wenig profitierten, wodurch die Ausfuhren nach China – auf dessen Markt nordrhein-westfälische Unternehmen an sich eine starke Stellung haben – 2010 nur halb so schnell expandierten wie in Deutschland insgesamt. Beim Bruttoinlandsprodukt dürfte indes der Abstand zum Expansionstempo in Deutschland gering sein, wir erwarten für 2010 eine Zunahme um 3,5 Prozent (Deutschland: 3,7 Prozent).

Im Jahr 2011 dürfte die Expansion in Nordrhein-Westfalen, ähnlich wie in Deutschland, insgesamt stärker von der Inlandsnachfrage bestimmt werden. Vieles spricht dafür, so z. B. aktuelle Umfragen unter Unternehmen, dass das nordrhein-westfälische BIP in ähnlichem Maße steigen wird, wie das deutsche, nämlich um 2,5 Prozent. Dies dürfte sich in einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlagen, zumal das Erwerbspersonenpotenzial demografisch bedingt rückläufig ist. Wir erwarten, dass die Zahl der Arbeitslosen bis Ende 2011 unter 700 000 sinken wird. Die Arbeitslosenquote würde damit um 0,7 Prozentpunkte auf 8 Prozent fallen.

1. Weltwirtschaftliche Produktion weiter aufwärtsgerichtet

Die weltwirtschaftliche Produktion hat sich im Verlauf von 2010 von der tiefen Rezession infolge der Finanzkrise weiter erholt. Allerdings verlief die Expansion in den einzelnen Regionen mit recht unterschiedlichem Tempo. In den Schwellenländern war die Produktion nur kurzzeitig zurückgegangen, und sie entwickelt sich inzwischen wieder entsprechend dem vor der Rezession beobachteten Trend. Die Industrieländer erlebten dagegen einen ausgeprägten Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität, und der folgende Aufschwung verlief im Allgemeinen nur schleppend. Die Produktion liegt dort immer noch spürbar unter dem Vorrezessionsniveau.

Seit der Mitte des Jahres 2010 hat der weltwirtschaftliche Aufschwung insgesamt gesehen an Fahrt verloren. Zwar wuchs die Wirtschaft in den USA und in Japan im dritten Quartal etwas rascher als zuvor. In den europäischen Ländern hingegen, in denen das BIP im zweiten Quartal zum Teil sehr kräftig zugenommen hatte, war im dritten Quartal die Expansion schwächer. In den Schwellenländern Asiens, bis dahin wichtige Treiber der weltwirtschaftlichen Expansion, nahm die Industrieproduktion in den Sommermonaten 2010 kaum noch zu; das Bruttoinlandsprodukt ging sogar in einigen Ländern der Region im dritten Quartal saisonbereinigt leicht zurück.

Dies dürfte allerdings nicht auf ein Ende des Aufschwungs hindeuten. Auch in der Vergangenheit war nach raschen Aufholprozessen häufig eine vorübergehende Schwächephase zu beobachten. Diesmal war der Welthandel deutlich rascher eingebrochen als in früheren Krisen. Dazu dürften auch Probleme bei der Finanzierung von Außenhandelsgeschäften beigetragen haben, die durch das mangelnde Vertrauen der Banken untereinander auftraten. Auch dank staatlicher Garantien für Handelskredite normalisierten sich ab der Jahresmitte 2009 die Finanzierungsbedingungen, was mit einem raschen Anstieg des Welthandels einherging. Nun, da viele der damals aufgeschobenen Geschäfte nachgeholt wurden und zudem der Welthandel das Vorkrisenniveau wieder erreicht hat, ist es nur natürlich, dass dessen Expansion ruhiger verläuft, was sich auch in einer weltweit langsameren Ausweitung der Produktion niederschlägt.

Am aktuellen Rand spricht wenig dafür, dass gewichtige Volkswirtschaften im Prognosezeitraum in eine Rezession zurückfallen. Insbesondere in den USA wiesen die meisten

Konjunkturindikatoren zuletzt wieder deutlich nach oben. Auch in China war die Produktion nach der Wachstumspause im Sommer jüngst wieder aufwärtsgerichtet. Im Euroraum schließlich haben sich die Stimmungsindikatoren wieder deutlich verbessert. Jedoch bleiben zahlreiche Faktoren, die die Expansion dämpfen. Darüber hinaus sind neue Risiken hinzugekommen. Die Folgen des Platzens von Immobilienblasen sind in zahlreichen Volkswirtschaften noch nicht überwunden. Mehrere europäische Länder sind als Folge der Finanzkrise in eine Krise der Staatsfinanzen geraten, die von ihnen beträchtliche Konsolidierungsmaßnahmen erfordert. In China machen sich Überhitzungserscheinungen bemerkbar, aufgrund derer die Wirtschaftspolitik inzwischen auf einen merklich restriktiveren Kurs gewechselt ist. Vor diesem Hintergrund liegt unserer Prognose die Annahme zugrunde, dass die Weltwirtschaft 2011 nur mit verhaltenem Tempo expandieren wird. Der Welthandel mit Waren, der 2010 um 13 Prozent zugenommen haben dürfte, wird im Jahr 2011 wohl nur noch mit einer Rate von 6 Prozent expandieren.

2. Aufschwung in Deutschland mit gemächlicherem Tempo

Deutschland erlebte im Jahr 2010 einen unerwartet kräftigen Wirtschaftsaufschwung. Aufgrund der großen Offenheit der Wirtschaft wirkte sich der tiefe Einbruch des Welthandels hierzulande deutlich stärker aus als in den meisten anderen entwickelten Volkswirtschaften. Umgekehrt profitierten die deutschen Ausfuhren aber auch stärker als diese von der Belebung des Welthandels. Folglich ging von der Außenwirtschaft wieder ein positiver Wachstumsbeitrag aus. Mit den verbesserten Absatzzahlen hellten sich auch die Erwartungen der Unternehmen auf, und dies regte deren Investitionen an. Hinzu kommt, dass der Arbeitsmarkt hierzulande – im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern und zu den USA – der Rezession weitgehend trotzte und die Beschäftigung inzwischen sogar wieder steigt. Dies stabilisierte die private Konsumnachfrage und stützte den Wohnungsbau, der zudem von historisch niedrigen Zinsen profitierte. Schließlich machten sich die stimulierenden Wirkungen der Konjunkturprogramme aus den Jahren 2008 und 2009 auf die öffentlichen Bauinvestitionen erst im Jahr 2010 deutlicher bemerkbar. Alles in allem dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 um 3,7 Prozent

zugenommen haben, nach einem Rückgang um 4,7 Prozent im Jahr davor.

Die Zeichen stehen nicht schlecht, dass sich der Aufschwung 2011 fortsetzen wird. Zwar dürften bei schwacher Expansion der Weltwirtschaft von den Ausfuhren geringere Impulse ausgehen. Auch lässt der Lageraufbau wohl nach, der die Expansion 2010 wesentlich prägte, da viele Unternehmen während der Rezession ihre Lagerbestände drastisch reduziert hatten. Die übrigen Komponenten der Inlandsnachfrage dürften hingegen insgesamt gesehen bei steigender Beschäftigung und voraussichtlich zunehmender Kapazitätsauslastung wohl ähnlich kräftig zunehmen wie 2010, obwohl die Finanzpolitik restriktiv wirkt. Stimulierend wirken die weiterhin wohl niedrigen Zinsen. Auch ist ein weiterer Anstieg der Beschäftigung zu erwarten, und in einigen Regionen und Branchen zeigen sich Knappheiten am Arbeitsmarkt, wodurch die Effektivlöhne und damit auch die verfügbaren Einkommen stärker steigen dürften als zuletzt. Dämpfend wirkt 2011, dass die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und zur Arbeitslosenversicherung zum Jahresbeginn 2011 angehoben werden und die steuerliche Belastung steigt. Zudem werden aufgrund des Sparpakets der Bundesregierung der Staatsverbrauch nur noch wenig steigen und es werden einige Sozialleistungen gekürzt. Per saldo erwarten wir, dass die Expansion an Tempo verlieren wird, den Anstieg des BIP prognostizieren wir auf 2,5 Prozent.

Freilich ist diese Prognose mit beträchtlichen Risiken behaftet. So ist die Immobilienkrise in den USA keineswegs überwunden, und die hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit dort könnte die private Konsumnachfrage stärker dämpfen als hier erwartet. Im Euroraum besteht insbesondere die Gefahr, dass weitere Länder außer Griechenland und Irland Probleme bekommen werden, sich im Kapitalmarkt zu refinanzieren und unter den Rettungsschirm der EU schlüpfen müssen. Dann müssten sie umfangreichere Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen als derzeit geplant, was die Konjunktur im Euroraum insgesamt dämpfen würde. In einer solchen Situation würde die EZB allerdings die Zinsen länger niedrig halten, und der Euro könnte abwerten, was die deutsche Konjunktur für sich genommen stimulieren würde, aber auch das Risiko einer höheren Inflation in sich birgt.

3. Konjunktur in Nordrhein-Westfalen bleibt aufwärtsgerichtet

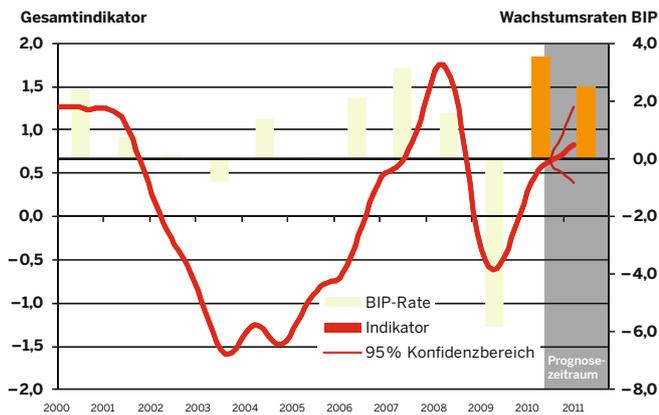
In Nordrhein-Westfalen ging die Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 um 5,8 Prozent zurück und damit deutlich stärker als in Deutschland insgesamt². Ausschlaggebend für den tieferen Einbruch war die sektorale Spezialisierung des Landes auf Vorleistungs- und Investitionsgüter, beides Bereiche, die unter dem Einbruch des Welthandels besonders litten. Verstärkt wurde die Abwärtstendenz zeitweise dadurch, dass die Stahlproduktion, die hierzulande ein weitaus bedeutsamerer Wirtschaftsfaktor ist als im übrigen Bundesgebiet, aufgrund eines drastischen Lagerabbaus Anfang 2009 geradezu wegbrach (Döhrn 2010).

Allerdings erholte sich auch in Nordrhein-Westfalen die Konjunktur ab der Jahresmitte 2009 kontinuierlich. Ablesen lässt sich dies an dem IT-NRW Gesamtindikator, der sich ab Juli 2009 verbesserte (Schaubild 1)³. Ab der Jahresmitte 2010 weist er zwar, wie auch in Deutschland insgesamt zu beobachten, auf ein etwas geringeres Expansionstempo hin. Die aus den aktuellen Trends abgeleitete Prognose des IT-NRW Indikators wie auch die jüngste Entwicklung bei Auftragseingang und Produktion deuten aber auf ein Anhalten der Aufwärtsbewegung hin (Schaubild 2). Dies alles lässt auf eine kräftige Ausweitung der Produktion im Jahr 2010 schließen.

Das wird auch durch die Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder für das erste Halbjahr 2010 bestätigt. Danach war das BIP Nordrhein-Westfalens 2010 2,9 Prozent höher als vor einem Jahr (Deutschland insgesamt: 3,1 Prozent). Auch für das zweite Halbjahr zeichnet sich eine Zunahme des nordrhein-westfälischen BIP ab. Allerdings dürfte die Rate weiterhin etwas unterhalb der in Deutschland liegt. Hierauf weist der vergleichsweise schwache Anstieg von Produktion und Auftragseingang hin. Auch nahmen die Ausfuhren in den ersten acht Monaten nur um 16 Prozent zu, während sie in Deutschland insgesamt um 18 Prozent zulegten. Dazu dürfte beigetragen haben, dass die nordrhein-westfälischen Pkw-Hersteller von der weltweit anziehenden Nachfrage nach Fahrzeugen im oberen Preissegment wenig profitierten⁴. Dämpfend wirkte auf die Produktion auch, dass die Rohstahlerzeugung nach einem starken Anstieg zu Jahresbeginn zwischen Mai und September zeitweise rückläufig war. Hinzu kommt, dass

Schaubild 1

IT.NRW-Gesamtindikator für die Konjunkturlage in Nordrhein-Westfalen* und Bruttoinlandsprodukt des Landes (2000 bis 2011)**

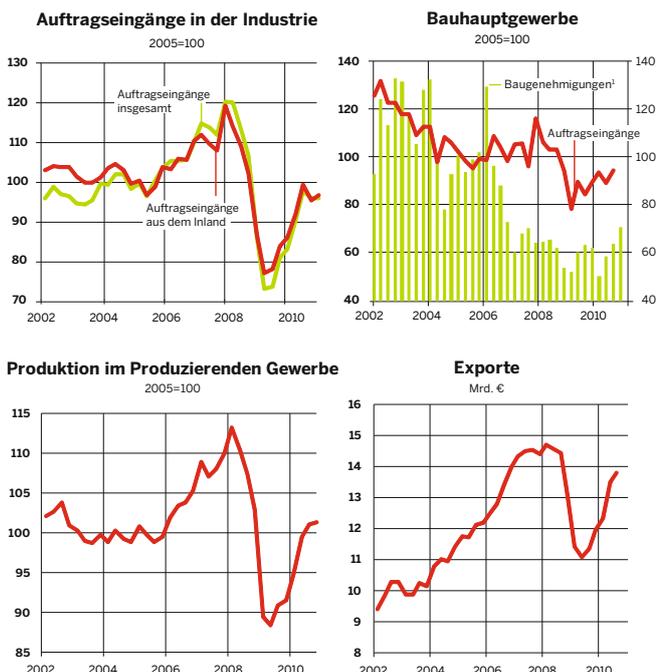


Nach Angaben von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Ref. 543 Gesamtrechnungen. * Berechnungsstand: November 2010.

** Verkettete Volumenindizes. Berechnungsstand: August 2009/Februar 2010. 2010 und 2011 Prognose des RWI.

Schaubild 2

Indikatoren der Konjunktur in Nordrhein-Westfalen 2002 bis 2010; saisonbereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben IT.NRW. Viertes Quartal 2010: Angaben für Oktober. * Baugenehmigungen für 1- und 2-Familienhäuser.

die Bauproduktion in NRW etwas schwächer ausgeweitet wurde als in Gesamtdeutschland und dass sich auch der Dienstleistungsbereich, gemessen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, weniger dynamisch entwickelte. Allerdings dürfte der Abstand Nordrhein-Westfalens gegenüber Gesamtdeutschland bei der Expansion des BIP alles in allem gering ausfallen. Wir erwarten für 2010 insgesamt einen Zuwachs des BIP um 3,5 Prozent (Tabelle 1).

Im Jahr 2011 dürfte sich die Wirtschaftsleistung Nordrhein-Westfalens ebenso wie die in Deutschland insgesamt mit einer geringeren Rate wachsen als 2010. Die Impulse seitens der Weltwirtschaft dürften geringer werden, die Lager sind wohl größtenteils wieder gefüllt und die Konjunkturprogramme laufen aus. Getragen wird die Konjunktur vorwiegend von der anhaltend günstigen Binnennachfrage. Die sich weiterhin verbessernde Arbeitsmarktsituation und steigende Realeinkommen dürften den privaten Verbrauch und somit die konsumnahen Bereiche stimulieren.

Im Bausektor zeichnen sich für die einzelnen Sparten unterschiedliche Entwicklungen ab. Beim öffentlichen Bau lassen die Wirkungen der Konjunkturpakete im Verlauf des Jahres nach, während sich – trotz des geplanten „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ die schlechte Finanzlage vieler Kommunen dämpfend bemerkbar macht. Dagegen dürfte der Wohnungsbau weiter zulegen, gestützt durch niedrige Zinsen, eine steigende Arbeitsplatzsicherheit und verbesserte Einkommen. Dies lässt sich auch an den zuletzt deutlich gestiegenen Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser ablesen. Die Expansion im Wirtschaftsbau dagegen dürfte an Fahrt verlieren, auch wenn die anziehende Konsumnachfrage vor allem die Bautätigkeit in Handel und Gewerbe wohl anregen wird.

Im Dienstleistungsbereich machen sich voraussichtlich ebenfalls gegengerichtete Tendenzen bemerkbar. Steigende Realeinkommen und eine weitere Zunahme der Industrieproduktion machen sich bei den Konsum- und den Unternehmensdienstleistungen wohl positiv bemerkbar. Abzuwarten bleibt, wie sich das Ende des Kulturhauptstadtjahrs auf den Hotel- und Gaststättenbereich auswirken wird. Die schwierige Finanzlage vieler Kommunen könnte dazu führen, dass Beschäftigung und Wertschöpfung bei den öffentlichen Dienstleistungen nur verlangsamt zunehmen werden.

Alles in allem sind die treibenden wie die dämpfenden Kräfte in Nordrhein-Westfalen die gleichen wie in Deutschland insgesamt. Auch die Erwartungen der Unternehmen – gemessen am Ifo Geschäftsklimaindex wie an der

Herbstumfrage des DIHT – unterscheiden sich in Nordrhein-Westfalen nicht von denen in anderen Bundesländern. Von daher spricht vieles dafür, dass das nordrhein-westfälische BIP 2011 in ähnlichem Maße steigen wird, wie das deutsche, nämlich um 2,5 Prozent (Schaubild 3).

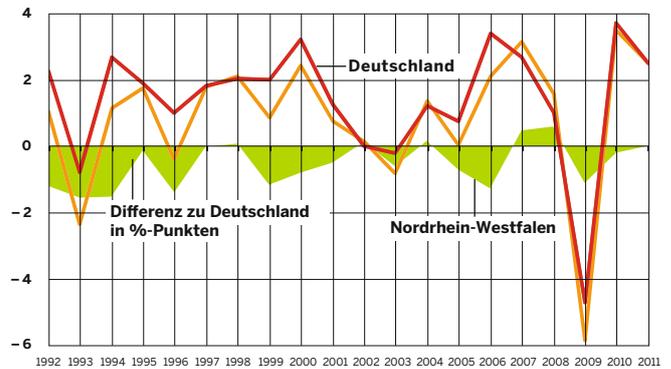
4. Arbeitslosigkeit sinkt unter 700 000

Die Beschäftigungssituation hat sich in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 wieder deutlich verbessert (Schaubild 4). Treibende Größe war vor allem die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Sie lag im September um 1,6 Prozent über ihrem Vorjahreswert und erreichte damit den höchsten Stand seit Ende 2001. Besonders kräftig war der Anstieg in der Zeitarbeitsbranche (32 Prozent), im Bereich Erziehung und Unterricht (4,2) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (3,4 Prozent). In der öffentlichen Verwaltung (-1,8 Prozent) und im Verarbeitenden Gewerbe (-1,3 Prozent) lag die Beschäftigung hingegen noch deutlich unter ihrem Vorjahreswert. Insgesamt dürfte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen im Jahresverlauf 2010 um gut 100 000 zugelegt haben. Daraus resultiert eine jahresdurchschnittliche Zunahme um 0,3 Prozent. Dies bleibt gleichwohl hinter dem Zuwachs in Deutschland insgesamt zurück, der bei rund 1 Prozent liegen dürfte.

Spiegelbildlich zur Ausweitung der Beschäftigung sank die Zahl der Arbeitslosen. Im November 2010 erreichte sie mit saisonbereinigt 762 000 fast wieder den Tiefststand vor der Rezession (746 000 im November 2008), wobei die Entwicklung ebenfalls etwas ungünstiger ist als im Bundesgebiet. Andererseits hat sich die Zahl der offenen Stellen seit 2005 ähnlich entwickelt wie im Bundesdurchschnitt (Schaubild 4). Diese Diskrepanz deutet auf einen vergleichsweise hohen Anteil friktioneller (Such-)Arbeitslosigkeit hin (Blanchard und Diamond, 1989). Zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit insbesondere bei den unter 25-jährigen; sie lag im November um 14,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Im gleichen Zeitraum ist sie unter den über 55-jährigen deutlich gestiegen (+10,2 Prozent). Dabei ist allerdings das Auslaufen vorruhestandsähnlicher Regelungen (§ 428 SGB III u. a.) zu berücksichtigen, welches die Zahl der registrierten Arbeitslosen statistisch erhöht hat.⁵

Schaubild 3

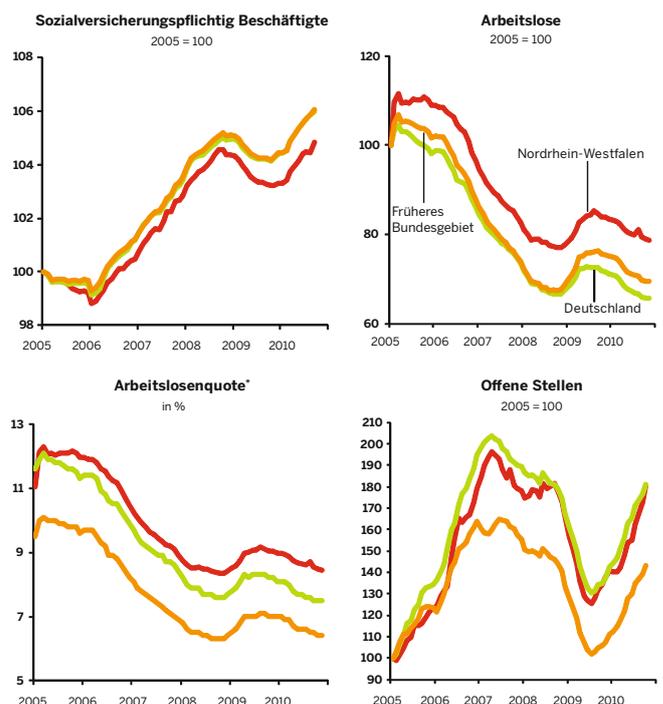
Reales Bruttoinlandsprodukt in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland 1992 bis 2009
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. – 2010 und 2011: Prognose des RWI

Schaubild 4

Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und im früheren Bundesgebiet 2005 bis 2010



Eigene Berechnungen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit.
* Bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen*

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Nordrhein-Westfalen			Deutschland		
	2009	2010**	2011**	2009	2010**	2011**
Bruttoinlandsprodukt	- 5,8	3,5	2,5	- 4,7	3,7	2,5
Bruttowertschöpfung						
Alle Produktionsbereiche	- 6,4	3,8	2,5	- 5,3	4,2	2,6
Produzierendes Gewerbe	- 16,8	7,6	4,9	- 14,7	8,2	5,9
darunter:						
Verarbeitendes Gewerbe	- 19,9	9,3	6,3	- 18,1	10,7	6,8
Baugewerbe	- 3,6	2,6	1,4	- 1,8	3,4	1,6
Tertiärer Sektor	- 2,0	1,6	1,8	- 1,5	2,2	2,4
darunter:						
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	- 5,6	2,2	2,5	- 6,0	2,8	2,9
Finanzierungs- und Unternehmensdienstleister	- 2,0	1,3	1,4	- 1,2	2,2	2,3
Öffentliche u. private Dienstleister	0,9	1,5	1,8	1,7	1,8	2,2

Eigene Schätzungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

* Real, in Preisen des Vorjahres – ** Eigene Schätzung.

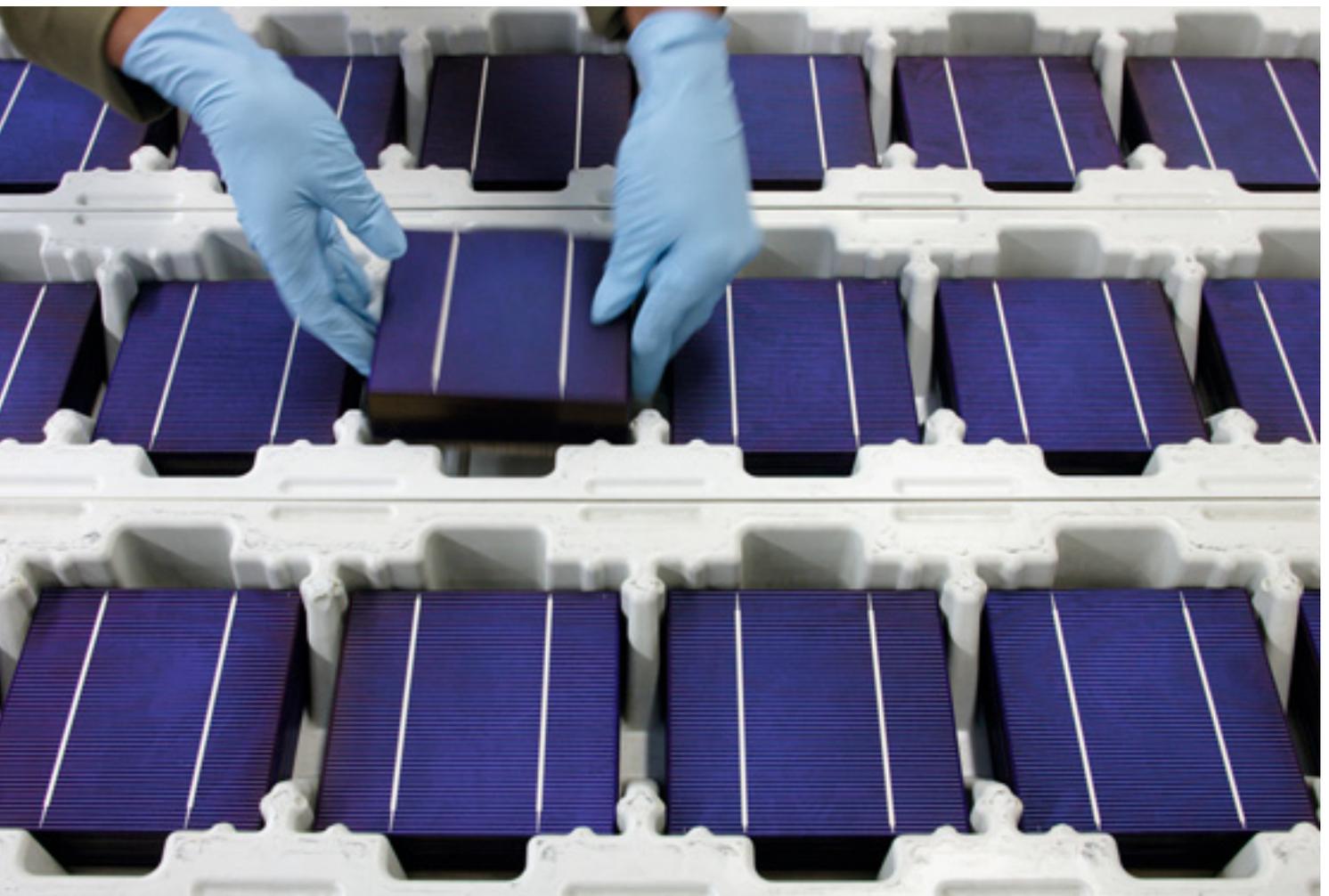
Die Arbeitslosenquote dürfte in Nordrhein-Westfalen im Jahresdurchschnitt 2010 um 0,2 Prozentpunkte auf 8,7 Prozent sinken, im Bundesdurchschnitt allerdings noch stärker um 0,4 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. Auch weist NRW unter den „alten“ Flächenländern immer noch die höchste Arbeitslosenquote auf. Allerdings gibt es innerhalb des Landes erhebliche Unterschiede. Während in Teilen des Münsterlandes schon annähernd Vollbeschäftigung herrscht (3,3 Prozent in Coesfeld), lag die Arbeitslosenquote in einigen Städten des Ruhrgebiets wie Gelsenkirchen (13,3 Prozent) oder Duisburg (12,7 Prozent) beträchtlich höher.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir, dass sich die Beschäftigungssituation in NRW im Zuge der robusten gesamtwirtschaftlichen Erholung weiter verbessert. Darauf

deuten auch mehrere Frühindikatoren hin. Nicht nur hat sich das gemeldete Stellenangebot seit Mitte 2009 kontinuierlich verbessert, sondern auch die Beschäftigung in Zeitarbeitsunternehmen nimmt weiter zu. Gleichzeitig blieb der Zugang von nichtarbeitslosen Arbeitsuchenden – also der Personen, die in unsicheren Erwerbsverhältnissen leben – bis zuletzt auf niedrigem Niveau. Für einen Beschäftigungsaufbau spricht auch, dass in den Herbstumfragen der Industrie- und Handelskammern (Nordwestfalen, Ruhr, Rheinland) die Zahl der Unternehmen, die zusätzliche Einstellungen planen, die Zahl derjenigen überwiegt, die Personal abbauen wollen. Diese Relation ist in allen nordrhein-westfälischen IHK-Bezirken günstiger als in Gesamtdeutschland, was auf einen gewissen Aufholprozess im Bundesvergleich hoffen lässt.

Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe dürfte sich die Beschäftigung bei guter Auftragslage und dem Abbau der Kurzarbeit nun wieder rasch erholen. Bei der erwarteten guten Entwicklung des privaten Verbrauchs dürfte der Beschäftigungsaufbau zudem verstärkt auf die konsumabhängigen Branchen übergreifen. Insgesamt rechnen wir auch für den Jahresdurchschnitt 2011 mit einem Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung um 1,5 Prozent bzw. knapp 90 000 Personen.

Dies alles dürfte sich in einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlagen, zumal auch das Erwerbspersonenpotenzial demografisch bedingt sinken wird.⁶ Vor diesem Hintergrund prognostizieren wir, dass die Zahl der Arbeitslosen bis Ende 2011 auf rund 690 000 sinken wird. Damit ergibt sich im Jahresdurchschnitt ein Rückgang um 70 000 Personen. Die Arbeitslosenquote würde damit um 0,7 Prozentpunkte auf 8 Prozent fallen.



5. Sonderthema: Regionale und sektorale Spezialisierung im Außenhandel und deren Folgen für die Konjunktur

Der Außenhandel hat für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Zwischen 1996 und 2008 verdoppelte sich der Anteil der Exporte am deutschen Bruttoinlandsprodukt auf nahezu 40 Prozent. In der Folge traf der Einbruch des Welthandels während der Finanzkrise die deutsche Wirtschaft besonders hart und das Bruttoinlandsprodukt sank um 4,7 Prozent. Allerdings war der Anstieg der Produktion bei der Normalisierung des Welthandels im Anschluss an die Krise auch entsprechend kräftig.

In Nordrhein-Westfalen dürfte die Bedeutung der Außenwirtschaft nicht anders sein als in Deutschland insgesamt. Zwar können im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder keine Ein- und Ausfuhr berechnet werden, der Anteil des Landes an den (nominalen) Warenexporten Gesamtdeutschlands bestätigt jedoch diese Einschätzung. Dieser erscheint auf den ersten Blick mit zuletzt gut 17 Prozent zwar gering, und er ist überdies im Laufe der Zeit deutlich gesunken. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass ein großer und wachsender Teil der deutschen Exporte auf Waren ausländischen Ursprungs entfällt, und daher nicht einzelnen Bundesländern zugerechnet werden kann.⁷ Bereinigt man die gesamten Ausfuhr um diese Waren, so entspricht der Anteil des Landes an den Exporten in etwa auch seinem Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt. Zudem blieb der so bereinigte Anteil bis 2007 sehr stabil und ist erst seit 2008 deutlicher gesunken.

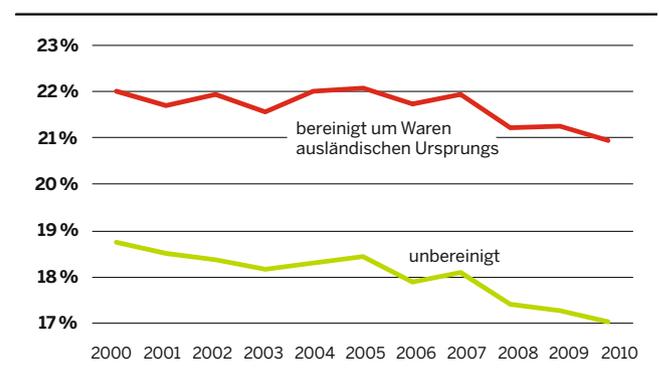
War also Nordrhein-Westfalen von dem Einbruch des Welthandels in besonderem Maße betroffen und hat sich langsamer davon erholt? Einen Schlüssel für die Antwort auf diese Frage bietet möglicherweise der Blick auf die sektorale und regionale Spezialisierung des Außenhandels des Landes.

Die sektorale Spezialisierung Nordrhein-Westfalens ist der des Bundes im Grundsatz recht ähnlich (Tabelle 2). Die wichtigsten Exportgüter sind hier wie da chemische Erzeugnisse, Maschinen sowie Kraftwagen und Kraftwagenteile, auf die zusammengenommen jeweils rund 45 Prozent des Außenhandels entfallen. Als erste Besonderheit fällt aber auf, dass insbesondere chemische

Erzeugnisse, aber auch Maschinen hierzulande bedeutender sind als im Bundesgebiet insgesamt, Kraftwagen und Kraftwagenteile hingegen weniger bedeutsam. Eine zweite Besonderheit ist, dass der Anteil von Kraftwagen und Kraftwagenteilen in Deutschland insgesamt mehr oder weniger kontinuierlich stieg, in Nordrhein-Westfalen jedoch seit 2001 im Trend rückläufig ist, zuletzt sogar beträchtlich. Eine dritte Besonderheit ist, dass elektrotechnische Erzeugnisse, im Bundesgebiet die viertwichtigste Warengruppe beim Export, in Nordrhein-Westfalen eine untergeordnete Rolle spielen. Umgekehrt fällt der hierzulande hohe Anteil von Eisen und Stahl und anderen Metallen auf. Bundesweit kommt dieser Bereich nur auf einem Exportanteil von rund 5 Prozent, in Nordrhein-Westfalen hingegen hat sich der Anteil an den Gesamtausfuhr zwischen 2003 und 2007 um mehr als 4 Prozentpunkte auf fast 15 Prozent erhöht. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass hier nur nominale Ausfuhr betrachtet werden können, und dass deshalb der Anteilsgewinn zu einem guten Teil auf höhere Preise zurückzuführen sein dürfte. Insbesondere Stahl hat sich zwischen 2003 und 2008 beträchtlich verteuert (Döhrn 2010).

Schaubild 5

Anteil Nordrhein-Westfalens an den deutschen Ausfuhr
2000 bis 2010, in %



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Angaben für 2010: Januar bis September.

**Tabelle 2: Außenhandel nach Warengruppen,
Deutschland und Nordrhein-Westfalen von 1996 bis 2008**

Anteile in Prozent

Warengruppe	Nordrhein-Westfalen			Deutschland		
	1996	2000	2008	1996	2000	2008
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,4	0,4	0,6	0,9	0,8	0,7
Kohle und Torf, Erdöl, Erdgas, Erze	0,3	0,1	0,1	0,4	0,2	0,3
Steine und Erden, sonst. Bergbau	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Ernährungsgewerbe	3,5	3,6	4,7	4,3	3,7	3,6
Tabakerzeugnisse	0,0	0,0	0,0	0,3	0,2	0,3
Textilien	2,9	2,5	1,3	2,5	2,1	1,2
Bekleidung	0,7	0,6	0,3	1,3	1,2	1,1
Leder und Lederwaren	0,2	0,3	0,2	0,5	0,4	0,4
Holz-, Korb-, Flecht-, Korkwaren	0,5	0,7	0,6	0,5	0,7	0,6
Papier	3,1	3,3	2,3	2,5	2,4	1,8
Kokerei, Mineralöl, Spalt- u. Brutstoffe	0,3	0,5	1,8	0,7	0,6	1,3
Chemische Erzeugnisse	18,7	18,9	17,1	13,1	12,1	13,8
Gummi- und Kunststoffwaren	3,6	3,8	3,7	3,2	3,5	3,2
Glas, Keramik, bearb. Steine u. Erden	1,8	1,6	1,7	1,5	1,4	1,2
Eisen- u. Stahl., NE-Metalle u. -erzeugnisse	11,7	11,4	14,5	5,5	5,2	5,0
Metallerzeugnisse	5,8	5,7	6,1	3,2	3,1	3,3
Maschinen	18,5	15,4	17,0	16,3	14,6	14,8
Büromasch., DV-Geräte u. -einricht.*	4,8	8,1	4,5	10,2	14,3	10,9
Elektrizitätserzeugung u. -verteilung	4,9	4,6	4,8	5,5	5,6	5,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile	11,6	13,0	10,8	16,0	16,7	18,5
Sonstige Fahrzeuge	0,4	0,5	0,9	2,3	4,0	3,6
Möbel, Schmuck, Musik, Sport, Spiel	1,8	1,8	1,7	1,8	1,7	1,8
Energie	0,4	0,3	0,9	0,0	0,0	0,3
Sonstige Waren	3,9	2,7	4,2	7,3	4,8	6,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von IT.NRW.

* Einschl. Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte, elektronische Bauelemente, Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren

Im Rezessionsjahr 2009 gingen die Ausfuhren Nordrhein-Westfalens nominal um 19,1 Prozent zurück und damit etwas stärker als die in Deutschland insgesamt (–18,3 Prozent).⁸ Betrachtet man die wichtigen Branchen im Einzelnen, entwickelten sich die Maschinenexporte des Landes nicht so ungünstig wie die auf Bundesebene (–18 Prozent gegenüber –24 Prozent). Im Gegensatz dazu sanken die Ausfuhren Chemischer Produkte (18 Prozent in Nordrhein-Westfalen gegenüber 13 Prozent im Bundesgebiet) wie auch von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (33 Prozent gegenüber 29 Prozent) überdurchschnittlich stark. In der Metallindustrie ist das Bild ähnlich, wobei hier die Ausfuhren generell stärker einbrachen als in anderen Bereichen, was aufgrund des höheren Anteils dieser Güter hierzulande auf das Landesergebnis besonders spürbar durchschlägt.

Im Jahr 2010 erholten sich die deutschen Exporte insgesamt gesehen recht zügig, jedoch verlief – wie aus dem weiter rückläufigen Anteil Nordrhein-Westfalens am Bund in Schaubild 5 erkennbar – die Erholung hierzulande weniger dynamisch als im Bund. Wesentliche Triebkraft der Exporterholung waren die asiatischen Schwellenländer, deren Anteil an den deutschen Ausfuhren sich spürbar erhöhte. So avancierte China 2010 zum sechstwichtigsten Handelspartner Deutschlands.

Wie Tabelle 3 zeigt, ist die nordrhein-westfälische Wirtschaft in den stark wachsenden Zielregionen an sich gut aufgestellt. Insbesondere China, aber auch Russland und einige der Länder Osteuropas, z. B. Polen, nehmen traditionell einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Ausfuhren auf. Dennoch konnte Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 seine Lieferungen nach China nur wenig ausweiten. Während die deutschen Exporte dorthin in den Monaten Januar bis September um immerhin 44 Prozent stiegen, nahmen die aus Nordrhein-Westfalen lediglich um 22 Prozent zu. Dies dürfte auch zu einem wesentlichen Teil erklären, weshalb das Land 2010 Anteile am deutschen Export insgesamt verloren hat. Überdurchschnittlich groß ist zudem der Anteil des Euroraums, dessen Expansionschancen derzeit durch die Staatsschuldenkrise einiger Länder gedämpft ist. Verglichen mit Deutschland insgesamt ist hingegen die Bedeutung der USA als Absatzmarkt nordrhein-westfälischer Produkte gering. Um diese regionalen Muster besser zu verstehen, ist es sinnvoll, auf jene beiden Sektoren zurückzukommen, in denen das Spezialisierungsmuster Nordrhein-Westfalens am deutlichsten von dem deutschen abweicht.

Im Bereich der Metalle und der Halbwaren daraus gehen rund 70 Prozent der Ausfuhren in den Bereich der EU.

Die bei diesen Gütern wesentlich ins Gewicht fallenden Transportkosten sind eine Erklärung für die Konzentration auf nahe Märkte, der beträchtliche Kapazitätsaufbau in China, der diese Region zu einem Nettoexporteur machte, eine andere. Für die aktuelle Situation bedeutet dies aber, dass dieser für den nordrhein-westfälischen Export wesentliche Bereich von dem Aufschwung der Weltwirtschaft nur unterdurchschnittlich profitierte, weil sein wesentlicher Absatzmarkt nur schwach wuchs im Vergleich zu den dynamischen Märkten Asiens.

Im Kraftfahrzeugbereich ist die Konzentration auf Europa als Absatzmarkt noch stärker. Dessen Export ging 1996 zu mehr als 80 Prozent in die heutigen Länder der EU, und 2008 waren es immer noch mehr als 70 Prozent. Ein KFZ-Export nach China ist hingegen praktisch nicht existent. Nur 1,5 Prozent der gesamten Ausfuhren der Gütergruppe gingen 2008 in diese wachstumsstarke Region. Insofern war das Nordrhein-Westfalen von den gerade 2010 erheblich zunehmenden chinesischen Importen von Automobilen insbesondere im höheren Preissegment gewissermaßen abgeschnitten; lediglich die Kfz-Teilehersteller profitierten indirekt durch vermehrte Lieferungen an deutsche Exporteure in anderen Bundesländern. Erklären lässt sich die hohe Europazentrierung der Automobilexporte durch die Art der in Nordrhein-Westfalen produzierenden Hersteller. Die beiden größten Produzenten sind Töchter multinationaler Unternehmen und in erster Linie Regionalproduzenten, während außereuropäische Märkte durch lokale Produktionsstätten oder direkt vom Stammsitz der Muttergesellschaften bedient werden. Dies dürfte auch erklären, weshalb Kraftfahrzeuge einen im Vergleich zu Deutschland geringen Anteil an den Ausfuhren haben.

Auffällig ist im Übrigen im Kfz-Bereich die Entwicklung der Ausfuhren nach Belgien. Diese machte für viele Jahre gut 20 Prozent der Exporte aus. Im Jahr 2006 sank allerdings der Anteil auf weniger als 10 Prozent. Da die beiden großen nordrhein-westfälischen Automobilhersteller auch Fabrikationsstätten in Belgien haben, liegt der Verdacht nahe, dass es sich bei diesen Ausfuhren zum Teil um firmeninterne Lieferungen handelt, und dass 2006 Produktionsabläufe so geändert wurden, dass diese Lieferungen deutlich vermindert wurden.

Die Tatsache, dass Nordrhein-Westfalen zuletzt Anteile am deutschen Export verloren hat, deutet vor diesem Hintergrund keineswegs auf eine fundamentale Standortschwäche hin. Vielmehr reflektiert sie das sektorale Spezialisierungsmuster der Wirtschaft des Landes, aber auch Spezifika einiger gewichtiger Unternehmen.

Tabelle 3: Ausfuhren nach Regionen von 1996 bis 2009

Anteile in Prozent

	Nordrhein-Westfalen				Deutschland			
	1996	2000	2008	2009	1996	2000	2008	2009
Euro-Raum*	48,8	53,1	47,8	46,9	47,0	46,4	43,6	43,6
Belgien	9,4	9,0	6,0	6,2	6,4	5,1	5,2	5,3
Frankreich	9,6	10,7	9,3	9,6	11,3	11,5	9,7	10,3
Italien	7,4	8,1	6,4	6,2	7,7	7,7	6,4	6,4
Niederlande	10,2	10,3	11,3	10,9	7,8	6,7	6,8	6,8
Österreich	4,9	5,1	5,5	5,5	5,9	5,5	5,7	5,9
Spanien	3,4	4,5	4,3	3,9	3,7	4,6	4,4	4,0
Übrige EU-Länder*	17,6	19,3	21,0	20,4	18,3	19,7	21,1	20,0
Großbritannien	7,5	7,7	6,3	6,5	8,2	8,4	6,7	6,8
Polen	2,5	2,9	4,3	4,3	2,1	2,5	4,2	4,0
Tschechien	1,5	2,0	2,7	2,8	1,8	2,2	2,9	2,8
Ungarn	0,9	1,4	1,6	1,5	1,1	1,8	1,8	1,5
Übriges Europa	8,2	7,5	9,7	8,6	9,8	8,6	11,5	10,8
Russland	1,2	1,1	3,6	2,8	1,5	1,1	3,4	2,6
Schweiz	4,4	3,9	3,4	3,3	4,9	4,4	4,1	4,5
Türkei	1,6	1,7	2,1	1,9	1,5	1,4	1,6	1,5
Afrika	1,3	0,9	0,9	1,1	2,0	1,8	2,0	2,2
Asien	13,4	9,6	12,2	14,5	13,1	10,8	12,5	14,4
China	1,6	1,7	4,0	5,1	1,4	1,6	3,5	4,7
Indien	1,1	0,5	1,2	1,5	0,6	0,4	0,9	1,0
Lateinamerika	2,1	2,2	2,1	2,2	2,5	2,6	2,5	2,4
Brasilien	1,0	0,9	1,1	1,2	0,9	0,9	0,9	0,9
Nordamerika	7,7	9,0	5,6	5,5	8,3	11,3	8,1	7,6
Vereinigte Staaten	7,2	8,4	5,1	5,0	7,8	10,6	7,4	6,9

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von IT.NRW.

* In der Zusammensetzung des Länderkreises von 2009.

Anmerkungen

- 1 Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) stellte für diese Untersuchung den IT.NRW-Gesamtdikator für die Konjunkturlage in Nordrhein-Westfalen vorab zur Verfügung. Wir danken der genannten Institution dafür, insbesondere Olivia Martone und Hermann Marré, die mit uns die methodischen Grundlagen des Indikators diskutierten. Kritische Hinweise zu früheren Fassungen des Beitrags erhielten wir von Wim Kösters und Christoph M. Schmidt. Karl-Heinz Herlitschke danken wir für die technische Unterstützung der Arbeit.
- 2 In dieser Berechnung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder sind die für das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Laufe von 2010 vorgenommenen Revisionen noch nicht berücksichtigt. Man muss sie also mit dem im Februar vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Rückgang des deutschen BIP um 5 Prozent vergleichen. Aktuell wird der Rückgang des deutschen BIP mit 4,7 Prozent beziffert. Diese Revision lässt allerdings keine Schlüsse auf die im März 2011 anstehende Revision des BIP Nordrhein-Westfalens zu.
- 3 Angaben zum Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens werden nur auf jährlicher Basis veröffentlicht. Dieser Indikator wurde entwickelt, um die Konjunkturlage des Landes auf monatlicher Basis abzubilden. Er wird von IT.NRW mithilfe eines faktoranalytischen Verfahrens aus rund 50 Konjunkturindikatoren abgeleitet. Am aktuellen Rand wird er mithilfe eines Zeitreihenmodells für die kommenden sechs Monate prognostiziert. In der Vergangenheit bestand ein enger Zusammenhang zwischen den Veränderungen dieses Indikators und der jährlichen Veränderungsrate des BIP.
- 4 Vgl. dazu ausführlicher das Sonderthema dieses Berichts (Abschnitt 5)
- 5 Arbeitslose, die über 58 Jahre alt sind, zählen allerdings nicht mehr als arbeitslos, wenn sie innerhalb eines Jahres keine Stelle finden.
- 6 Wir rechnen für Gesamtdeutschland mit einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials von rund 25 000 Personen in 2011 (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2010: 41).
- 7 Inzwischen entfällt fast 19 Prozent des deutschen Exports auf Waren, die ausländischer Herkunft sind, also importiert werden und in Deutschland vor der Ausfuhr keine wesentliche Bearbeitung erfahren.
- 8 Aufgrund einer Umstellung in der Gütergruppensystematik sind die Ergebnisse für 2009 mit denen für die Jahre vor 2008 nicht vergleichbar.

Literatur

- Blanchard, O. und Diamond, P. (1989). The Beveridge curve. *Brookings Papers on Economic Activity* 1, 1–60.
- Döhrn, R. (2010), Die Lage auf dem Stahlmarkt: Zwischen flauer Nachfrage und steigenden Kosten. *RWI Konjunkturberichte* 61 (2): 83–91.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2010). *Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen*. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, München, S. 41.



Statistischer Anhang

	Maßeinheit	2009	Anteil am Bund in %
Fläche	km ²	34 088	9,5
Bevölkerung	Mio.	17,9	21,8
Bevölkerungsdichte	Einwohner/km ²	525	x
Erwerbstätige *	Mio.	8,7	21,6
nach Wirtschaftsbereichen – Anteile an der Gesamtwirtschaft			
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	%	1,5	15,2
Produzierendes Gewerbe	%	23,7	20,6
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	%	0,3	38,5
Verarbeitendes Gewerbe	%	17,7	20,6
Energie- und Wasserversorgung	%	1,0	29,6
Baugewerbe	%	4,7	18,6
Dienstleistungsbereich	%	74,8	22,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	%	26,2	22,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	%	17,9	22,4
Öffentliche und private Dienstleister	%	30,7	21,5
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*			
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. €	521,7	21,7
Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen	Mrd. €	466,2	21,7
nach Wirtschaftsbereichen – Anteile an der Gesamtwirtschaft			
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	%	0,6	14,7
Produzierendes Gewerbe	%	26,2	21,4
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	%
Verarbeitendes Gewerbe	%	19,1	21,3
Energie- und Wasserversorgung	%
Baugewerbe	%	3,8	18,1
Dienstleistungsbereich	%	73,2	21,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	%	18,2	22,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	%	30,8	21,5
Öffentliche und private Dienstleister	%	24,3	21,9

* Nach der Gütergruppensystematik WZ 2003

	Maßeinheit	2009	Anteil am Bund in %
Wichtigste Industriebranchen *			
Maschinenbau			
Beschäftigte	Tsd.	197,4	21,1
Umsatz	Mrd. €	39,2	22,9
Herstellung von chemischen Erzeugnissen			
Beschäftigte	Tsd.	85,2	27,7
Umsatz	Mrd. €	36,7	34,1
Metallerzeugung und -bearbeitung			
Beschäftigte	Tsd.	109,7	44,1
Umsatz	Mrd. €	31,2	43,2
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln			
Beschäftigte	Tsd.	86,0	18,1
Umsatz	Mrd. €	28,9	22,6
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen			
Beschäftigte	Tsd.	82,0	11,2
Umsatz	Mrd. €	27,0	10,2
Herstellung von Metallerzeugnissen			
Beschäftigte	Tsd.	159,4	27,0
Umsatz	Mrd. €	23,7	29,0
Außenhandel			
Export	Mrd. €	138,6	17,1
Import	Mrd. €	147,8	21,9
wichtigste Handelspartner – Export			
EU-Länder	Mrd. €	90,7	17,8
Niederlande	Mrd. €	14,7	27,1
Frankreich	Mrd. €	12,9	15,8
Belgien und Luxemburg	Mrd. €	9,4	20,0
Vereinigtes Königreich	Mrd. €	8,7	16,4
Italien	Mrd. €	8,3	16,3
wichtigste Handelspartner – Import			
EU-Länder	Mrd. €	96,8	24,7
Niederlande	Mrd. €	23,5	40,6
Volksrepublik China	Mrd. €	12,9	23,2
Belgien und Luxemburg	Mrd. €	11,0	34,3
Frankreich	Mrd. €	10,9	20,0
Vereinigtes Königreich	Mrd. €	9,9	29,9

* Erhebung im Verarbeitenden Gewerbe bei Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, Beschäftigte Stand: 30.9.

... Daten bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar

x Aussage nicht sinnvoll





Impressum

Herausgabe und Vertrieb

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen,
Wohnen und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf
broschueren@mwebwv.nrw.de
www.mwebwv.nrw.de

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Broschüre kann bei den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss GmbH bestellt werden. Bitte senden Sie Ihre Bestellung unter Angabe der Veröffentlichungsnummer WI-0045 (per Fax, E-Mail oder Postkarte) an:

Gemeinnützige Werkstätten Neuss GmbH
Am Henselsgraben 3
41470 Neuss
Telefax: 0 2131/92 34-6 99
E-Mail: mwebwv@gwn-neuss.de

Redaktionsteam

Jan Falke
Stefan Grönebaum
Wulf Noll
Dr. Wilgart Schuchardt-Müller
Carsten Seiler
Friedrich Wilhelm Wagner
Dr. Peter Wasmund

Gestaltung

Marcellini Media GmbH, Essen/Wetzlar

Druck

Druckerei Waitkewitsch

© MWEBWV, 2010

Fotonachweis

Titel	Fotolia (Hayden B Photography)
3	MWEBWV
4	iStock (Andreas Weber)
8	TourismusNRW (Oliver Franke)
11	TourismusNRW (Oliver Franke)
13	ziesefotografie (Stefan Ziese)
15	TourismusNRW (Thomas Willemsen)
16	MAN / buhlpresse
20	MWEBWV
24	MAN / buhlpresse
28	Create.NRW
31	Wirtschaftsförderung metropoluhr
32	Wirtschaftsförderung metropoluhr (Christian Luhn)
34	Fotolia (Robert Kneschke)
38	Shutterstock (Ioannis Ioannou)
42	MWEBWV
45	Privat (Lena Engel)
47	NRW.BANK (Christian Richters)
48	Rupert Oberhäuser
51	Wirtschaftsförderung metropoluhr (Christian Luhn)
54	Fotolia (St. Warmann)
57	TourismusNRW (Jochen Schlutius)
58	Fotolia (gtranquillity)
63	Niederrheinische IHK
64	Christian Luhn
66	Rupert Oberhäuser
72	Rupert Oberhäuser
78	ThyssenKrupp (Karsten Enderlein)
82	MWEBWV

**Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Bauen, Wohnen und Verkehr**
des Landes Nordrhein-Westfalen (MWEBWV NRW)

Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Fon: + 49 (0) 211 38 43-0

Fax: + 49 (0) 211 38 43-90 05

www.mwebwv.nrw.de

broschueren@mwebwv.nrw.de

